

Inhalt Oktober 2025

- [09.07.2025](#) Internationaler Diskussionsklub »Waldai«: Timofej Bordatschjow – Die Dynamik der Veränderungen im internationalen System und unsere Diskussion darüber
- [09.07.2025](#) Russland in der globalen Politik: Fjodor Lukjanow – Ernsthaft, wenn auch auf lange Sicht
- [10.07.2025](#) Russische Rat für Internationale Angelegenheiten: Julia Zeschkowskaja – Startups auf dem Schlachtfeld: Wie der Privatsektor das Zeitalter der »algorithmischen Kriegsführung« einleitet
- [23.07.2025](#) Bsgljad: Timofej Bordatschjow – Eine »rote Linie« ist genug für Russlands Nachbarn
- [06.08.2025](#) Swobodnaja Pressa: Stanislaw Tarassow – Krieg mit Russland im Südkaukasus: Der Westen bereitet ein »Trojanisches Pferd« für das »Große Spiel 2« vor
- [11.08.2025](#) Bsgljad: Dmitri Skworzow – Wie die USA Russland und China im Südkaukasus behindern
- [14.08.2025](#) Russland in der globalen Politik: Jegija Teschijan – Die USA im Südkaukasus: Die Türkei drinnen, Russland unten und Iran außen vor halten
- [17.08.2025](#) Profil: Timofej Bordatschjow – Siege am Ende der Welt
- [18.08.2025](#) Internationaler Diskussionsklub »Waldai«: Anton Bepalow – Das schicksalsträchtige Jahr 2030
- [19.08.2025](#) Bsgljad: Timofej Bordatschjow – Die Show im Weißen Haus hat die Unterwerfung Europas besiegelt
- [22.08.2025](#) IMEMO: W. W. Michejew, S. A. Lukonin – China Mitte 2025: Zwischen Handelskriegen und politischen Spekulationen
- [26.08.2025](#) KPRF: Sergej Obuchow – »Krasnaja linija«: »Die Zugeständnisse Russlands in Alaska wurden vom Westen als Zeichen der Schwäche aufgefasst«
- [01.09.2025](#) Kommersant: Oleg Janowski – Die Militarisierung Europas als Strategie
- [01.09.2025](#) Internationaler Diskussionsklub »Waldai«: Timofej Bordatschjow – Russlands Nachbarn und die Wahrscheinlichkeit von Frieden in Europa
- [05.09.2025](#) TASS: »Moskau oder gar nicht« – Putin nennt den einzigen Ort für Verhandlungen mit Selenski
- [12.09.2025](#) Profil: Wassili Kaschin – Der Konflikt in der Ukraine hat die Untauglichkeit alter militärischer und politischer Konzepte aufgezeigt

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion



**80 Jahre Befreiung
vom Faschismus**

Russland intern – Oktober 2025

Zuspitzung im Südkaukasus und andere brennende Fragen¹

Unser Reader zu wichtigen Themen, die in russischen Publikationen diskutiert werden, stößt auf wachsendes Interesse unserer Leserinnen und Leser. Die April-Ausgabe wurde bisher über 100-mal heruntergeladen, die Juli-Ausgabe über 160-mal.

In dieser neuen Ausgabe stehen folgende Schwerpunktthemen im Fokus unserer Presseschau:

- Bewertung der jüngsten Treffen der BRICS-Staaten und der Shanghaier-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) aus russischer Sicht,
- Einschätzungen der russisch-amerikanischen Verhandlungen in Alaska
- Verschärfung der geopolitischen Lage im Südkaukasus
- Analyse der Militarisierung in Europa

– Zudem geben wir den im aktuellen Heft der Marxistischen Blätter in Auszügen vorgestellten Artikel von Julia Zeschkowskaja über »Startups auf dem Schlachtfeld: Wie der Privatsektor das Zeitalter der »algorithmischen Kriegsführung« einleitet« in voller Länge wieder.

Wiederum bringen wir die Texte, die zwischen Juli und Anfang September veröffentlicht wurden, im O-Ton, als Arbeitsmaterial, – unzensiert und unkommentiert. Die Auswahl eines Textes bedeutet nicht Zustimmung. Für Inhalt und Tonlage sind allein die Autoren der Beiträge verantwortlich, für die kritische gedankliche Verarbeitung jede/r Leser/in. Kritik und Anregungen zu unserem Russland-Reader, für die wir dankbar sind, bitte an: redaktion@marxistischeblaetter.de.

Anmerkung

- ¹ Verantwortlich: Ditte Gerns,
Quellen zuletzt abgerufen am 12. September 2025.

Die Dynamik der Veränderungen im internationalen System und unsere Diskussion darüber¹

09.07.2025

Timofej Bordatschjow²

Das internationale System, das Russland und die Mehrheit der Weltbevölkerung anstreben, muss nicht unbedingt eine Ordnung im klassischen Sinne sein – ein System von Regeln und Normen, das von Ländern unterstützt wird, die bereit sind, militärische Gewalt einzusetzen, um Dissidenten zu unterdrücken. Deshalb sollten wir über diese Ordnung und die Koordinierung der Bemühungen der Staaten zu ihrer Verwirklichung auf der Grundlage neuer Vorstellungen über das Mögliche und Notwendige nachdenken, schreibt Timofej Bordatschjow, Programmdirektor des Valdai-Clubs.

Für alle ist wohl offensichtlich, dass die Transformation der internationalen Ordnung und das Verschwinden der nach dem Ende des Kalten Krieges entstandenen Ungleichgewichte einen langwierigen und keineswegs linearen Prozess darstellen. Wir haben es wahrscheinlich zum ersten Mal mit Ereignissen zu tun, die einerseits wirklich grundlegende Veränderungen bedeuten, andererseits aber keinen erdrutschartigen revolutionären Charakter haben. Es wäre leichtfertig zu glauben, dass die bisherigen Institutionen und Praktiken, deren Hauptfunktion darin bestand, die privilegierte Stellung einer kleinen Gruppe von Staaten zu sichern, auf einen Schlag mit dem Wink eines Zauberstabs durch gerechtere und nachhaltigere ersetzt werden.

Dies wird, sehr zu unserer Enttäuschung als Zeitgenossen dieser Ereignisse, nicht geschehen. In erster Linie, weil die Geschichte überhaupt keine Beispiele für rasante Veränderungen der internationalen Ordnung kennt – selbst der Untergang des Römischen Reiches dauerte mehrere Jahrhunderte, in denen seine Macht von innen heraus und unter dem Druck äußerer Feinde zerfiel. Der Niedergang des mittelalterlichen europäischen Systems dauerte ebenfalls mehr als anderthalb Jahrhunderte und war selbst nach dem Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 noch

nicht vollständig abgeschlossen. Alle uns bekannten Versuche, die bestehende Ordnung auf revolutionäre Weise zu ändern, endeten mit der Niederlage der Rebellen und der Festigung dessen, was sie zerstören wollten.

Da wir anerkennen, dass selbst die lang ersehnten Veränderungen nicht schnell vonstattengehen können, müssen wir entsprechend darauf achten, was sie antreibt. Und auch jene internationalen Vereinigungen und Institutionen, die zu Recht als Vorboten einer neuen internationalen Ordnung angesehen werden, sind keine endgültigen oder idealen Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Sie könnten es werden, wenn es lediglich um einen Wechsel der Länder ginge, die eine dominante Position einnehmen. Dies ist jedoch unmöglich, da diese Möglichkeit selbst offenbar zum Erbe der internationalen Politik der Vergangenheit gehört. **Erstens** steht dem die Unmöglichkeit eines allgemeinen Krieges entgegen, den Atomwaffen politisch irrational machen. **Zweitens** fehlt der Faktor der ähnlichen Werte zwischen den Ländern, die als Konkurrenten des sogenannten kollektiven Westens betrachtet werden. Da die Fähigkeit, wirklich gemeinsame praktische Ziele in der Außenpolitik zu setzen, direkt von den gemeinsamen Standards der innenpolitischen Ordnung – dem Gesellschaftsvertrag – abhängt, ist dazu nur ein sehr kleiner Kreis von Ländern in der Lage, nämlich Vertreter einer einzigen politischen Zivilisation.

Die USA und Europa bilden eine politische Zivilisation. Ihre Konkurrenten um das Recht, wichtige Entscheidungen über die Entwicklung der Welt zu treffen – Russland, China, Indien und einige weitere große Entwicklungsländer – stellen unterschiedliche politische Zivilisationen mit unterschiedlichen inneren Strukturen und Interpretationen einer gerechten Gesellschaftsordnung dar. Daher wäre es etwas verfrüht, von ihnen zu erwarten, dass sie im

klassischen Sinne des Wortes gemeinsame Ziele auf der Weltbühne setzen können.

Das bedeutet, dass es sinnvoll ist, alle Entwicklungen solcher Institutionen gelassen zu betrachten. Die strategischen Aufgaben, vor denen sie stehen, sind so umfangreich und die Ziele der Teilnehmer so unbestimmt, dass es völlig sinnlos ist, überhöhte Erwartungen zu haben. Sinnvoll ist es hingegen, neue Vorstellungen darüber zu entwickeln, welche Formen und sogar welche Natur die systematische Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten annehmen kann. **Erstens** unter Berücksichtigung der Veränderungen im Kräfteverhältnis auf globaler Ebene. **Zweitens** mit Verständnis für die grundlegenden Unterschiede ihrer neuen Mitglieder. **Drittens** mit dem Bewusstsein, dass alle bestehenden Vorstellungen davon, wie internationale Institutionen und Koalitionen funktionieren sollten, nach den Worten von Edward H. Carr »die Wissenschaft vom Regieren der Welt mit Hilfe von Macht« darstellen. Eine Macht, über die seit Jahrhunderten nur die westlichen Länder verfügten, die die Wissenschaft der internationalen Beziehungen schufen, um ihre dominante Position zu rechtfertigen und Mittel zu finden, um diese auf unbegrenzte Zeit fortzusetzen. Institutionen und Regime, andere Begriffe haben wir derzeit nicht, die als Alternative zur Macht des Westens geschaffen werden, werden zwangsläufig in ihrer Natur und Praxis anders sein.

Wir können derzeit mit Fug und Recht davon ausgehen, dass Zusammenschlüsse wie die BRICS oder die SCO nicht als vergleichsweise konsolidierte Instrumente zur Verwirklichung der außenpolitischen Interessen ihrer Mitglieder betrachtet werden können.

Die Erweiterung beider Organisationen hat eine Vielzahl divergierender Interessen in ihre Arbeit eingebracht, und derzeit lässt sich kaum sagen, dass sie eine

spiegelbildliche Alternative zu den Institutionen des Westens – den G7 oder der Europäischen Union – darstellen könnten. Oftmals werden diese internen Veränderungen aus der Perspektive einer hypothetisch idealen Zukunft der Institutionen der Weltmehrheit kritisiert.

Wir wissen auch, dass China darüber nachdenkt, einen eigenständigen Kurs zu verfolgen, indem es sich auf seine eigene Wirtschaftskraft und eine Überlegenheit in bestimmten zukunftsweisenden Branchen verlässt.

All dies zeigt, dass es nicht möglich ist, eine internationale Ordnung durch eine andere und eine ungerechte Macht durch eine gerechtere zu ersetzen. Man kann so viel man will über die Einführung einer neuen internationalen Ordnung sprechen, aber dies wird vorerst keine Realität, wenn man sie als spiegelbildliche Alternative der bestehenden Ordnung betrachtet.

Möglicherweise liegt genau darin die Hauptfrage hinsichtlich der Art der notwendigen politischen Veränderungen auf globaler Ebene. Der Sinn solcher Veränderungen besteht, daran sei erinnert, darin, das dramatischste – revolutionäre – Szenario zu vermeiden und die Welt in eine stabilere Lage zu bringen. Der überzeugendste Versuch, die Welt durch politische Prozesse statt durch Gewalt zu regieren, ist das System der UNO und insbesondere ihr Sicherheitsrat. Dieses System wurde jedoch vor achtzig Jahren geschaffen und war geprägt vom Bestreben der westlichen Länder, ihre Macht unter den Bedingungen unvermeidlicher Veränderungen zu erhalten. Daher ist es unvollkommen und wurde in den letzten Jahrzehnten auf technischer Ebene erheblich korrumpiert. Dennoch ist es bereits viel gerechter als seine Vorgänger und wird durch ein reales Kräftegleichgewicht gestützt. Der Aufbau von Atomwaffenarsenalen durch China, die mit denen Russlands und der USA vergleichbar sind, wird hier keine gravierenden Veränderungen mit sich bringen – dieses Land ist bereits ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats. Mit anderen Worten: Die Aussicht auf neue politische Veränderungen ist derzeit mehr als fern – und auch das muss man objektiv betrachten.

Was kann man vorschlagen, damit das langsame Vorschreiten und die Unauffälligkeit der tatsächlichen Veränderungen nicht zu Faktoren werden, die die progressiv

eingestellte Mehrheit der Welt schockieren? Die Antwort auf diese Frage scheint wichtig zu sein. **Erstens**, weil der konsequente Kampf gegen die vollständige Dominanz des Westens eine gemeinsame Idee benötigt. Derzeit ist eine solche Idee aus verständlichen Gründen nicht erkennbar – es gibt keine gemeinsame Wertebasis in Bezug auf die innenpolitische Ordnung. **Zweitens**, weil die Verwirrung der Gegner der USA und Europas in Wirklichkeit nicht zur Wiederherstellung der Macht der alten Machtzentren führen kann – sie verlieren ihre Möglichkeiten nicht aufgrund von äußerem Druck, sondern infolge ihres inneren Niedergangs. Und ihnen einzureden, dass niemand in der Lage ist, sich der westlichen Vorherrschaft zu widersetzen, trägt keineswegs zur Stabilisierung der Weltlage bei. Letztendlich führt dies nur zu einer Verlängerung der Übergangskrise, die uns neue gefährliche Eskalationen bescheren könnte.

Daher wäre es sinnvoll, die Entwicklung der Weltpolitik weniger als einen Kampf alternativer Lösungen zu betrachten. Der Kampf bleibt natürlich ein wichtiger Teil der Weltpolitik – offensichtliche Ungerechtigkeit muss mit klar formulierten anderen Lösungsansätzen so wichtiger Probleme wie Ungleichheit (innerhalb und zwischen Ländern), neokoloniale Ausbeutung, neuen Formen des Kolonialismus (z. B. digitaler Kolonialismus), der Missachtung des Völkerrechts durch den Westen und der Durchsetzung des »Rechts des Stärkeren«, beantwortet werden. Aber lohnt es sich, dem Westen zu folgen und die Welt vor die Notwendigkeit der Wahl zu stellen? Wir sehen bereits, dass ein solches Szenario selbst in so erfolgreichen Regionen wie Südostasien zu destruktiven Prozessen führt.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, sich generell von Überlegungen im Paradigma der »internationalen Ordnung« zu entfernen. Diese Kategorie und das von ihr beschriebene Phänomen sind ein Produkt der politischen Zivilisation des Westens, und ihre Heranziehung zwingt unweigerlich dazu, auf einem für die USA und Europa günstigen Spielfeld zu spielen. Die internationale Ordnung, die Russland und die Mehrheit der Weltbevölkerung anstreben, muss nicht unbedingt im klassischen Sinne eine Ordnung sein – ein System von Regeln und Normen, das von Ländern

unterstützt wird, die bereit sind, militärische Gewalt einzusetzen, um Dissidenten zu unterdrücken. Deshalb sollten wir über dieses System und die Koordinierung der Bemühungen der Staaten zu seiner Verwirklichung auf der Grundlage neuer Vorstellungen über das Mögliche und Notwendige nachdenken.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/dinamika-izmeneniy-mezhdunarodnogo-ustroystva/>
- 2 **Timofej Bordatschow**, Doktor der Politikwissenschaften, Wissenschaftlicher Leiter des CCEIS (Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien) der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, Mitglied des RIAC (Russische Rat für Internationale Angelegenheiten; gemeinnützige Organisation, die sich auf die Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und die Entwicklung praktischer Empfehlungen zum Nutzen russischer Regierungsbehörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderer Organisationen mit Schwerpunkt auf außenpolitischen Aktivitäten konzentriert)

Ernsthaft, wenn auch auf lange Sicht¹

Fjodor Lukjanow²

09.07.2025

Die These der Multipolarität lässt sich in zwei Fällen leicht anwenden.

Entweder wenn in der Welt eine feste und stabile Hegemonie herrscht, wie es während ein bis eineinhalb Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg der Fall war. Dann ist Multipolarität lediglich ein politischer Slogan, der die Ablehnung einer hegemonialen Struktur zum Ausdruck bringt, eine Absichtserklärung ohne unmittelbare Handlungsabsicht. Oder wenn diese Hegemonie gar nicht mehr existiert und das internationale Umfeld sich in einem Zustand spontaner Interaktion zwischen Akteuren unterschiedlichen Kalibers befindet, was im Grunde genommen den Inhalt der internationalen Beziehungen während des größten Teils ihrer Geschichte ausgemacht hat. Dann ist Multipolarität eine Feststellung von Tatsachen, und der Kurs oder die Kurse werden auf der Grundlage der sich entwickelnden konkreten Situationen festgelegt.

Derzeit ist weder das eine noch das andere der Fall.

Die Welt hat sich von der vollständigen Hegemonie entfernt, aber gibt noch keine Anzeichen ihrer endgültigen Überwindung. Dies bestimmt die Besonderheit des Augenblicks.

Das deutlichste Beispiel für die sich herausbildende Multipolarität ist die BRICS-Gruppe. Und die Stimmung in dieser Gemeinschaft ist derzeit der genaueste Indikator für diese Form der Weltordnung. Der BRICS-Gipfel in Rio de Janeiro hat einige Kommentatoren sogar enttäuscht. Durch die Abwesenheit einer Reihe von Staatschefs, durch das Ausbleiben von Durchbrüchen und lautstarken Entscheidungen. Das Treffen verlief ruhig und war weit weniger auffällig als die groß angelegte Sitzung im vergangenen Jahr in Kasan. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens haben sich im Laufe des Jahres Veränderungen auf der Weltbühne vollzogen. Die allgemeine Konfliktbereitschaft nimmt zu, was sich zwangsläufig auch auf die BRICS-Staaten auswirkt. Zwei scharfe Auseinandersetzungen in den letzten Monaten (Indien – Pakistan und

Israel – Iran) haben nicht nur die beiden beteiligten Staaten betroffen, sondern auch die Uneinigkeit innerhalb dieser Ländergruppe deutlich gemacht. Man kann es nicht als Antagonismus bezeichnen, aber Harmonie herrscht eindeutig nicht. Und solche trennenden Fragen werden mit der Zunahme der Zahl der Vollmitglieder und Partner immer zahlreicher werden. Dementsprechend werden auch viele Formulierungen vager und das Verhalten in einer Reihe von Bereichen ausweichender werden.

Zweitens ist unter Trump aus den USA eine viel deutlichere Anti-BRICS-Rhetorik zu hören, bis hin zu direkten Warnungen, wie es diese Woche der Fall war (10 Prozent zusätzliche Zölle gegen die gleichgesinnten BRICS-Länder). Die Drohungen und die Reaktionen darauf unterstreichen, was bereits zuvor bekannt war: Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinigung will keinen Konflikt mit dem Westen/den Vereinigten Staaten und ist bestrebt, diesen zu vermeiden. Und daran ändert sich vorerst nichts. Es kann sein, dass der übermäßige egoistische Druck Washingtons in den BRICS-Ländern zu einer immer bewussteren Verärgerung führt, aber derzeit überwiegt das Bestreben, Risiken zu minimieren.

Drittens waren sich bereits im vergangenen Herbst alle Kommentatoren einig, dass die Zeit, in der Brasilien an der Spitze der BRICS-Staaten stehen wird, nach der starken Welle der russischen Präsidentschaft gewissermaßen eine »Ebbe« sein wird. Für Russland verkörpert BRICS Vieles. Von einem Raum, in dem man ihm (rein praktisch, im Zusammenhang mit der Lösung wirtschaftlicher Probleme) viel weniger Knüppel zwischen die Beine werfen kann als in den vollständig vom Westen kontrollierten Ländern, bis hin zu einem Testfeld für wirklich alternative Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen unter Umgehung des Westens. Brasilien hingegen ist objektiv weniger an BRICS interessiert, genauer gesagt, es gibt für Brasilien eine Reihe anderer wichtiger Bereiche, die alle auf die eine oder andere Weise mit dem Westen

verbunden sind. Daher verteilen sich die Anstrengungen, die Russland vor allem für seinen Vorsitz in BRICS unternehmen hat, in Brasilien auf seine Funktionen in anderen Gemeinschaften.

Schließlich braucht jede neue Qualität Zeit, um verarbeitet und etabliert zu werden. Nach den Gipfeltreffen 2023/2024 in Südafrika und Russland hat die BRICS eine neue Qualität erlangt. Und daran muss man sich so gut wie möglich anpassen. Möglicherweise wird diese Phase auch im nächsten Zyklus fortgesetzt, wenn Indien das Ruder übernimmt. Das bedeutet keine Krise der Gemeinschaft, sondern eher eine Phase des Übergangs zur nächsten Ebene.

Trotz dieser Umstände, die die Erwartungen dämpfen, sollte das Treffen in Rio als erfolgreich angesehen werden. Die relative Leichtigkeit der vorherigen Schritte von vier, fünf und dann mehr Ländern hing damit zusammen, dass die BRICS in erster Linie als etwas Deklaratives und Virtuelles wahrgenommen wurde. Als wäre es nicht ganz ernst gemeint. Letzteres geht vorüber.

Daher rührt übrigens auch die viel größere Aufmerksamkeit der USA und ihrer Verbündeten, die zuvor eher ironisch gegenüber den BRICS-Staaten waren und nun gezielt Kritik üben und nach Schwachstellen suchen.

Derzeit verwandelt sich diese Gemeinschaft zwar nur langsam und mühsam, aber dennoch in ein neues internationales Umfeld, das grundsätzlich weniger vom Westen abhängig ist, dafür aber den Trends der weltweiten Entwicklung besser entspricht.

Flexibilität, das Fehlen verbindlicher Beziehungen, Vielfalt, die sich bewusst nicht auf einen gemeinsamen Nenner reduzieren lässt, in Verbindung mit dem Verständnis für die Unzertrennlichkeit und das Vorhandensein gemeinsamer Interessen – genau diese Eigenschaften werden derzeit von internationalen Strukturen gefordert. Jetzt – das heißt in einer Phase, in der es keine Ordnung in

der Welt gibt. Und diese Phase wird lange andauern, weil unklar ist, wie Ordnung, also Gleichgewicht, möglich sein soll. Das bedeutet, dass der Bedarf an den BRICS-Staaten allmählich zunehmen wird, auch wenn dies ein langwieriger Prozess ist.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/vseryoz-nadolgo-lukyanov/>
- 2 **Fjodor Lukjanow**, Chefredakteur der Zeitschrift »Russland in der globalen Politik« seit ihrer Gründung im Jahr 2002. Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands seit 2012. Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«. Forschungsprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«.

10.07.2025

Startups auf dem Schlachtfeld¹

Wie der Privatsektor das Zeitalter der »algorithmischen Kriegsführung« einleitet

Julia Zeschkowskaja²

Moderne militärische Konflikte unterliegen einem radikalen Wandel – wichtige Entscheidungen auf dem Schlachtfeld werden zunehmend von Systemen getroffen, die auf Algorithmen basieren. Dieses Phänomen, das als »algorithmische Kriegsführung« bezeichnet wird, zeugt von grundlegenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen, in denen die technologische Überlegenheit in Fragen des geopolitischen Einflusses immer wichtiger wird.

Es zeichnet sich ein neuer globaler Trend ab, der durch die Zusammenarbeit zwischen dem privaten Technologiesektor und militärischen und politischen Institutionen gekennzeichnet ist. In den USA beispielsweise finanziert das Pentagon über DARPA-Mechanismen (Defense Advanced Research Projects Agency, D.G.) und gemeinsame FuE-Zentren Entwicklungen auf der Grundlage von Technologien der künstlichen Intelligenz. In China entwickelt sich die zivil-militärische Integration, wo Unternehmen in Shenzhen, einem der führenden Technologiezentren des Landes, die technologische Modernisierung der Volksbefreiungsarmee Chinas übernehmen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der russisch-ukrainische Konflikt, der zu einem Testfeld für bahnbrechende westliche Lösungen im Bereich der militärischen künstlichen Intelligenz geworden ist. Die Ukraine hat sich zu einem globalen Forschungs- und Entwicklungszentrum entwickelt, in dem Start-ups ihre Softwareentwicklungen unter realen Kampfbedingungen testen. Es zeichnet sich ein Bild künftiger Kriege ab, in denen neben der Anzahl der Truppen und dem Ausbildungsstand der Armee die Effizienz von Algorithmen und die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung immer wichtiger werden. Militärische Prozesse, die früher 24 Stunden dauerten (z. B. das Aufspüren von Truppenbewegungen),

können von Hightech-Lösungen auf der Grundlage von Algorithmen in wenigen Minuten erledigt werden.

Mit der rasanten Entwicklung der künstlichen Intelligenz nimmt das Wettrüsten einen neuen Charakter an – Technik- und Softwareentwicklungen werden zu einem Mittel der Kriegsführung. Die aktive Anwendung von High-Tech-Lösungen bei militärischen Operationen stärkt die Rolle privater Technologieunternehmen. Indem sie den Staaten Werkzeuge für die Datenanalyse, die Vorhersage von Bedrohungen und autonome Kampfeinsätze zur Verfügung stellen, werden Start-ups zu vollwertigen Akteuren bei militärischen Operationen, was wiederum neue Bedrohungen für die staatliche Souveränität mit sich bringt.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden neuen Weltordnung, die weniger auf militärischer Macht als auf der Kontrolle über kritische Technologien beruht, sind die Staaten gezwungen, strategisch wichtige Funktionen im Bereich der technologischen Entwicklung und der nationalen Sicherheit an private Unternehmen zu delegieren. Technologiegiganten, die exklusiven Zugang zu fortschrittlichen Entwicklungen und globalen Daten haben, erlangen die Eigenschaften einer Machtinstitution.

Handel mit KI-Waffen des 21. Jahrhunderts

Der Westen fördert aktiv eine Agenda, die darauf abzielt, die Anwendung bahnbrechender technologischer Lösungen in Verteidigungs- und außenpolitischen Strategieprojekten zu popularisieren. Das Silicon Valley entwickelt sich zu einem strategischen Partner des Pentagons im Bereich der nationalen Sicherheit. Technologieunternehmen erklären offen ihr ehrgeiziges Ziel, das gewohnte Bild

des Krieges, das sich über Jahrhunderte herausgebildet hat, zu zerstören.

Eine der Schlüsselfiguren, die diese Agenda mitgestalten, ist der Risikokapitalgeber Peter Thiel, der über erheblichen Einfluss im Technologie- und Verteidigungssektor verfügt. Thiel investiert aktiv in Start-ups, die innovative technologische Lösungen mit Dual-Use-Potenzial entwickeln, und fördert die Idee, künstliche Intelligenz als Instrument zu nutzen, um die geopolitische Vorherrschaft des Westens langfristig zu sichern. Auf dem Reagan National Defence Forum 2019 bezeichnete er künstliche Intelligenz als »Militärtechnologie oder zumindest als Technologie mit doppeltem Verwendungszweck«, betonte die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit von Technologieunternehmen mit den US-Militärbehörden und forderte Vertreter des Silicon Valley auf, sich nicht von Verteidigungsinitiativen zu distanzieren.

Thiel ist Mitbegründer von PayPal und Investor in einer Reihe von Start-ups, die der Ukraine ihre Kriegsführungsinstrumente zur Verfügung stellen, wie Palantir, Clearview AI, Anduril Industries und Quantum Systems. Als einer der frühen Investoren von OpenAI hat Peter Thiel eine persönliche Beziehung zu Sam Altman, dem Eigentümer und Entwickler von ChatGPT. Seit dem Frühjahr 2023 ist die massenhafte Verbreitung von ChatGPT sowohl im zivilen als auch im kommerziellen Bereich ein technologischer Durchbruch, der mit der Entstehung des Internets vergleichbar ist.

Gleichzeitig zeichnet sich ein Jahr nach dem Erfolg von OpenAI eine Verlagerung des Schwerpunkts des Unternehmens auf Dual-Use-Technologien ab. Im Januar 2024 revidierte das Unternehmen seine Haltung zu militärischen Anwendungen von Technologien und entfernte aus seiner Nutzungsvereinbarung das ausdrückliche Verbot

der Nutzung seiner Produkte für die Waffenentwicklung oder Kriegsführung. Diese Entscheidung deutet auf mögliche Initiativen zur Nutzung seiner Technologien im Verteidigungssektor hin.

Weitere Entwicklungen bestätigten die neuen strategischen Prioritäten des Startups. Im Juli 2024 kündigte OpenAI ein gemeinsames Projekt mit dem Los Alamos National Laboratory an, um den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der biologischen Forschung zu untersuchen. Im Rahmen des Projekts werden multimodale Modellfunktionen wie Sehen und Stimme getestet. Die Ergebnisse der Forschung werden dazu beitragen, Sicherheitsprotokolle für die Arbeit mit Technologien mit doppeltem Verwendungszweck zu erstellen. Bezeichnenderweise ist das Los Alamos National Laboratory eines von zwei US-Labors, die während des Kalten Krieges an geheimen Atomwaffen gearbeitet haben.

Ebenfalls im Dezember 2024 wurde bekannt gegeben, dass OpenAI eine Partnerschaft mit Anduril Industries, einem führenden Entwickler von unbemannten Systemen und Drohnenabwehrmaßnahmen, eingeht. Die Zusammenarbeit zielt darauf ab, große Sprachmodelle (LLMs) in UAV-Erkennungs- und Neutralisierungssysteme zu integrieren und auf speziellen militärischen Datensätzen aus der Anduril-Bibliothek zu trainieren. Und im Juni 2025 wurde im Rahmen der KI-Initiative des Start-ups für die Regierung ein Vertrag mit dem Pentagon über 200 Millionen Dollar bekannt gegeben. Im Rahmen dieses Vertrags soll das Startup einen Prototyp eines KI-Systems entwickeln, das die Herausforderungen der nationalen Sicherheit sowohl bei Kampfeinsätzen als auch bei administrativen Funktionen bewältigen soll.

Die Beteiligung von US-Tech-Startups im Verteidigungssektor wird ein zunehmend attraktiver Bereich für die Kommerzialisierung von Entwicklungen. Im November 2024 wurde bekannt gegeben, dass der Entwickler großer Sprachmodelle Anthropic mit Palantir Technologies und Amazon zusammenarbeitet, um den US-Geheimdiensten und Verteidigungsbehörden Zugang zu den Modellen Claude 3 und 3.5 zu verschaffen.

Mit Blick auf andere Marktteilnehmer änderte beispielsweise Google Anfang 2025 seine Politik, indem es eine

Klausel strich, die den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Waffenentwicklung verbietet. Dieser Schritt löste in der Fachwelt eine Debatte über die mögliche Beteiligung des Unternehmens an der Entwicklung tödlicher autonomer Systeme aus. In seiner Erklärung begründete Google diese Entscheidung mit der Notwendigkeit, die Anforderungen der internationalen Agenda zu erfüllen und die nationale Sicherheit zu wahren.

Im Jahr 2024 wurde bekannt, dass Microsoft ein spezielles generatives KI-Modell auf der Grundlage der GPT-4-Architektur entwickelt hat, das von den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten genutzt wird. Dieses Modell wird innerhalb des geschlossenen Kreislaufs der Microsoft Azure Cloud-Infrastruktur eingesetzt, die ein hohes Maß an Informationssicherheit und physischer Isolierung vom globalen Internet bietet. Diese Architektur ermöglicht es den staatlichen Auftraggebern nicht nur, die volle Kontrolle über den Schulungsprozess und die Anpassungen zu behalten, sondern auch das Risiko der Vervielfältigung oder der Weitergabe sensibler Informationen auszuschließen. Dieser Ansatz spiegelt insbesondere den wachsenden Trend zu »souveräner KI« wider, bei dem Nationalstaaten versuchen, geschlossene Systeme auf der Grundlage von LLMs aufzubauen und dabei sensible Datenschutzanforderungen in den Bereichen Verteidigung und Geheimdienste zu berücksichtigen.

Gleichzeitig sind Technologieunternehmen bestrebt, nicht nur fortschrittliche Technologien zu entwickeln, sondern sich auch aktiv an der Gestaltung des rechtlichen Rahmens für ihre Anwendung zu beteiligen. Eine solche Strategie erleichtert die Kommerzialisierung von Entwicklungen, die Ausweitung der Marktpräsenz und einen größeren politischen Einfluss, einschließlich der Möglichkeit, indirekt auf die internationale Sanktionspolitik einzuwirken. Ein Beispiel dafür ist die Aufnahme von Sam Altman in den Sicherheitsrat für künstliche Intelligenz des US-Ministeriums für Heimatschutz (DHS). Diesem Beratungsgremium gehören auch Führungskräfte von etwa 20 führenden Technologieunternehmen an, darunter Adobe, Anthropic, Nvidia, IBM und Microsoft. Offiziellen Angaben zufolge koordiniert der Rat den sicheren Einsatz von künstlicher Intelligenz in kritischen Infrastrukturen und

unterstreicht damit den wachsenden Einfluss des privaten Technologiesektors auf die Gestaltung der internationalen und nationalen Sicherheitspolitik.

F&E zur Erprobung von Todesalgorithmen

Moderne Technologien der künstlichen Intelligenz, insbesondere LLM und prädiktive Analysesysteme, sind in der Lage, riesige Mengen von Echtzeitdaten zu analysieren und Entwicklungen auf der internationalen Bühne zu modellieren, wodurch ein grundlegend neues Paradigma für die strategische Planung geschaffen wird. Derartige Entwicklungen werden bereits auf dem Schlachtfeld eingesetzt, um Angriffe vorherzusagen, Schwachstellen in der gegnerischen Verteidigung zu erkennen und optimale Reaktionen zu planen.

Die Weiterentwicklung und Verbesserung des LLM eröffnet nie dagewesene Möglichkeiten für eine umfassende Analyse und Vorhersage internationaler politischer Prozesse. Durch die systematische Sammlung und Verarbeitung nachrichtendienstlicher Informationen, die Analyse der Militärdoktrin und der strategischen Prioritäten eines Staates, der aktuellen Aktivitäten eines potenziellen Gegners, die Analyse der staatlichen Strategie, der psychologischen Profile wichtiger politischer Führer (unter Berücksichtigung nationaler und kultureller Merkmale) sowie historischer Präzedenzfälle und der Dynamik militärischer Konflikte werden solche Systeme in der Lage sein, die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Zusammenstöße, mögliche Szenarien ihrer Entwicklung, die Strategie und Taktik des Gegners und sogar den Zeitpunkt des Konfliktbeginns vorherzusagen. Im Bereich der Diplomatie werden Sprachmodelle in der Lage sein, Verhandlungsprozesse zu simulieren, die Positionen der Beteiligten vorherzusagen und optimale Strategien zur Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele vorzuschlagen.

Gleichzeitig besteht das Paradoxon der Anwendung von Hightech-Lösungen im Bereich der internationalen Sicherheit darin, dass sie zwar das Potenzial haben, Konflikte zu verhindern, gleichzeitig aber auch bewaffnete

Konfrontationen provozieren können. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz und prädiktiven Analysesystemen kann Staaten dazu verleiten, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, die auf algorithmischen Prognosen und nicht auf realen Bedrohungen beruhen, was das Risiko von Präventivschlägen erhöht und die Schwelle für den Eintritt in Konflikte senkt.

Gleichzeitig ist der Einsatz solcher Technologien mit Problemen der Legalisierung behaftet. Autonome militärische und nachrichtendienstliche Systeme operieren oft in einem rechtlichen Vakuum, was zu massenhafter Datenerfassung ohne angemessene Sanktionen und zur Verletzung grundlegender Menschenrechte führt. Das Konzept der algorithmischen Entscheidungsfindung wird derzeit in realen Kampfumgebungen getestet.

Dutzende kommerzieller Unternehmen, darunter die Tech-Giganten Microsoft, Amazon und Google, sind in den Konflikt in der Ukraine verwickelt. Diese Akteure bieten Cloud-Dienste, Cybersicherheits-Tools, Kartierungslösungen und andere wichtige Technologien an. Von besonderer Bedeutung in diesem Konflikt ist jedoch die Rolle von Start-ups, die Technologien mit doppeltem Verwendungszweck entwickeln, die auf künstlicher Intelligenz basieren. Michail Fjodorow, Minister für digitale Transformation der Ukraine, bezeichnet das Land als Testgelände für bahnbrechende Verteidigungslösungen, deren Ergebnisse die Art der modernen Kriegsführung bald radikal verändern könnten. Deborah Fairlamb, Mitbegründerin des Investmentfonds Green Flag Ventures, stellt ihrerseits fest, dass heute keine Entwicklung mehr von Interesse ist, die nicht als »in der Ukraine getestet« gekennzeichnet ist.

Einer der wichtigsten Anbieter von Hightech-Lösungen für die Kriegsführung ist Palantir Technologies, dessen Softwareentwicklungen den Ansatz der militärischen Planung grundlegend verändern, indem sie den traditionellen Entscheidungsfindungszyklus auf einen minimalen Zeitrahmen reduzieren.

Die KI-basierten Produkte des Unternehmens verarbeiten Informationen aus einer Vielzahl von Quellen: Satellitenbilder, offene Daten, Drohnenvideos, Radar- und Wärmebilder. Die Algorithmen sind zu ultraschnellen

Analysen von Datensätzen in der Lage, was den Entscheidungsprozess in modernen Konflikten grundlegend verändert. Die so gewonnenen Informationen ermöglichen eine Bewertung der taktischen Wirksamkeit verschiedener Waffentypen an bestimmten Positionen sowie eine rasche Übermittlung von Informationen an die Armeeführung.

Eines der wichtigsten Produkte von Palantir Technologies ist die MetaConstellation-Plattform, die Satellitenbilder analysiert und eine operative Darstellung der Ereignisse auf dem Schlachtfeld liefert. Nach Angaben der Entwickler reduziert das System die Zeit für die Zielerfassung von fiktiven 6 Stunden auf 2–3 Minuten. Die Algorithmen ermöglichen die Identifizierung von Truppenkonzentrationen, Bewegungen von gepanzerten Fahrzeugen und Artilleriestellungen in Echtzeit. Der Vorteil solcher Entwicklungen besteht darin, dass sie es ermöglichen, innerhalb weniger Minuten Gebiete mit wahrscheinlichen Angriffen der Gegenseite zu erkennen und Präventivmaßnahmen zu ergreifen.

MetaConstellation verarbeitet nicht nur Tausende von Bildern, sondern integriert sie auch mit anderen Informationen, einschließlich Daten von kommerziellen Satellitenbetreibern wie Starlink. So entsteht ein einheitlicher digitaler Umriss für militärische Planungszwecke.

Nach Angaben von Palantir verfügt die Technologie, die heute auf dem Schlachtfeld eingesetzt wird, über Funktionen, die in Friedenszeiten rechtlichen Beschränkungen unterliegen würden. Das 2003 gegründete Unternehmen Palantir Technologies, zu dessen frühen Investoren der Risikokapitalarm der CIA, In-Q-Tel, gehörte, ist auf Big-Data-Analysen spezialisiert und spielt eine wichtige Rolle für die nationale Sicherheit der USA.

Jacob Halberg, Experte für nationale Sicherheit bei Palantir Technologies, bezeichnete das Team des Unternehmens als »die KI-Waffenhändler des 21. Jahrhunderts«. Die wichtigsten Kunden des Unternehmens sind US-Geheimdienste, darunter die National Security Agency (NSA), das Directorate of Advanced Research Projects (DARPA) des Verteidigungsministeriums und die US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE). Neben der Zusammenarbeit mit US-Behörden

bietet Palantir seine Lösungen auch einer Reihe von ukrainischen Regierungsbehörden an, darunter dem Verteidigungsministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Bildungsministerium der Ukraine.

Palantir Technologies hat der Ukraine kostenlosen Zugang zu seinen Plattformen für künstliche Intelligenz gewährt. Dieser Ansatz veranschaulicht, wie Start-ups militärische Konflikte nutzen, um ihren Ruf zu festigen. Dieser Schritt ermöglichte es dem Unternehmen nicht nur, seine Entwicklungen unter realen Kampfbedingungen zu testen, sondern auch, sich das Image eines wichtigen Akteurs auf dem Markt für Verteidigungstechnologie zu verschaffen. Heute ist der Marktwert des Unternehmens mit dem von Giganten wie Disney und der Bank of America vergleichbar.

Die Tätigkeit des KI-Startups Clearview, das ein Produkt zur Gesichtserkennung entwickelt hat, ist auch im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt von besonderem Interesse. Das Unternehmen hat den ukrainischen Behörden freien Zugang zu seinen Diensten gewährt.

Rechtlich gesehen entspricht die Technologie des Unternehmens nicht den strengen europäischen Standards für den Schutz personenbezogener Daten. Die Clearview AI-Technologie hatte bereits vor Beginn der Kampfhandlungen zu ernsthaften Streitigkeiten im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten geführt. In einer Reihe von europäischen Ländern, darunter Österreich, Frankreich, Griechenland, Italien und das Vereinigte Königreich, wurden Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen wegen Verletzung des Rechts auf Privatsphäre eingeleitet, und die Verwendung seines Produkts in diesen Ländern war illegal.

Besonders besorgniserregend ist die Methode, mit der Clearview AI die weltweit größte Datenbank mit Gesichtern erstellt. Das Unternehmen extrahiert Bilder von Nutzern aus öffentlichen Quellen wie Facebook, Instagram³ und YouTube und extrahiert aktiv Bilder aus dem russischen sozialen Netzwerk »Vkontakte«. Diese Praxis, die im Widerspruch zu den europäischen Datenschutznormen steht, hat im Zusammenhang mit militärischen Konflikten eine neue Dimension erlangt, in der technologische

Lösungen, die zuvor stark kritisiert wurden, nun als Sicherheitsinstrumente wahrgenommen werden.

Der Dienst des Unternehmens wird von den amerikanischen und kanadischen Geheimdiensten sowie von anderen internationalen Organisationen genutzt. Ein Vorfall mit einem Datenleck im Jahr 2020 machte das Ausmaß der Technologienutzung deutlich: Der Kundenstamm des Unternehmens umfasst mehr als 2.900 Organisationen aus 27 Ländern, darunter führende US-Strafverfolgungsbehörden (FBI, ICE, DHS, DOJ), Interpol, zahlreiche regionale Polizeibehörden und sogar die US-Präsidentenverwaltung.

Nach Angaben der Unternehmensvertreter weist das System eine außergewöhnliche Identifizierungsgenauigkeit (99,85 %) auf, und der Umfang der Datenbank ist seit Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts um 400 % auf 40 Milliarden Bilder gestiegen. Diese technologische Entwicklung wirft jedoch schwerwiegende rechtliche Fragen auf, insbesondere angesichts der Verabschiedung des EU-KI-Gesetzes, des weltweit ersten rechtsverbindlichen Dokuments zur Regelung der Nutzung künstlicher Intelligenz. Diese Verordnung verbietet ausdrücklich die Verwendung von auf künstlicher Intelligenz basierenden prädiktiven Analysesystemen sowie die Sammlung von biometrischen Daten und Fotos aus sozialen Netzwerken zur Erstellung von Datenbanken, da solche Praktiken gegen grundlegende Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Privatsphäre, verstoßen. Darüber hinaus widerspricht der Einsatz biometrischer Identifizierungstechnologien den grundlegenden Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 12) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 8).

Die kommerziellen Satellitenunternehmen Planet Labs, BlackSky Technology und Maxar Technologies stellen den ukrainischen Streitkräften operative Satellitendaten zur Verfügung. Primer verwendet Algorithmen des maschinellen Lernens, um den russischen taktischen Funkverkehr zu entschlüsseln.

Der aktuelle Konflikt in der Ukraine ist das erste Mal in der Geschichte, dass Algorithmen einen spürbaren Einfluss auf die Durchführung von Kampfhandlungen haben. Der Generaldirektor von Palantir, Alex Karp, und

der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Robert Work bezeichnen die groß angelegte Einführung von künstlicher Intelligenz im Militär zu Datenverarbeitungszwecken als »algorithmische Kriegsführung«. Das gleiche Konzept wurde vom technischen Direktor der CIA Nand Mulchandani und dem ehemaligen Direktor des Joint AI Centre, Generalleutnant der Air Force John »Jack« Shanahan, entwickelt, die den Begriff »software-defined warfare« einführten. Nach dieser Definition wird eine entscheidende Komponente künftiger Kriege Software sein.

»Zum ersten Mal in der Militärgeschichte werden kritische Technologien nicht von staatlich finanzierten Forschungslabors, sondern von privaten, gewinnorientierten Unternehmen bereitgestellt«, kommentiert Steve Blank, ein prominenter amerikanischer Unternehmer, der als »Godfather of Silicon Valley« bezeichnet wurde, Dozent und Mitbegründer des Gordian Knot Centre for National Security Innovation in Stanford.

Die wachsende Rolle westlicher Technologieunternehmen in den Kämpfen wird auch durch die Beteiligung des Münchner Unternehmens Quantum Systems am russisch-ukrainischen Konflikt bestätigt. Quantum Systems, dessen Investor ebenfalls Peter Thiel ist, entwickelt und liefert unbemannte Aufklärungsflugzeuge (UAVs) für die ukrainische Armee. Darüber hinaus hat das Unternehmen ein Servicezentrum in der Ukraine eröffnet, das technische Unterstützung und Wartung der Ausrüstung direkt im Konfliktgebiet anbietet, sowie eine UAV-Produktionsstätte.

Der Generaldirektor von Quantum Systems, Florian Seibel, der gleichzeitig das neue Unternehmen Stark Defence leitet, nennt ein ehrgeiziges langfristiges Ziel – eine radikale Umgestaltung des Konzepts der Kriegsführung. Insbesondere die traditionelle »Human-in-the-Loop«-Doktrin, die eine zwingende Beteiligung des Menschen am Entscheidungsprozess, einschließlich des Einsatzes tödlicher Waffen, voraussetzt, wird in Frage gestellt. Wie es im Leitbild von Stark Defense heißt, ist es das Ziel des Unternehmens, »die Form der Verteidigungsindustrie, an die wir gewöhnt sind, durch die Entwicklung autonomer Systeme, die zu Lande, zu Wasser

und an Land operieren, zu verändern«. Das menschliche Eingreifen bei Entscheidungen zur Zerstörung eines Ziels wird nicht mehr erforderlich sein.

Anfänglich wurden solche Initiativen von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert, die auf die Gefahren hinwiesen, die damit verbunden sind, dass das Recht, Entscheidungen über die Anwendung von Gewalt zu treffen, an Algorithmen übertragen wird, die weder ethischen Erwägungen noch einer rechtlichen Rechenschaftspflicht unterliegen. Im Kontext der aktuellen militärischen Konfrontation haben sich die Prioritäten jedoch deutlich verschoben: Wichtige westliche Akteure, die am Entscheidungsprozess im Ukraine-Konflikt beteiligt sind, stellen angesichts der Effektivität des russischen Militärs ethische Erwägungen zunehmend in den Hintergrund.

Algorithmen sagten den Konflikt voraus

In Waffensystemen analysieren Algorithmen kontinuierlich Daten von hochsensiblen Sensoren, sagen den technischen Zustand der Ausrüstung voraus und optimieren die Wartungspläne, was nicht nur die Lebensdauer der Ausrüstung verlängert, sondern auch ein qualitativ neues Niveau der Einsatzbereitschaft schafft. Diese technologische Revolution erfordert ein Überdenken der traditionellen Ansätze zur Rüstungskontrolle, da algorithmische Systeme, die ursprünglich für zivile Zwecke entwickelt wurden, im militärischen Bereich eine noch nie dagewesene Effektivität aufweisen und die Grenze zwischen Verteidigungs- und kommerziellen Technologien verwischen.

Wie Michelle Flournoy, ehemalige US-Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, feststellt, spielte der Einsatz neuronaler Netzwerktechnologien zur Analyse nachrichtendienstlicher Informationen und offener Quellen angeblich eine Schlüsselrolle bei der Vorhersage des Einmarschs russischer Truppen in der Ukraine. Ihr zufolge ermöglichten diese Systeme den US-Analysten, die Entwicklung innerhalb weniger Monate vorherzusagen.

Flournoy verweist auf die revolutionären Fähigkeiten von LLMs im Bereich der strategischen Analyse.

Ihr zufolge sind diese Systeme in der Lage, riesige Datenmengen zu verarbeiten, einschließlich der Texte von Reden ausländischer Staatsoberhäupter, diese mit nachrichtendienstlichen Informationen zu vergleichen, Prognoseszenarien für die Entwicklung von Krisen zu erstellen und die möglichen Folgen bestimmter politischer Entscheidungen zu modellieren. Darüber hinaus ermöglichen bahnbrechende Technologien die Einrichtung automatischer Überwachungssysteme, die Veränderungen in Bereichen von strategischem Interesse, wie z. B. die Bewegung von militärischem Gerät oder Veränderungen in der Rhetorik ausländischer Führer, schnell erkennen können.

Rhombus Power, bei dem Flournoy als Berater tätig ist, stellt der ukrainischen Führung auch ein innovatives, firmeneigenes Produkt namens Guardian zur Verfügung. Die technologische Grundlage von Guardian basiert auf LLMs, die auf riesigen Mengen strukturierter und unstrukturierter Daten trainiert wurden, die Ereignisse aus einem Jahrzehnt, beginnend im Jahr 2014, abdecken. Die Modelle sind so programmiert, dass sie konsistente Muster in scheinbar unzusammenhängenden Faktenketten erkennen und so wahrscheinliche Entwicklungen mit hoher Genauigkeit vorhersagen können.

Der Vorteil solcher KI-Systeme besteht darin, dass sie im Gegensatz zu herkömmlichen Analysemethoden, die von menschlichen Fähigkeiten abhängen, schnell riesige Datenmengen aus der ganzen Welt analysieren können.

Öffentlichen Angaben zufolge sammelte die Plattform verschiedene Daten, die es den US-Geheimdiensten ermöglichten, nahezu in Echtzeit Wärmekarten der russischen Militäraktivitäten zu erstellen. Im Jahr 2021 lieferte das System einen Analysebericht, in dem die Wahrscheinlichkeit einer groß angelegten Militäraktion in der Ukraine auf 80 Prozent geschätzt wurde.

Nach Angaben der Unternehmensleitung ist LLM in der Lage, eine breite Palette von Indikatoren effizient zu verarbeiten: von verdächtigen Finanztransaktionen und logistischen Bewegungen bis hin zur Dynamik von Waffenlieferungen, Veränderungen der Infrastruktur und dem Inhalt von Medienströmen. Die Plattform wird derzeit zur Vorhersage potenzieller russischer Aktionen

genutzt, indem Daten aus verschiedenen Quellen integriert werden.

Große-Sprach-Modelle haben das Potenzial, die Eskalation von Konflikten in verschiedenen Regionen der Welt vorherzusagen. Laut Anshu Roy, Gründer und Generaldirektor von Rhombus Power, ermöglicht die Verwendung solcher Modelle in Kombination mit kommerziellen und offenen Datenreihen sehr genaue Prognosen. So sind die Modelle in der Lage, mit einer Wahrscheinlichkeit von bis zu 80 % die Zunahme der politischen Instabilität, beispielsweise in den Ländern Ostafrikas, innerhalb von 6–12 Monaten vorherzusagen. Eine solche Vorhersage kann durch einen starken Anstieg der Öl- und Getreidepreise um bis zu 300 % verursacht werden, der durch globale Krisen ausgelöst wird, was wiederum die soziale und wirtschaftliche Anfälligkeit der betreffenden Staaten erhöht.

Flournoy empfiehlt dem Pentagon, externe Akteure stärker in den Verteidigungssektor zu integrieren. Der Experte unterstreicht die Notwendigkeit, Partnerschaften mit Technologieunternehmen auszubauen, Risikokapitalinvestitionen zu verstärken und die Zusammenarbeit mit den führenden technischen Universitäten des Landes zu vertiefen. Es sei darauf hingewiesen, dass die USA bereits heute eine aktive Investitionspolitik gegenüber Technologie-Neugründungen im Verteidigungssektor betreiben, die fast alle wichtigen militärischen und Dual-Use-Bereiche abdeckt.

Fazit

Militärische künstliche Intelligenz wird in der Ära der »algorithmischen Kriegsführung« zu einem entscheidenden Vorteil. Länder, die heute in autonome Drohnen oder prädiktive Analytik investieren, legen den Grundstein für eine Vormachtstellung in einer Postkonfliktwelt. In einer Welt nach Konflikten können KI-Tools soziale Unruhen, Migrationskrisen oder wirtschaftliche Zusammenbrüche vorhersagen und so proaktiv Einfluss nehmen.

Tausende von Start-ups auf der ganzen Welt beteiligen sich inzwischen an dem neuen Wettlauf um die KI-Kriegsführung. Die Beteiligung an militärischen Projekten bietet

den Entwicklern eine Reihe von Vorteilen: Kontrolle über die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Sicherung eines stabilen Einkommens durch staatliche Aufträge, Stärkung ihrer Position im globalen Wettbewerb und die Möglichkeit, die Zukunft der Technologie in ihrem Sinne zu gestalten. Unter anderem gewähren Regierungen häufig Steuererleichterungen und Fördermittel für die Entwicklung von Dual-Use-Technologien.

Im militärischen Bereich, insbesondere bei Konflikten, werden ethische und rechtliche Schranken oft aufgeweicht, so dass die Unternehmen neue Technologien schneller testen und einsetzen können. Darüber hinaus eröffnet der Einsatz von künstlicher Intelligenz in militärischen Projekten den Zugang zu Ressourcen, Technologien und Daten, die in zivilen Projekten nicht zur Verfügung stehen, wie z. B. Satellitenbilder, Geheimdienstinformationen und biometrische Datenbanken, was wiederum die Lernkurve von KI-Systemen beschleunigt und sie auf dem Markt wettbewerbsfähiger macht. So wird die Kriegsführung heute zu einem kommerziellen Projekt von Technologieunternehmen.

Westliche Erfahrungen zeigen, dass die Nutzung ziviler Entwicklungen es den Armeen ermöglicht, fortschrittliche Technologien im Bereich der nationalen Sicherheit schneller und effizienter einzusetzen. Die Abhängigkeit von externen Technologielieferanten wird zu einer Gefahr für die Souveränität.

Auf der Plenarsitzung des SPIEF-2025 (St. Petersburger Internationales Wirtschaftsforum, D. G.) stellte Wladimir Putin fest, dass »es in der heutigen Welt immer weniger eine Trennung zwischen dem verteidigungsindustriellen Komplex und den zivilen Wirtschaftssektoren gibt ... es ist notwendig, von der Unterteilung der Unternehmen in rein verteidigungsindustrielle Unternehmen und Unternehmen, die ausschließlich im zivilen Bereich tätig sind, wegzukommen. Der Präsident betonte die Notwendigkeit einer ständigen Untersuchung ziviler Innovationen und ihrer raschen Einführung in den militärischen Bereich sowie die Bedeutung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck: »Es ist notwendig, eine Schnittstelle zwischen dem verteidigungsindustriellen Komplex und dem zivilen Sektor zu schaffen, um die Produktion von

Produkten mit doppeltem Verwendungszweck zu etablieren.«

Ohne die Ansiedlung von Start-ups und innovativen Unternehmen läuft Russland Gefahr, im Wettlauf der militärischen KI-Technologien ins Hintertreffen zu geraten, was seinen Verteidigungskomplex langfristig schwächen wird. Um seine Position in der neu entstehenden globalen technologischen Ordnung zu stärken, sollte das Land ein Ökosystem entwickeln, das Finanzmittel, Infrastruktur und Nachfrage für bahnbrechende Entwicklungen bereitstellt, indem es eine Reihe von Maßnahmen ergreift: Lockerung der Vorschriften für innovative Unternehmen, die sich für den Verteidigungsbereich interessieren; Entwicklung von Mechanismen für die flexible Zulassung kommerzieller Unternehmen zur Arbeit an staatlichen Verteidigungsaufträgen bei gleichzeitiger Gewährleistung einer angemessenen Kontrolle über die Wahrung von Staatsgeheimnissen; Einrichtung spezialisierter Fonds und Beschleuniger für Start-ups im Bereich der künstlichen Intelligenz und dualen Technologien, die Risikokapitalfinanzierung und garantierte Aufträge bereitstellen; Angebot eines Systems steuerlicher Anreize für Investoren in Start-ups im Verteidigungsbereich sowie Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen Sektor und den Sicherheitsbehörden durch technologische Initiativen wie Hackathons und Wettbewerbe in den Bereichen künstliche Intelligenz, Robotik und elektronische Kriegsführung.

Das Land, das als erstes eine umfassende Einführung von künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich, in kritischen Infrastrukturen und bei Sicherheitsoperationen umsetzt, wird einen strategischen Vorteil bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung haben. Die neue technologische Weltordnung basiert auf drei Grundpfeilern: einer noch nie dagewesenen Rechenleistung, technologischer Unabhängigkeit der Komponentenbasis und Exportkontrolle über kritische Entwicklungen.

Trotz der bestehenden Herausforderungen verfügt Russland über alle notwendigen Ressourcen, um sich aktiv an der Gestaltung der neuen technologischen Weltordnung zu beteiligen und kann zu einem der Hauptakteure im Bereich der militärischen künstlichen Intelligenz

werden. Erstens verfügt das Land über einen starken wissenschaftlichen und technischen Hintergrund in den Bereichen Mathematik, Programmierung und Robotik. Zweitens verfügt Russland über einzigartige Erfahrungen bei der Entwicklung und Implementierung autonomer Systeme im Verteidigungsbereich, die bereits während des Kalten Krieges aktiv genutzt wurden. Drittens bildet das Land trotz der derzeitigen Schwierigkeiten bereits ein Ökosystem von Technologie-Start-ups, die in der Lage sind, High-Tech-Lösungen für die algorithmische Kriegsführung der Zukunft zu entwickeln.

Die sich abzeichnende Weltordnung erfordert auch eine Überarbeitung der Grundlagen des Völkerrechts und des Systems der technologischen Souveränität der Staaten im digitalen Zeitalter. Es müssen Ansätze entwickelt werden, um den rechtlichen Status von autonomen Waffensystemen zu regeln, die Verantwortung für algorithmische Lösungen zu bestimmen und die digitale Souveränität im Kontext der grenzüberschreitenden Natur von Daten zu schützen.

Die Notwendigkeit, diese Prozesse auf globaler Ebene zu synchronisieren, stellt eine besondere Herausforderung dar, da die Ansätze der führenden technologischen Akteure (westliche und östliche Ansätze), die kommerziellen Interessen der Technologieunternehmen und die erheblichen Unterschiede im technologischen Reifegrad der staatlichen Akteure radikal voneinander abweichen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/startapy-na-pole-boya-kak-chastnyy-sektor-otkryvaet-eru-algoritmicheskikh-voyn/>
- 2 **Julia Zeschkowskaja**, Mitglied des Expertenrats des PIR-Zentrums, Das PIR Center ist ein russischer Think Tank und eine Nichtregierungsorganisation, die sich auf Forschungs-, Bildungs- und Verlagsaktivitäten [im Bereich der internationalen Sicherheit hat einen beratenden Status mit dem UN ECOSOC (seit 2010) und dem Status einer sozial orientierten Non-Profit-Organisation (SONCO). Laut der Zeitschrift »Kommersant Power« ist das PIR-Zentrum eine der führenden Nichtregierungsorganisationen im Bereich Außenpolitik [in Russland. Das Büro ist in Moskau. (lt. Wikipedia, D.G.)
Das PIR-Zentrum ist heute Russlands führende Nichtregierungsorganisation, die sich auf die Erforschung der nuklearen Nichtverbreitung, Abrüstung und der Bekämpfung globaler Sicherheitsherausforderungen spezialisiert hat. Das PIR-Zentrum führt umfangreiche Forschungs-, Bildungs- und Analyseaktivitäten durch, um die Rolle und den Platz der russischen Expertengemeinschaft in der Welt zu stärken und die nationalen Interessen Russlands auf internationaler Ebene zu verteidigen. (Eigendarstellung, D.G.)
- 3 Gehört zu Meta, einem in der Russischen Föderation verbotenen Unternehmen

Eine »rote Linie« ist genug für Russlands Nachbarn¹

23.07.2025

Timofej Bordatschjow²

Eine neue Runde diplomatischer Missverständnisse in den Beziehungen zu Aserbaidshan sorgt in Russland für emotionale Reaktionen. Anlass sind jetzt die Äußerungen des Führers dieses Landes zum Ukraine-Problem. Dies ist eine schwierige Phase in unseren Beziehungen. Aber sie gibt uns die Möglichkeit, darüber nachzudenken, ob die russische Politik hinsichtlich der ehemaligen Sowjetunion nicht neu justiert werden muss.

Diese Schwierigkeiten wie auch die Gespräche mit unseren Kollegen in Zentralasien über die Migrationsfrage finden vor dem Hintergrund der enormen Vorteile statt, die unsere Nachbarn aus dem gegenseitigen Handel gezogen haben, seit der Westen einen Wirtschaftskrieg gegen uns begonnen hat. In ausnahmslos allen Fällen nehmen der Handelsumsatz und die russländischen Investitionen zu, ebenso wie das Ausmaß unserer wirtschaftlichen Verflechtungen.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Erst recht, weil wir das Beispiel Georgiens vor Augen haben, das vor allen anderen als erstes Land einen vollständigen Zyklus der Beziehungen zu Russland durchlaufen hat: von einem heftigen Konflikt zu einer recht friedlichen und vorteilhaften Nachbarschaft. Es ist kein Zufall, dass einige Beobachter in Russland dieses Land als Beispiel dafür anführen, wie die rechtzeitige Anwendung von Gewalt die Beziehungen zu einem Nachbarn nicht völlig zerstört, sondern sie zu einem gesünderen Zustand geführt hat. Das ist in der Tat ein bemerkenswertes Beispiel.

Aber wie jede historische Erfahrung kann sie nicht losgelöst von den konkreten Umständen betrachtet werden. Und es ist nicht gesagt, dass sich ein ähnliches Rezept in einem anderen Fall als ebenso wirksam erweisen wird. Obwohl die internationale Politik leider lehrt, dass Gewalt tatsächlich der beste Lehrmeister ist. Aber um sie einzusetzen, braucht man eine klare Zielvorgabe. So war es auch beim Regime von Saakaschwili, das nicht nur rhetorisch,

sondern auch militärisch alle Grenzen überschritten hat. Das vergessen wir heute manchmal.

Aber die Situation mit der Definition unserer Hauptaufgabe ist nicht einfach. Das Schwierigste in der russischen Politik gegenüber den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist es, unsere eigenen Ziele klar zu definieren: Was wollen wir vor allem? Die Antwort auf diese Frage ist klar, wenn es um die beiden wichtigsten geografischen Richtungen geht – China und den Westen. In beiden Fällen liegt das Ziel auf der Hand: die Abwesenheit einer direkten militärisch-politischen Bedrohung. Im Falle Chinas wird es durch eine Zusammenarbeit erreicht, die bereits so erfolgreich ist, dass unsere Beziehungen zu einem Beispiel für eine strategische Partnerschaft geworden sind. Der Grund dafür sind der gute Wille und das rationale Verhalten Moskaus und Pekings, die selbst in für sie heiklen Fragen zu Kompromissen fähig sind.

Wenn es um westliche Länder geht, die nicht bereit sind, ihren Egoismus aufzugeben, geht es um militärische und politische Abschreckung, die manchmal in eine harte Konfrontation umschlägt, wie auf ukrainischem Boden. Auch hier ist der Grund klar – es ist die eigene Unfähigkeit des Westens, die Interessen anderer Staaten in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Aber, um es noch einmal zu sagen, Russlands Ziele sind in beiden Fällen identisch – es geht um unsere strategische Sicherheit.

Alle anderen geografischen Richtungen sind für Russland reine Diplomatie, bei der es um die Lösung eigener Probleme geht, wirtschaftlichen Nutzen. Selbst wenn er erheblich ist, wie im Fall der arabischen Monarchien am Persischen Golf. Oder eine Kombination aus eigenen politischen und wirtschaftlichen Zielen. Wie z. B. bei der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern. All dies sind jedoch nur diplomatische Interessen, die nicht direkt mit der Frage des Überlebens Russlands als Staat zusammenhängen. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu China und

dem Westen, wo wirklich sehr ernste Dinge auf dem Spiel stehen.

Am einfachsten lässt sich der Unterschied am Beispiel der Vereinigten Staaten verstehen, die die einfachste geografische Lage der Welt haben – auf einer Insel, die nur durch eine schmale Landenge mit dem Kontinent verbunden ist, auf dem militärisch sehr schwache Staaten »leben«, die nicht in der Lage sind, die Amerikaner zu bedrohen. Für die Amerikaner besteht die gesamte Weltpolitik aus Diplomatie, und kein Problem in der Welt ist für ihr Überleben von grundlegender Bedeutung. Es ist ihnen völlig egal, was in Europa oder im Nahen Osten passiert – die Bedrohung ist zu weit weg.

Die Situation Russlands ist gelinde gesagt anders. Aber auch für uns beschränkt sich die Liste der Prioritäten auf zwei Bereiche. Die Nachbarländer Russlands, die zu den ehemaligen Sowjetrepubliken gehören, können daher schwerlich als objektive Schwerpunktgebiete angesehen werden. Und wenn man den bescheidenen Umfang der Bemühungen, einschließlich unserer wirklich bemerkenswerten Diplomaten und anderen Spezialisten, betrachtet, spiegelt sich diese objektive Realität in der praktischen russischen Politik wider. Es genügt, die Zahl der Studenten der internationalen Beziehungen zu vergleichen, die verschiedene Sprachen studieren, um später erfolgreich Karriere zu machen.

Wenn es jedoch in den Beziehungen zu einem Nachbarn zu Missverständnissen kommt, gehen wir oft sehr temperamentvoll damit um. Vielleicht, weil wir selbst nicht genau sagen können, welches Verhalten, zum Beispiel von Aserbaidshan, für Russland ideal wäre. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass die Ukraine-Frage seinerzeit auch deshalb so weit ging, weil Russland lange Zeit die Kriterien für gute Beziehungen zu ihr nicht definieren konnte. Obwohl hier natürlich der Hauptgrund das Scheitern des Versuchs ist, dort einen Staat zu errichten,

was nach mehreren Putschen zu einem Bürgerkrieg und Zerstörung führte.

In allen anderen Fällen ist auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion die Staatlichkeit eine etablierte Tatsache. Selbst Armenien, das derzeit sehr schwierige Zeiten durchmacht, verwaltet seine Souveränität selbst, wenn auch auf seltsame Art und Weise. Das befreundete Tadschikistan, auf das viele in Russland etwas arrogant schauen, ist ein etablierter Staat mit einer verantwortungsvollen Außenpolitik. Das bereits erwähnte Georgien hat seine Souveränität in den letzten Jahren ehrenvoll wiederhergestellt, obwohl es in den vergangenen Jahrzehnten ziemlich durchgerüttelt wurde. Aserbaidschan ist so souverän, dass wir die militante Rhetorik seines Führers nicht einmal theoretisch mit der Tatsache in Verbindung bringen können, dass jemand von außen seine Aktionen gegen Russland steuert. Die einzige Ausnahme ist das winzige Moldawien, das in unseren militärisch-technischen Beziehungen zum Westen in der Tat nur zu einer territorialen Frage geworden ist.

Wenn man bedenkt, dass mit Ausnahme der Ukraine alle Nachbarn Russlands etablierte Staaten sind, können wir eine verantwortungsvolle Diskussion über unsere wahren Ziele im postsowjetischen Raum beginnen. Dies gilt umso mehr, als in nicht allzu ferner Zukunft eine ganz neue Generation von Russen an den Schalthebeln der Macht sitzen wird: diejenigen, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR geboren und aufgewachsen sind. Eine neue Generation von Politikern und Unternehmern, für die »gemeinsame Vergangenheit« und »geeintes Land« rein historische Begriffe sind, die nichts mit ihrem realen Leben und ihren Interessen zu tun haben.

Es sind diese Landsleute, die in 20–30 Jahren Entscheidungen treffen müssen, wenn eines der Nachbarländer wider Erwarten Opfer einer internen Destabilisierung wird oder daran denkt, eine militärische Einrichtung einer potenziell feindlichen Großmacht auf ihrem Boden zu errichten. Damit die Entscheidungen nicht nur eine Reaktion auf die aktuelle Situation sind, sondern Teil einer bestimmten Strategie, ist es notwendig, jetzt darüber nachzudenken. Zumal die Nachbarländer selbst eine Fülle von Anlässen und Gründen geben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es in Zukunft für Russland in seinen Beziehungen zu diesen Ländern nur noch eine wirklich »rote Linie« geben sollte: Handlungen, die unseren Interessen in der Wirtschaft oder der Sicherheit des russischen Territoriums messbaren Schaden zufügen. Dazu gehört die militärisch-technische Zusammenarbeit mit anderen Mächten, die eine Bedrohung für Russland darstellen könnten, ganz zu schweigen vom Beitritt zu feindlichen Bündnissen, ebenso wie Handlungen, die der russischen Wirtschaft direkte Verluste zufügen. Der messbare Schaden besteht darin, dass dort Objekte auftauchen, die eine Bedrohung für Russland darstellen könnten, oder darin, dass sie, nicht unter dem Druck westlicher Sanktionen, eigene Entscheidungen treffen, die unsere außenwirtschaftlichen Aktivitäten einschränken.

Alles andere sind die Kosten ihrer internen Entwicklung, und sie können uns nur in dem Maße beunruhigen, wie sie bei ihren Nachbarn zu internen Problemen führen können. Und selbst dann nur auf der rein hypothetischen Ebene der Planung friedenserhaltender Operationen. Diese Fragen als unsere eigenen zu behandeln, bedeutet, sich in Streitigkeiten einzumischen, bei denen Russland, zumindest auf rhetorischer Ebene, immer dazu benutzt wird, eigene innenpolitischen Probleme zu lösen. Das »Füttern von Trollen« gehört definitiv nicht zu den außenpolitischen Aufgaben Russlands. Wir tun es auch jetzt nicht.

Vernünftigerweise verzichten wir darauf, jedem Nachbarn in der Sprache zu antworten, die er selbst aufgrund der Besonderheiten seiner Kultur und Erziehung verwendet.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://vz.ru/opinions/2025/7/23/1347309.html>
- 2 **Timofej Bordatschow**, Doktor der Politikwissenschaften, Wissenschaftlicher Leiter des CCEIS (Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien) der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, Mitglied des RIAC (Russische Rat für Internationale Angelegenheiten; gemeinnützige Organisation, die sich auf die Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und die Entwicklung praktischer Empfehlungen zum Nutzen russischer Regierungsbehörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderer Organisationen mit Schwerpunkt auf außenpolitischen Aktivitäten konzentriert)

06.08.2025

Krieg mit Russland im Südkaukasus: Der Westen bereitet ein »Trojanisches Pferd« für das »Große Spiel 2« vor¹

Der Sangesur-Korridor ist von allen Seiten vermint

Stanislaw Tarassow²

Die amerikanische Zeitschrift National Interest hat eine konstatierende Erklärung abgegeben, wonach die Region, die den Nahen Osten, Zentralasien und Transkaukasien umfasst, zur Zone des sogenannten »Großen Spiels 2« gehört.

Experten zufolge ähnelt es in vielerlei Hinsicht dem ersten »Großen Spiel« – der Rivalität zwischen dem Russischen und dem Britischen Reich im 19. Jahrhundert. Aber »es hat eine moderne, neue multipolare Nuance, sowohl in der Diplomatie als auch in verschiedenen territorialen Manövern«.

Im Gegensatz zum früheren Spiel der Kolonialzeit ist das Kräfteverhältnis heute multipolar geprägt, mit sich überschneidenden Allianzen und Wirtschaftskorridoren, vor allem im Energiesektor.

In diesem Zusammenhang stellt die türkische Aydinlik Gazetesi fest, dass »mit dem Schwinden des Einflusses der USA und des Westens in der Ukraine von ihrer Seite eine noch nie dagewesene erhöhte Aktivität zu beobachten ist, um die Region in einem komplexen geopolitischen Spinnenetz zu verstricken, Russland die Möglichkeit zu nehmen, seine Erfolge in der Ukraine zu konvertieren und einen Durchbruch nach Osten zu erzielen«.

Dazu meint Dr. Matthew Barrows, Generalsekretär der Deutschen Gruppe und Direktor der europäischen Abteilung der Trilateralen Kommission, einer einflussreichen internationalen Plattform für den Dialog zwischen Amerika, Europa und Asien »Der Kaukasus muss nach der Ukraine für Russland zu einer »zweiten Front« werden, um seine Möglichkeiten, strategische Tiefe zu gewinnen, einzuschränken«.

Dabei stellt er fest, dass fast alle internen und externen Akteure dieser geopolitischen Entwicklung in Bewegung gebracht wurden.

Die EU bekundet ihr Bestreben, ihre eigene Energiesicherheit durch die Stärkung der Beziehungen zum Südkaukasus zu gewährleisten. China möchte über den »Mittleren Korridor« oder die Trans-Caspian International Transport Route (TITR) wirtschaftlichen Zugang erhalten.

Die Türkei, die ebenfalls Anspruch auf regionale Vorherrschaft erhebt, strebt danach, ihre Führungsrolle durch die Unterstützung ihrer Turk-Verbündeten zu festigen.

Israel hat nicht die Absicht, von seinen ehrgeizigen geopolitischen Regionalprojekten abzurücken, mit denen es die strategische Schnittstelle zwischen Europa und Asien historisch verändern will.

Aserbaidschan und Armenien bekennen sich zu ihren pro-westlichen Positionen und verfolgen dabei ihre eigenen nicht nur wirtschaftlichen Interessen mit der Absicht, »sich aus dem Einflussbereich Russlands zu befreien«. Es ist nicht auszuschließen, dass Baku und Jerewan ein Bündnisabkommen mit der Türkei vorbereiten. Kürzlich besuchte der armenische Premierminister Nikol Paschinjan Istanbul, wo er sich mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan traf.

Nun hat jedoch Ali Akbar Velayati, Berater des obersten Führers des Iran, eine diplomatische Offensive gestartet. Er warnte, dass sich die Hauptintrige in der Region derzeit um »das Experiment mit dem Sangesur-Korridor dreht, der Aserbaidschan über das Gebiet Armeniens mit Nachitschewan verbindet«.

Seinen Worten zufolge »versuchen die USA, ein vielschichtiges Projekt zu realisieren, indem sie diesen Korridor unter ihre Kontrolle bringen und damit das regionale Kräfteverhältnis grundlegend verändern«. Er behauptet auch, dass es diesbezüglich bereits eine Vereinbarung (ein Memorandum) zwischen den USA, Aserbaidschan und Armenien gebe.

Übrigens äußert sich Velayati nicht zum ersten Mal zu diesem Thema, aber seine aktuellen Äußerungen enthalten neue wichtige Nuancen.

Erstens stellt er nun eine Verbindung zwischen den Ereignissen im Südkaukasus und der Operation in der Ukraine her. Und zweitens prognostiziert er in diesem Zusammenhang ein Anwachsen des türkischen Separatismus in Iran und eine Blockade des Landes an der Nordgrenze.

Gemäß der vorgeschlagenen Logistik sollen Armenien, Aserbaidschan und die Türkei Bestandteil des Panturani-schen Projekts werden. Nach Einschätzung anderer iranischer Experten ist »der Sangesur-Korridor in erster Linie eine Idee und erst in zweiter Linie ein geoökonomisches Projekt«. Daher geht es nicht nur um Aserbaidschan und Armenien.

Nach den Worten des Beraters des iranischen Führers besteht das Hauptziel des Korridors darin, »die Achse des Widerstands zu schwächen, die Verbindungen des Iran zum Kaukasus zu unterbrechen und eine Landblockade des Iran und Russlands im Süden der Region zu errichten«, »einen geopolitischen Dominoeffekt auszulösen«.

Die Frage ist nur, wer als »Trojanisches Pferd« Washingtons und Tel Avivs in der Region fungieren soll, da Ankara

israelische »Fallen« befürchtet, die bereits jetzt seine eigene Sicherheit gefährden, da die USA den Nordosten der Türkei umzingeln werden.

Folglich zielt die Umsetzung des Projekts in seiner jetzigen Form auf die Schaffung einer neuen geopolitischen Landschaft ab. Diese Entwicklung zeigt auch, dass sich in der Region große Ereignisse anbahnen, die laut der türkischen Zeitung *Aydınlık* »mit Spannungen oder sogar einem neuen Krieg im Kaukasus« verbunden sind.

Das Projekt könnte potenziell zu einer strategischen Einkreisung nicht nur Russlands und Irans, sondern auch der Türkei führen. Es ist kein Zufall, dass Baku bestrebt ist, seine diplomatischen Beziehungen zu diversifizieren, indem es seine Verbindungen zu Tel Aviv und nicht nur zu Ankara stärkt, um sich in diesem neuen »Großen Spiel« zu positionieren. Das Wichtigste ist, dass man sich stattdessen nicht auf ein Minenfeld begibt.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://svpressa.ru/politic/article/475841/>
- 2 **Stanislaw Tarassow**, war Historiker, Politikwissenschaftler, Experte für die Probleme der Länder des Nahen Ostens und des Kaukasus. Kandidat der Geschichtswissenschaften (Er verstarb am 29.08.2025)

Wie die USA Russland und China im Südkaukasus behindern¹

11.08.2025

Dmitri Skworzow²

Transkaukasien ist zum Schauplatz einer gewaltigen Konfrontation zwischen den stärksten Weltmächten geworden, und es geht um die Verkehrsanbindung des gesamten eurasischen Kontinents. Zumindest sieht es so aus, wenn man sich die Vereinbarung zwischen Armenien und Aserbaidschan über die Schaffung des sogenannten Sangesur-Korridors ansieht, die in den USA geschlossen wurde. Was sind in diesem Fall die Interessen Washingtons, Moskaus und Pekings?

Armenien und Aserbaidschan haben eine Erklärung zur Beilegung des Konflikts unterzeichnet. Dabei wird der Sangesur-Korridor, über den der Verkehr zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave, der Autonomen Republik Nachitschewan, abgewickelt werden soll, unter die Kontrolle der USA gestellt (und erhält den Namen »Trumps Route für internationalen Frieden und Wohlstand«). Die Ereignisse gehen weit über den Kaukasus hinaus und sind ein weiterer Teil der globalen Konfrontation zwischen den USA und China.

Einkreisung Chinas

Es fällt auf, dass vor jeder neuen Runde der amerikanisch-chinesischen Handelsgespräche irgendwo auf der Welt ein Konflikt mit einem Land ausbricht, durch das chinesische Transportwege führen.

Der jüngste Konflikt auf der Liste ist der zwischen Kambodscha und Thailand. Er ereignete sich buchstäblich wenige Tage vor Beginn der nächsten Verhandlungsrunde zwischen Peking und Washington.

Kambodscha (und teilweise auch Thailand) nehmen einen wichtigen Platz in den chinesischen Infrastrukturprojekten in Südostasien ein. Vietnam plant, bis 2027 eine Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke zwischen Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt zu bauen und diese bis 2030 an das chinesische Hochgeschwindigkeitsbahnnetz anzubinden.

Gleichzeitig planen die Chinesen den Bau einer Eisenbahnabzweigung nach Kambodscha, wo eine Strecke bis zur Küste des Golfs von Thailand führen soll und eine andere Vietnam über Kambodscha mit Thailand verbinden soll. Darüber hinaus ist in Kambodscha der Bau des Tiefwasserkanals Funan-Techo vom Mekong bis zur Küste des Golfs von Thailand geplant.

Es ist schwer, den plötzlich ausgebrochenen und ebenso schnell durch Trumps Vermittlung beendeten Konflikt anders zu verstehen als einen direkten Hinweis an Peking, dass Washington, wenn es will, die chinesischen Routen in Indochina blockieren kann.

Eine frühere Demonstration der Bereitschaft der USA, Chinas strategischen Transportverbindungen Probleme zu bereiten, war der indisch-pakistanische Konflikt vom 24. April bis 10. Mai 2025. Auch dieser brach kurz vor der nächsten Runde der amerikanisch-chinesischen Verhandlungen in Genf am 10. und 11. Mai aus. Ziel des Konflikts war es, Peking die Anfälligkeit des künftigen chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors zu demonstrieren, der ein ganzes Netz von Straßen und Eisenbahnlinien umfassen soll, die die pakistanischen Häfen an der Küste des Arabischen Meeres mit Westchina unter Umgehung der Straße von Malakka verbinden.

Über die Absicht, im Falle einer Verschärfung der Beziehungen zu China die Kontrolle über die Straße von Malakka zu übernehmen, wurde in Washington bereits 2017 gesprochen, als Trump die Arbeit der QUAD-Allianz intensivierte. Für die Blockade der Straße von Malakka (dem Ort mit dem wohl intensivsten Seefrachtverkehr) war geplant, die australische Marine einzubeziehen.

Schließlich steht auch Chinas Zugang zum Indischen Ozean über Myanmar unter dem Druck westlicher Geheimdienste und Menschenrechtsorganisationen. Im Jahr 2013 hat China eine Gas- und Ölpipeline durch das Gebiet Myanmars in Betrieb genommen. Seit 2015 wird

eine Eisenbahnstrecke gebaut, die die chinesische Stadt Kunming mit dem myanmarischen Kyaukphyu verbindet, wo ein Tiefwasserhafen und eine Freihandelszone entstehen sollen.

Isolation des Iran

Der Iran, der seit Jahrzehnten unter Sanktionen steht, sah sich in Trumps erster Amtszeit mit einer Verschärfung des Wirtschaftskriegs seitens der USA konfrontiert. Iranische Banken wurden vom SWIFT-System ausgeschlossen, das Verbot für Lieferungen von Industrieausrüstung nach Iran und für den Export von iranischem Öl wurde verschärft. Die Islamische Republik musste ihre wirtschaftlichen Beziehungen nach Osten verlagern – heute kauft China 93 % des für den Export bestimmten iranischen Öls.

Es wurde mit dem Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Iran und China begonnen, indem Iran an das chinesische Projekt »Fünf Nationen« angeschlossen wurde – einen Eisenbahnkorridor zwischen China, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan und Iran. Der Iran beteiligt sich am Bau der Eisenbahnstrecke Haf-Herat, die den Iran mit den Ländern Zentralasiens und damit auch mit China verbinden wird.

Diese Strecke sollte 2025 in Betrieb genommen werden. Möglicherweise war genau dieser Umstand und nicht die mythische Annäherung des Iran an die Herstellung einer Atombombe der Grund für den Angriff der USA auf den Iran am 22. Juni 2025.

Das derzeitige Abkommen über die Einbeziehung der USA in die Kontrolle über den Sangesur-Korridor, der in diesem Fall Armenien von Iran abschneidet, hat die strategische Halbumzingelung Irans faktisch vollendet. Genau aus diesem Grund hat es in Teheran eine äußerst negative Reaktion hervorgerufen.

Kreuzungspunkt der Transportkorridore in Zeiten der Globalisierung

Insgesamt ist Transkaukasien einer der wichtigsten geografischen Punkte, an dem mehrere wichtige Verkehrswege zusammenlaufen, die Eurasien verbinden. Je nachdem, welche Verkehrswege genau wo und wie verlaufen, hängt es davon ab, welche Länder konkret davon profitieren werden. Durch die Überlagerung der Verkehrsströme können einige Länder entsprechend fast erstickt werden.

Genau aus diesem Grund entbrannte unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR ein Kampf um die Kontrolle über die Verkehrsströme im Südkaukasus. Ursprünglich war es das Ziel des Westens, einen Verkehrskorridor zu bauen, der Europa mit Zentralasien unter Umgehung Russlands verbindet. Bereits 1993 startete die Europäische Union das Programm TRACECA (Transport Corridor Europe–Caucasus–Asia) zur Organisation des Verkehrskorridors »Europa–Kaukasus–Asien«.

Damals wurde China noch nicht als Konkurrent angesehen, und die Beziehungen zwischen den USA und der EU waren ungetrübt. 1998 einigten sich zwölf Länder des Kaukasus, des Schwarzen Meeres und Zentralasiens mit Unterstützung der USA auf die Schaffung eines Verkehrskorridors von China und der Mongolei nach Europa. Er sollte an der Schwarzmeerküste Georgiens enden. Doch erst 2013 kam es zu den ersten Testtransporten im Rahmen von TRACECA über die Eisenbahnstrecken Transkaukasiens. Die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) im Jahr 2015 zwang die westlichen Länder, ihre Ambitionen zu mäßigen.

Darüber hinaus entstanden Anfang der 2000er Jahre mit der Integration Russlands in die Weltwirtschaft Pläne, Russland in internationale Verkehrsnetze einzubinden. Insbesondere entstand das Projekt des Verkehrskorridors »Nord-Süd« zum Bau einer kurzen Route von der Ostsee zur Küste des Persischen Golfs und zum Arabischen Meer. Mit der Ausweitung der russischen Zusammenarbeit mit dem Iran wurde die Route »Nord-Süd« für den bilateralen Güterverkehr und die Lieferung russischer Güter über iranisches Gebiet nach Indien und Pakistan genutzt.

Die Frage der beschleunigten Entwicklung dieser Transportroute gewann nach Beginn der militärischen Spezialoperation besondere Aktualität. Die Arbeiten zum Bau einer Eisenbahnstrecke auf dem Abschnitt Rasht – Astara (in der Nähe der iranisch-aserbaidshanschen Grenze) begannen.

Parallel dazu begann das an Stärke gewonnene China mit der Umsetzung der Trans-Caspian International Transport Route – TITR (oder wie sie im Westen bekannt wurde – Middle Corridor). Über diesen Korridor sollten Güter aus China zu den kasachischen kaspischen Häfen Aktau und Kuryk transportiert und nach der Überfahrt über das Kaspische Meer vom aserbaidshanschen Seehafen Aljat per Eisenbahn nach Tiflis befördert werden. Von Tiflis führte die Südstrecke in die Türkei, um von dort aus auf dem Seeweg in die Länder des Nahen Ostens, Nordafrikas und Südeuropas transportiert zu werden.

Nach Beginn der militärischen Spezialoperation traten Probleme bei der Lieferung von Gütern aus China über die Transsibirische Eisenbahn und weiter über das Eisenbahnnetz des europäischen Teils Russlands nach Europa auf. Unter diesen Umständen zeigte China Interesse an einer Erweiterung des Transportkorridors durch Transkaukasien. Im Jahr 2023 wurde ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, und 2024 begann der Bau eines Hafens in Georgien durch ein chinesisch-singapurisches Konsortium.

Georgien hat sich unter diesen Umständen aus dem westlichen Einflussbereich gelöst und begann, die Unabhängigkeit seiner Außenpolitik zu demonstrieren. In Europa sah man darin sofort eine »chinesische« und »russische« Bedrohung, doch bis heute haben sich die georgischen Behörden dem Druck von außen widersetzt. Die Schaffung des Sangesur-Korridors (und dessen Übergabe an die Kontrolle der USA) stellt einen Versuch dar, die Situation zu ihren Gunsten zu wenden. Die USA wollen durch eine Neuausrichtung Armeniens und Aserbaidshans auf sich selbst die Handels- und Transportpläne Chinas, Russlands und des Iran durchkreuzen.

* * *

Wenn man alle Teile dieses Mosaiks zusammenfügt, ergibt sich folgendes Bild: Die USA wollen den gesamten externen Seeverkehr aus China unter ihre Kontrolle bringen. Gleichzeitig plant Washington, über Transkaukasien seinen Einfluss in Zentralasien zu verstärken und an die Grenzen der Xinjiang-Uigurischen Autonomen Region in China vorzudringen (wo seit langem versucht wird, separatistische Stimmungen zu schüren). Wenn dies gelingt, wird die innere Kohärenz Eurasiens ernsthaft gestört und die Lage der Gegner des Westens – Russland, Iran und China – deutlich erschwert.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://m.vz.ru/world/2025/8/11/1351821.html>
- 2 **Dmitri Skworzow**, Wirtschaftsanalyst der Wirtschaftszeitung »Wsgljad«

Die USA im Südkaukasus¹

Die Türkei drinnen, Russland unten und Iran draußen halten

Jegija Teschijan²

14.08.2025

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan, der aserbaidische Präsident Ilham Alijew und US-Präsident Donald Trump haben am 8. August ein sieben Punkte umfassendes Memorandum of Understanding unterzeichnet, das ihr Engagement für eine Friedensvereinbarung bekräftigt. Gleichzeitig wurden bilaterale Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und jedem einzelnen Land unterzeichnet.

Nach Ansicht von Narek Sukiasjan, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Kultur- und Zivilisationsforschung der Staatlichen Universität Eriwan, haben die Bestimmungen des Memorandums erhebliches geopolitisches Gewicht. Vor allem sehen sie die Auflösung der Minsk-Gruppe der OSZE zur Förderung einer friedlichen Beilegung des Konflikts in Bergkarabach vor, deren Co-Vorsitzende die USA, Frankreich und Russland waren. Baku ignorierte die Arbeit der Gruppe seit 2020.

Der dritte Punkt des Memorandums – wahrscheinlich der wichtigste – fördert die Öffnung der Grenzen und Verkehrswege, was die Souveränität, territoriale Integrität und Gerichtsbarkeit Armeniens unter Berücksichtigung des im selben Absatz erwähnten Grundsatzes der Gegenseitigkeit stärken soll. In diesem Zusammenhang fügte Baku das Wort »ungehindert« in Bezug auf die Verbindung zu seiner Exklave – der Autonomen Republik Nachitschewan – in Verbindung mit »gegenseitigem Nutzen« für Armenien hinzu.

Praktisch bedeutet dies, dass Aserbaidschan über die armenische Stadt Meghri in der Provinz Sjunik, die an den Iran grenzt, Zugang zu Nachitschewan erhält. Die Route bleibt unter der Gerichtsbarkeit Armeniens, ohne Recht auf Exterritorialität oder Souveränität. Jerewan erhält im Gegenzug Vorteile über Nachitschewan, indem es Zugang zu Sjunik und möglicherweise auch zu Iran und Russland erhält.

Allerdings beruht dieses Modell nicht vollständig auf Gegenseitigkeit. Der Meghrin-Korridor, der den Namen »Trump Route for Peace and Prosperity« (TRIPP) erhalten hat, wird von den USA und anderen ausländischen Auftragnehmern betrieben und kontrolliert werden. Der Eisenbahnzugang für Armenien über Nachitschewan wird vollständig über Aserbaidschan erfolgen. Eine solche Vereinbarung gibt Jerewan weniger Garantien für die gegenseitige Einhaltung und Sicherheit von TRIPP. Das Wort »ungehindert« ist unklar, möglicherweise ist damit gemeint, dass der Betreiber direkt mit aserbaidischen Reisenden interagiert und Armenien lediglich Berichte vorlegt.

Es sei darauf hingewiesen, dass dasselbe Wort in der dreiseitigen Erklärung verwendet wurde, die am 10. November 2020 von Russland, Armenien und Aserbaidschan unterzeichnet wurde.

Diese Zweideutigkeit und die Notwendigkeit, alle Details zu klären, können entweder den Abschluss eines Friedensabkommens verzögern oder Druck auf Armenien ausüben, damit es auf zusätzliche operative Kontrollen verzichtet.

Besonders wichtig ist, dass im Memorandum klar angegeben ist, dass die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Soldaten in die Region zu entsenden, und dass ihre Rolle überwiegend kommerzieller Natur ist, sie keine Sicherheitsgarantiefunktionen übernehmen.

Der ehemalige armenische Außenminister Wartan Oskanjan schrieb auf seiner Seite in einem sozialen Netzwerk, dass das TRIPP-Angebot unabhängig von der Formulierung bedeute, dass »Armenien sich bereit erklärt, einen Teil seines Hoheitsgebiets aufzugeben«. Es sei unerheblich, ob diese Route von Jerewan, Washington oder einem »internationalen Manager« verwaltet werde, ob sie für hundert, zehn Jahre oder ein Jahr verpachtet

werde und wie dies in neutralen diplomatischen Formulierungen dargestellt werde, betonte Oskanjan. Tatsache bleibt Tatsache: Armenien erklärt sich bereit, vorübergehend oder für immer die Kontrolle über einen Teil seines Hoheitsgebiets aufzugeben, was inakzeptabel ist.

Darüber hinaus wies der ehemalige Diplomat darauf hin, dass der sogenannte Sangesur-Korridor jahrelang von Baku als politische Waffe genutzt wurde, um die Souveränität Armeniens anzufechten und die Nachkriegsregelung neu zu gestalten. Anstatt diese Forderung direkt abzulehnen, hat die Vermittlung Washingtons sie legitimiert und die Ansprüche Aserbaidschans zu einem Gegenstand für »kreative Lösungen« gemacht.

Angesichts der Tatsache, dass Sjunik ein strategisch wichtiger Punkt für Armenien und ein Schlüsselglied der Nord-Süd-Achse ist, dürfen die Interessen Irans und Russlands nicht ignoriert werden, da Sjunik zu einem regionalen Schachbrett wird. Ob Armenien in eine Falle getappt ist oder keine andere Wahl hatte, als ein kostspieliges und riskantes Szenario zu akzeptieren, werden wir in Zukunft im Zuge der Umsetzung dieses Memorandums beurteilen können.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass Aserbaidschan in der Lage ist, zwischen regionalen und Großmächten zu manövrieren, während Armenien in den letzten fünf Jahren in der Position eines Schwachen war, indem er einseitigen Kompromissen zugestimmt hat.

Der Iran hat seinerseits offen erklärt, dass er keine ausländische Präsenz in Sjunik dulden werde, während Russland »diplomatische Zurückhaltung« walten ließ, die Lage einschätzte und über seinen Anteil am Kuchen nachdachte. Die Verwandlung von Sjunik in eine geopolitische Verhandlungsmasse könnte sowohl die Sicherheit Armeniens als auch die regionale Stabilität gefährden.

Iran – der größte Verlierer

Das iranische Außenministerium begrüßte den Abschluss der Arbeiten am Text des Friedensabkommens und bezeichnete ihn als »bedeutenden Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Region«. Gleichzeitig äußerte das iranische Außenministerium seine Besorgnis über ausländische Einmischung in der Nähe seiner Grenze, die die regionale Stabilität untergraben könnte, und betonte die Notwendigkeit, die territoriale Integrität der Nachbarstaaten zu respektieren, wobei es andeutete, dass jegliche Grenzänderungen mit Armenien inakzeptabel seien.

Der iranische Präsident Massud Peseschkian gab eine ähnliche »moderate« Erklärung ab. Es wurde bekannt gegeben, dass er in den nächsten Tagen zu einem offiziellen Besuch nach Jerewan reisen wird. Dennoch ist es kein Geheimnis mehr, dass das TRIPP-Abkommen die Präsenz der USA in der Region stärken und gleichzeitig den Zugang und den traditionellen Einfluss des Iran im Südkaukasus einschränken wird. Drei Faktoren sind zu berücksichtigen:

- Die Gestaltung der »westliche Ausrichtung« Armeniens. Armenien rückt zunehmend in Richtung westlicher Allianzen und stärkt seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, wenn auch ohne konkrete Verpflichtungen. Diese Ausrichtung oder Verschiebung schränkt nicht nur den diplomatischen Spielraum des Iran ein, sondern fördert auch die Entwicklung alternativer Handels- und Energierouten unter Umgehung der Gebiete Russlands und des Iran.

Auf diese Weise versuchen die USA, Jerewan und Baku in ihren Einflussbereich einzubeziehen und sie aus künftigen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem internationalen Nord-Süd-Transportkorridor (MTKSJ) herauszuhalten, der Russland mit dem Iran und dem Indischen Ozean verbinden soll. Die Isolierung der beiden traditionellen regionalen Akteure im Südkaukasus wird letztlich den Weg für eine Stärkung des Einflusses der Türkei ebnen, dem einzigen verbleibenden regionalen Akteur.

- Die Türkei – ein Instrument der NATO in der Region. Die Türkei wird gemeinhin als Brücke für die Interessen

der NATO angesehen: Verringerung des Einflusses von Teheran und Moskau und Ausbau der Präsenz des Bündnisses in Zentralasien. Langfristig wird Ankara die geopolitische und geoökonomische Zukunft der Region vom Schwarzen Meer bis zum Kaspischen Meer bestimmen, indem es eine Pufferzone gegen den wachsenden Einfluss Chinas schafft.

Die Türkei benötigt die Unterstützung der NATO, um den von Ankara initiierten Mittleren Korridor, der den Westen mit dem Osten verbindet, zu betreiben und ihren Einfluss in der »türkischen Welt« zu stärken. Die Türkei wägt jedoch ihre Schritte ab und strebt nach strategischer Autonomie, ohne sich ihre traditionellen regionalen Konkurrenten zu Feinden zu machen. Zu diesem Zweck baut sie ihre eigene Raketenproduktion aus, um ihre Abschreckung zu verstärken und ihre Rolle als Regionalmacht zu festigen.

- Konsolidierung der israelischen Präsenz in der Region. Alex Raufoglu schrieb in der Kyiv Post, dass dieses Abkommen weitreichende Folgen haben werde. Offizielle Persönlichkeiten deuteten an, dass im Südkaukasus eine Art »Abraham-Abkommen 2.0« umgesetzt werden könnte – eine Anspielung auf die Vereinbarungen von 2020 zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Ländern.

Dieser Prozess könnte Israel näher an die Region heranzuführen, da Baku und Tel Aviv Beziehungen im Sicherheitsbereich unterhalten, was die Position des Iran in der Region weiter schwächen würde. Israel stärkt bereits seine militärischen Beziehungen zu Aserbaidschan, indem es Waffen und Aufklärungsmittel liefert. Diese strategischen Beziehungen werden gleichzeitig Iran entgegenwirken und die Position des westlichen Blocks in der Region stärken.

Dank dieser Partnerschaft wird Israel faktisch in der Lage sein, seine Macht von Norden her auf den Iran auszuüben, wodurch die Manöver Teherans in der Region eingeschränkt und die Spannungen in den nördlichen Provinzen verstärkt werden, was zu einer strategischen Einkreisung des Iran beitragen wird.

Die schärfste Reaktion kam jedoch von Ali Akbar Velayati, dem obersten Berater des iranischen Obersten

Führers. Er erklärte, dass der Iran mit oder ohne Russland die Schaffung eines »amerikanischen Korridors« im Südkaukasus verhindern werde. Auf die Frage nach dem Abkommen, das den USA »das Recht auf eine 99-jährige Pacht des Korridors« einräumt, bezeichnete er es als »Friedhof für Donald Trumps Söldner«.

Russland – ein Bär, der mit offenen Augen schläft

Da sich die militärischen und politischen Ressourcen Russlands auf die Ukraine konzentrieren, hat es seine traditionelle Rolle im Südkaukasus allmählich verloren. Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Bergkarabach im Jahr 2023 und der Unfähigkeit der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), Armenien vor der Aggression Aserbaidschans in den Jahren 2021 und 2022 zu schützen, zweifelte Jerewan an der Allianz und war gezwungen, nach alternativen Partnern im Sicherheitsbereich zu suchen.

Darüber hinaus haben die jüngsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Aserbaidschan und Russland, einschließlich gegenseitiger Verhaftungen und Festnahmen von Journalisten, Russland politisch noch weiter isoliert und den Einfluss Moskaus als Hauptmacht in der Region geschwächt.

Analysten behaupten, dass das durch Trumps Vermittlung erzielte Abkommen Russland in den Hintergrund drängen und ihm seine Dominanz nehmen wird, die es seit zwei Jahrhunderten in der Region innehatte.

Der Abgeordnete der Staatsduma Konstantin Satulin erklärte, das Abkommen zielt darauf ab, »Russland aus dem Kaukasus zu verdrängen«. Einige gingen noch weiter und bezeichneten es als »geopolitischen Schlag« für Moskau.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte sich milder und erklärte, Russland sei an regionaler Stabilität interessiert und rufe zur Wiederbelebung des regionalen Formats »3+3« auf, als ob der Südkaukasus keineswegs »russisches Ausland« wäre.

In einem Telefongespräch mit dem armenischen Premierminister sprach der russische Präsident Wladimir

Putin von der »Bedeutung von Schritten, die zur Sicherung eines stabilen Friedens zwischen Jerewan und Baku beitragen« und bekundete die Bereitschaft Russlands, dabei zu helfen. Beide Seiten betonten auch die Bedeutung der weiteren Entwicklung des Handels, der Investitionszusammenarbeit und der Zusammenarbeit im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Die russischen Medien nahmen jedoch eine härtere Haltung ein. Die Kontrolle der USA über die Route in Sjunik droht, die kaukasische Flanke Russlands zu umzingeln und das ehrgeizige Projekt des internationalen Transportkorridors »Nord-Süd« zu vereiteln. Durch die Umleitung der Verkehrsströme könnte TRIPP den Einfluss wichtiger regionaler Akteure wie Russland, Iran und Indien untergraben.

Die russischen Medien warnen auch, dass dieses Projekt für Armenien »Selbstmord« sei, dass Premierminister Paschinjan die traditionellen Beziehungen zu Russland zerstören wolle, in der Hoffnung auf eine Integration in den euro-atlantischen Block, der »seine Türen vielleicht nie öffnen« werde, wodurch Armenien verwundbar bliebe, »ohne echte Garantien im Gegenzug«.

Wenn man jedoch (abgesehen von den Medien und offiziellen Erklärungen) die historischen Erfahrungen und die Möglichkeiten Russlands betrachtet, stellt sich die Frage: Verliert Russland den Südkaukasus? Die »Südkaukasische Eisenbahn«, eine Tochtergesellschaft der Russischen Eisenbahngesellschaft, betreibt die Eisenbahnen Armeniens. Wie in der dreiseitigen Erklärung Russlands, Armeniens und Aserbaidschans vom 10. November 2020 erwähnt, die ebenfalls auf die Öffnung von Kommunikationskanälen abzielte, sollen russische Grenzsoldaten im Süden Armeniens stationiert werden, um die Sicherheit der Verbindungswege zwischen Armenien und Aserbaidschan zu gewährleisten. Das heißt, selbst wenn ein amerikanisches Unternehmen die Kontrolle über die Strecke übernimmt, die Aserbaidschan über den Süden Armeniens mit dem Exklave Nachitschewan verbindet, wird die Eisenbahn von einem russischen Unternehmen betrieben und die wirtschaftlichen Interessen Moskaus bleiben geschützt. Wenn das unter Vermittlung der USA erzielte Abkommen umgesetzt wird, erhält Armenien

über die aserbaidischen Eisenbahnen auch Zugang zu Iran und Russland.

Die Staatschefs der USA und Russlands sollen sich am 15. August in Alaska treffen, um über eine Beendigung des Konflikts in der Ukraine durch einen »Territorialaustausch« zu sprechen, aber es würde niemanden überraschen, wenn die Präsidenten auch das Thema Kommunikation im Südkaukasus ansprechen würden. Moskau könnte zumindest seine wirtschaftlichen Interessen im Austausch für bestimmte politische Zugeständnisse oder Vereinbarungen mit Präsident Trump in Bezug auf die Region wahren.

Überlegungen

Diese Route wird geopolitische Konsequenzen haben, die nicht nur die Zukunft des Südkaukasus, sondern der gesamten Region bestimmen werden. Armenien erhält möglicherweise vorübergehenden Frieden, zumindest solange Präsident Trump an der Macht bleibt, aber das Abkommen verschafft der Türkei und Aserbaidschan einen logistischen und militärischen Vorteil. Der Iran gerät in regionale Isolation, um die Bildung eines »pan-türkistischen Bogens« zu verhindern, muss er seine Beziehungen zu Armenien und Russland vertiefen und China und Indien auf seine Seite ziehen.

Russland erhält eine neue logistische Verkehrsader, sofern die USA dies nicht verhindern. Langfristig jedoch, wenn sich der Status quo weiter in Richtung Türkei und Westen verschiebt, wird der Einfluss Russlands verpuffen und sich in Luft auflösen. Die historische Erfahrung zeigt jedoch, dass es Moskau immer wieder gelungen ist, verschiedene Wege zu finden, um wieder ins Spiel zu kommen.

Die Hauptgewinner werden die Türkei, Aserbaidschan und Israel sein.

Ankara wird sich direkten Zugang zu Zentralasien sichern und dort seinen Einfluss ausbauen. Der türkische Außenminister Hakan Fidan erklärte kürzlich, dass diese Route »ununterbrochen von Europa tief nach Asien« verlaufen

werde, wenn sie gemäß der Strategie der Türkei umgesetzt werde.

Unterdessen wird auch Baku seine wichtige Transitrolle zwischen Ost und West stärken und danach streben, ein regionaler geopolitischer Akteur zu werden. Darüber hinaus wird die »Nostalgie des Siegers« es dazu veranlassen, zusätzliche Zugeständnisse von Jerewan zu fordern, dessen Handlungsspielraum sich verringern wird.

Israel, ein außerregionaler Akteur, wird seine Präsenz im Norden Irans verstärken und seine Spionage gegen die iranische Regierung fortsetzen. Angesichts der passiven Rolle Chinas in diesem Projekt werden die Vereinigten Staaten ihren Einfluss auf der Ost-West-Route verstärken, indem sie Verhandlungen mit der EU und China führen und von beiden Seiten zusätzliche Zugeständnisse einfordern, da sie die wichtigsten Transitrouten in Eurasien kontrollieren werden.

Vor diesem Hintergrund haben Armenien und Aserbaidschan einen Entwurf für ein Friedensabkommen mit 17 Punkten veröffentlicht. Neben der Achtung des Völkerrechts verpflichten sich die Parteien, »Separatismus«, »Rassenhass« und »Intoleranz« zu bekämpfen. Sie sind auch bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um alle zwischenstaatlichen Ansprüche und Streitigkeiten aufzugeben, d. h. Klagen zurückzuziehen, die vor internationalen Gerichten wie dem Internationalen Gerichtshof verhandelt werden.

Natürlich gibt es noch viele Schwierigkeiten, insbesondere bei der Umsetzung und Auslegung konkreter Formulierungen. Dies ist eine unnötige Erinnerung daran, dass die Bedingungen von Macht und nicht von Werten diktiert werden.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/ssha-na-yuzhnom-kavkaze-tashjian/>
- 2 **Egija Teschijan**, Koordinator des Clusters für regionale und internationale Beziehungen am Institut für Staatspolitik und internationale Beziehungen Issam Fares – Amerikanische Universität in Beirut.

17.08.2025

Siege am Ende der Welt¹

Warum können sowohl Putin als auch Trump das Gipfeltreffen in Anchorage als Erfolg ansehen

Timofej Bordatschjow

Das Treffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump in Alaska ist einer der wichtigsten diplomatischen Erfolge in der russischen Geschichte, der durch mehrere Jahre militärischer Opfer, politischer Beharrlichkeit und harter Arbeit erreicht wurde. Gleichzeitig stellt es jedoch lediglich den Übergang zu einer neuen Phase des Kampfes dar, der für wirklich souveräne Staaten niemals endet.

In praktischer Hinsicht ist das Wichtigste, was geschehen ist, die Abkehr der stärksten Macht des Westens von der zuvor vertretenen Doktrin der »Isolierung und strategischen Niederlage« Russlands. Das bedeutet, dass das gesamte Paradigma der Interaktion des Westens mit dem Rest der Welt, wonach jeder, der nicht zustimmte, zum Ausgestoßenen der internationalen Gemeinschaft wurde, zusammengebrochen ist. Dies geschah nicht dank des guten Willens der USA (in den internationalen Beziehungen sind Zeichen des guten Willens eine destabilisierende Anomalie), sondern aufgrund des Drucks von unserer Seite, den Ländern der Weltmehrheit und den innerhalb Amerikas aufgestauten Problemen. Die Möglichkeit eines solchen Wandels in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington ist auf die neuen Ansichten der US-Regierung zur Lösung wichtiger außenpolitischer Probleme zurückzuführen.

Da jedoch infolge des Gipfeltreffens in Anchorage die Möglichkeiten der USA eingeschränkt werden, während sich die Russlands im Gegenteil erweitern, können wir mit Fug und Recht von einem Sieg Moskaus sprechen. Und dieser Sieg wird unweigerlich zu einer größeren Unabhängigkeit anderer Länder der Welt führen, auch wenn wir von den meisten von ihnen dafür keine Dankbarkeit erwarten können.

Ich persönlich habe keine besonderen Zweifel daran, dass eine Renaissance der Beziehungen zwischen Russland

und den USA unmöglich ist. In erster Linie, weil es nichts wiederherzustellen gibt: Was sie bis 2022 darstellten, war ein Produkt der Niederlage der UdSSR im Kalten Krieg, und eine Rückkehr dazu ist unmöglich. Aber wir können mit einer gewissen Sicherheit auf eine Stabilisierung des Dialogs auf einer neuen Grundlage hoffen. Ihr Rückgrat besteht dabei in der Erkenntnis, dass es unmöglich ist, Russland aus der internationalen Ordnung auszuschließen. Das bedeutet, dass die Probleme, die durch die unterschiedlichen Interessen Russlands und der westlichen Länder verursacht werden, im Prinzip lösbar sind. Die Konkurrenz zwischen Russland und den USA bleibt bestehen und kann in Zukunft sehr scharfe Formen annehmen. Wir wissen noch nicht, wie sich die Situation um die Ukraine-Krise entwickeln wird. Aber dank des diplomatischen Erfolgs, den Wladimir Putin auf dem Weg zur Lösung aller strittigen Fragen erzielt hat, gibt es nun kein unüberwindbares Hindernis mehr in Form der Unfähigkeit des Westens, anzuerkennen, dass seine Gegner eigene Interessen haben und diese auch vertreten können.

Für Donald Trump ist das Geschehene wiederum ein ernsthafter innenpolitischer Sieg. Da Russland das einzige Land der Welt ist, das die Existenz der Vereinigten Staaten bedrohen kann, sind die Beziehungen zu Moskau dort in den letzten Jahren zu einem wichtigen Thema der innenpolitischen Debatte geworden. Die Beteiligten sind gut bekannt: Es sind die Kräfte der Vergangenheit, die starrköpfig auf der Beibehaltung eines ideologisierten Monopols bestehen, und diejenigen, die der Meinung sind, dass die Bewegung in die Zukunft mehr Flexibilität erfordert. Trumps Team gehört zur zweiten Gruppe, und für ihn selbst war ein persönliches Treffen mit Wladimir Putin in einem solch feierlichen Rahmen eine wichtige

Aufgabe im Kampf gegen seine Gegner. Er hat diese Aufgabe gelöst und einen Sieg errungen, wodurch er seine Position innerhalb des amerikanischen politischen Systems erheblich gestärkt hat. Und da für Russland traditionell die Außenpolitik wichtiger ist und für die USA die Innenpolitik, sind aus Sicht der Machtfestigung beide Führer, die sich in Anchorage getroffen haben, als Sieger hervorgegangen.

Man sollte Trump nicht mit dem ersten und letzten Präsidenten der UdSSR vergleichen. Michail Gorbatschow erzielte auf Kosten außenpolitischer Kompromisse zunächst Erfolge genau dort, wo er sie, wie jeder russische Staatschef, aufgrund der Priorität der Außenpolitik nicht wirklich brauchte. Trump hingegen braucht gerade Siege über seine Gegner innerhalb der USA, deren solide wirtschaftliche Basis damit rechnen lässt, dass es in Zukunft gelingen wird, die verlorenen internationalen Positionen zurückzugewinnen. In Russland gibt es noch keine so flexible und an Veränderungen angepasste Wirtschaft, weshalb außenpolitische Erfolge oder Verluste eine viel größere Bedeutung haben.

Nachdem Wladimir Putin und Donald Trump die Beziehungen zwischen Russland und Amerika stabilisiert haben, wird der Wettbewerb zwischen den beiden Mächten nun zu einem langwierigen Spiel. Hoffen wir, dass dieses Spiel kein Ende findet: In der internationalen Politik bedeutet ein solches Ende immer die vollständige Niederlage oder den vollständigen Sieg eines der Beteiligten. Und die Welt ist ebenso wenig an einem vollständigen Zusammenbruch der USA wie Russlands interessiert.

Anmerkungen

¹ Quelle: <https://profile.ru/columnist/pobedy-na-kraju-zemli-1743689/>

18.08.2025

Das schicksalsträchtige Jahr 2030¹

Wie sich die »russische Bedrohung« in strategischen Dokumenten auf beiden Seiten des Atlantiks widerspiegelt

Anton Bepalow²

Trotz konzeptioneller Meinungsverschiedenheiten mit den Europäern hinsichtlich der Einschätzung von Bedrohungen ist das Schüren militärischer Ängste in Europa für die Vereinigten Staaten von Vorteil, da sie die Notwendigkeit einer Erhöhung des Anteils der Militärausgaben am BIP der NATO-Länder auf 5 Prozent rechtfertigt, wie es das Weiße Haus wünscht. Die zunehmende Militarisierung Europas und die Vorbereitung einer neuen Generation von Europäern auf einen Krieg mit Russland könnten jedoch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden – mit potenziell katastrophalen Folgen für den gesamten Kontinent, schreibt Anton Bepalow, Programmdirektor des Waldai-Klubs.

In den letzten Monaten wurden in einer Reihe von NATO-Ländern Programmdokumente mit Einschätzungen zu Bedrohungen der nationalen Sicherheit veröffentlicht. Unter ihnen sticht der französische Strategische Nationale Überblick 2025 hervor, in dem das Risiko eines groß angelegten Krieges in Europa bis 2030 als Hauptbedrohung für Frankreich und die Europäer bezeichnet wird. Nach Ansicht der Autoren des Dokuments ist Russland die Quelle dieses Risikos, das »seine feindseligen Aktionen gegen Frankreich und seine europäischen Partner verstärkt hat, ohne dabei die Grenze eines offenen Konflikts zu überschreiten« (Abs. 20). Ihrer Logik zufolge könnte diese Grenze überschritten werden, da Russland »der Stärkung seiner Streitkräfte absolute Priorität einräumt«, weshalb Frankreich seine Verteidigung verstärken und sich auf einen Krieg vorbereiten sollte.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation in der Ukraine werden im Westen Prognosen über einen groß angelegten militärischen Konflikt in Europa unter Beteiligung Russlands und der NATO laut. Eine der Begründungen für die massive militärische Unterstützung Kiews ist

gerade die Notwendigkeit, Russland an den äußeren Grenzen Europas zu stoppen. Die These »Russland wird weiter voranschreiten, wenn es nicht in der Ukraine gestoppt wird« wurde von den ukrainischen Behörden aktiv propagiert, von den europäischen Ländern und der Regierung von Joseph Biden aufgegriffen und hat sich in den zweieinhalb Jahren (sic, D. G.) des Konflikts ohne besonderen Widerstand fest im westlichen Diskurs etabliert.

»Dass der neu gewählte Präsident Trump ihren fast dogmatischen Charakter in Frage stellte, war für die westliche Gemeinschaft ein Schock.«

Die französische strategische Studie weist auf die »geringere Vorhersehbarkeit« der US-Außenpolitik unter Trump hin, auf die Gefahr, die von der »Kombination aus der russischen Bedrohung und dem Rückzug der Amerikaner aus der Beteiligung an europäischen Angelegenheiten« ausgeht, auf die Wahrnehmung Europas als Handelskonkurrent durch Amerika und auf die Differenzen in den Ansichten und Werten (Abs. 76–77). Paris bekundet seine Bereitschaft, im Falle eines möglichen »Rückzugs« der USA als Sicherheitsgarant in Europa zu fungieren, und beabsichtigt, »sich an hochintensiven Kampfhandlungen zu beteiligen und diese zu gewinnen« – sei es im Falle der Anwendung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags oder im Rahmen der Verteidigung nationaler Interessen oder der Unterstützung von Verbündeten (Abs. 411).

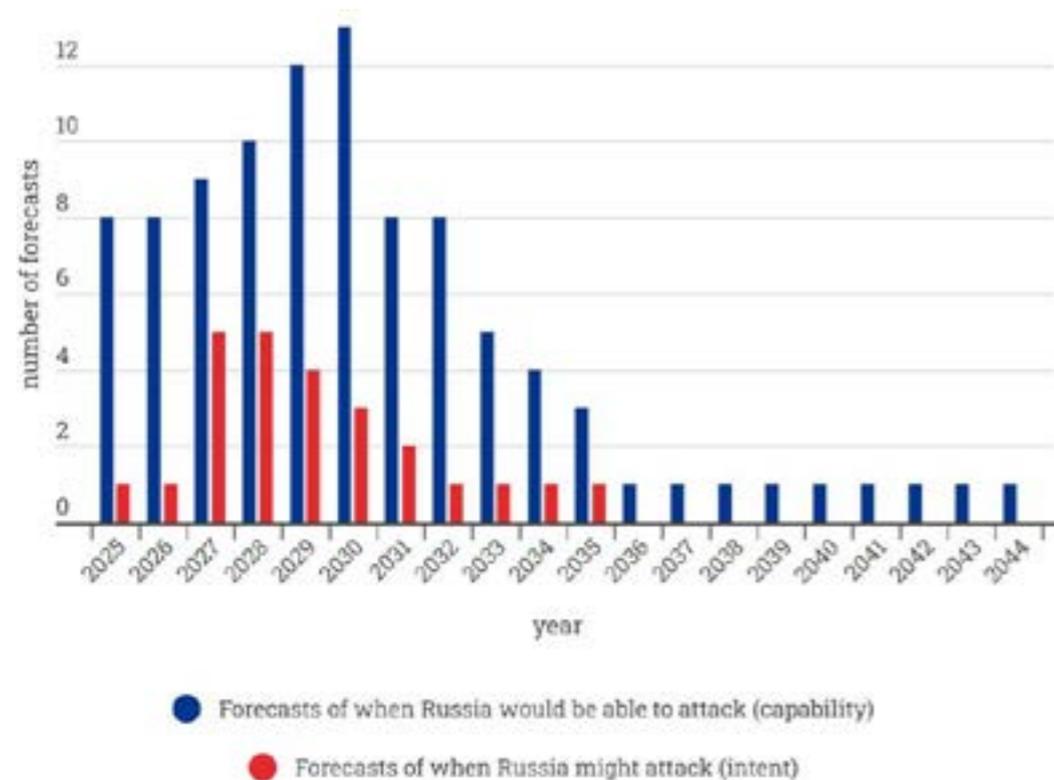
Unabhängig davon, wie realistisch die Aussichten auf eine strategische Autonomie Frankreichs oder der europäischen NATO-Staaten sind, wird in den europäischen Hauptstädten immer häufiger und lauter über die Möglichkeit eines direkten militärischen Konflikts mit Russland gesprochen. In diesem Zusammenhang stehen die Länder der »Eurotroika« – Großbritannien, Deutschland und Frankreich – hervor. In einem vertraulichen Bericht

der Bundeswehr wird Russland als »existenzielle Gefahr für Deutschland und Europa« charakterisiert, und die britische Nationale Sicherheitsstrategie 2025 spricht von einer seit vielen Jahren erstmals auftretenden Bedrohung für das Territorium Großbritanniens – »möglicherweise unter den Bedingungen von Kriegszeiten«. Noch deutlicher äußerte sich NATO-Generalsekretär Mark Rutte zu den Gefahren, die den Briten drohen. Er erklärte, dass London, falls es seine Verteidigungsausgaben nicht erhöhe, »besser anfangen sollte, Russisch zu lernen«.

Noch im vergangenen Jahr beruhigten europäische Politiker und Militärs die Öffentlichkeit mit der Aussage, dass Russland in einem Konflikt zwischen der NATO und Russland keine Chance habe. In einer Rede im Februar im Chatham House (in Russland als unerwünschte Organisation anerkannt) erklärte der Chef des britischen Generalstabs Tony Radakin: »Der wichtigste Grund, warum Putin keinen Konflikt mit der NATO will, ist, dass Russland verlieren würde. Und zwar schnell.« »Ein Angriff Russlands auf eines der Bündnismitglieder würde für Russland unweigerlich mit einer Niederlage enden. Das militärische und wirtschaftliche Potenzial Russlands verblasst im Vergleich zum Potenzial des Westens«, pflichtete ihm der polnische Außenminister Radosław Sikorski im April bei.

Im Laufe des letzten Jahres wurde die Idee, dass »Russland keinen Krieg mit der NATO will, weil es verlieren würde«, jedoch durch eine andere ersetzt: »Russland will Krieg und bereitet sich darauf vor« – trotz zahlreicher gegenteiliger Aussagen offizieller russischer Vertreter. Seltene Hinweise auf die Möglichkeit einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO – wie beispielsweise die Erklärung von Verteidigungsminister Andrej Beloussow, dass die Streitkräfte des Landes auf jede Entwicklung der Lage in mittelfristiger Perspektive

vorbereitet sein müssen, einschließlich eines möglichen militärischen Konflikts mit der NATO in Europa im nächsten Jahrzehnt, – werden im Westen sofort als Warnung an das Bündnis und als Bestätigung der aggressiven Pläne Russlands interpretiert.



Simon Saradschjan, Gründer des Portals Russia Matters, hat die Prognosen für einen zukünftigen Krieg zwischen Russland und der NATO aus dem letzten Jahr katalogisiert. Seine Liste umfasst Aussagen von Vertretern westlicher Regierungen, Geheimdiensten und Militärbehörden. Darüber hinaus wird der beunruhigende Nachrichtenhintergrund ständig von zahlreichen Analysten und Kommentatoren aufrechterhalten, die in der Regel über die Aussagen offizieller Vertreter hinausgehen und detaillierte Szenarien eines möglichen Konflikts entwerfen. Es ist anzumerken, dass fast alle diese Prognosen in einem ganz bestimmten geografischen Gebiet gemacht wurden: in Deutschland, Großbritannien, den baltischen NATO-Staaten und Skandinavien, während eine solche Denkweise für die Länder Süd- und Südosteuropas untypisch ist. Frankreich, das bis vor kurzem nicht zum Klub der

Befürworter der Idee einer unvermeidlichen russischen Aggression gehörte, stürmte kurz vor der Veröffentlichung des Strategieberichts mit großem Getöse in diesen Klub hinein. Bei einer Pressekonferenz am 11. Juli schrieb der Chef des französischen Generalstabs, Thierry Burkhard, dem russischen Präsidenten den Satz »Frankreich ist mein Hauptgegner in Europa« zu, was im In- und Ausland für erhebliche Verwirrung sorgte und ihm in den Medien den Beinamen »französischer Colin Powell« einbrachte.

Nach dem von Saradschjan erstellten Zeitplan wird das Jahr 2030 als der wahrscheinlichste Zeitpunkt genannt, zu dem Russland in der Lage sein wird, »die NATO anzugreifen«, obwohl solche Absichten nach Meinung der Prognostiker bereits 2027 aufkommen könnten. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf. Angesichts der Tatsache, dass im westlichen Diskurs die Verlagerung der Kampfhandlungen auf das Gebiet der NATO-Staaten mit der Niederlage der Ukraine in Verbindung gebracht wird, stellt sich beispielsweise die Frage, ob ein solcher Zeitrahmen als Erwartung interpretiert werden kann, dass Russland bis dahin die Ziele der militärischen Spezialoperation erreicht haben wird? Oder wird erwartet, dass Russland unvorbereitet in den Krieg gegen die NATO ziehen wird (und logischerweise verlieren wird).

»Es ist anzumerken, dass in keinem der analysierten Dokumente von einem ›Sieg‹ der Ukraine im Konflikt mit Russland als Ziel der Unterstützung Kiews die Rede ist.«

Den größten Optimismus hinsichtlich der Aussichten der Ukraine zeigt die britische Nationale Sicherheitsstrategie 2025, die auf die Notwendigkeit einer dauerhaften politischen Lösung hinweist, die die Souveränität des Landes, seine territoriale Integrität und seine Sicherheit in der Zukunft gewährleisten würde (Abs. 8). Das französische Dokument postuliert, dass die zukünftige Sicherheit Europas vom Ausgang des Ukraine-Konflikts abhängt,

beschreibt jedoch nicht die gewünschten Parameter dieses Ausgangs (Abs. 114). In der litauischen Nationalen Bedrohungsanalyse 2025 wird festgestellt, dass der Kreml »mit ziemlicher Sicherheit seine militärischen Bemühungen fortsetzen wird, bis er wesentliche Zugeständnisse erreicht hat« (S. 8). Der Bericht des dänischen Militärgeheimdienstes für das Jahr 2024 besagt, dass »Russland wahrscheinlich in der Lage sein wird, weiterhin ständigen militärischen Druck auf die Ukraine auszuüben, um das Land zu zwingen, seine militärische Zusammenarbeit mit der NATO und die Annäherung an die EU zu beenden«, obwohl »höchstwahrscheinlich keine der Konfliktparteien einen entscheidenden militärischen Vorteil erlangen wird« (S. 19).

Die allgemeine Schlussfolgerung, die sich aus der Lektüre der europäischen Dokumente ziehen lässt, lautet, dass die Unterstützung der Ukraine dazu dienen soll, die militärischen Ressourcen Russlands zu binden und Druck auf seine Wirtschaft auszuüben, um eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf das Gebiet anderer Länder zu verhindern.

»In diesem Fall entspricht es den Interessen Europas, den Ukraine-Konflikt in die Länge zu ziehen und gleichzeitig die eigene Kampfbereitschaft in Erwartung einer möglichen Eskalation zu erhöhen.«

Einen anderen Ansatz verfolgt die jährliche Bedrohungsanalyse der US-Geheimdienste, die im Februar 2025 veröffentlicht wurde. Darin wird die Notwendigkeit einer raschen »akzeptablen Beendigung« des Konflikts betont, der die militärisch-politischen Spannungen zwischen Moskau und Washington verschärft und das Risiko eines Atomkrieges erhöht hat (S. 16).

Der amerikanische Bericht ist insofern bemerkenswert, als die Einschätzungen der Sicherheitslage darin weniger ideologisch geprägt sind als in den europäischen Dokumenten. Hier wird versucht, die Interessen Russlands zu analysieren, und es wird direkt darauf hingewiesen, dass ein offener Konflikt zwischen der NATO und Russland für Letzteres unerwünscht ist. Den Autoren des Berichts zufolge »betrachtet Russland den anhaltenden Krieg in der Ukraine als einen indirekten Konflikt mit dem Westen. Sein Bestreben, seine Macht und Sicherheit im nahen

Ausland wiederherzustellen, indem es sich dagegen wehrt, was es als Expansion der USA empfindet, hat das Risiko einer *unbeabsichtigten* (von uns hervorgehoben) Eskalation zwischen Russland und der NATO erhöht«.

Die wichtigsten strategischen Ziele Russlands werden in dem amerikanischen Bericht wie folgt beschrieben: »ein unverzichtbarer globaler Akteur zu bleiben, seinen Einflussbereich zu bewahren und die Stabilität im Land aufrechtzuerhalten«. Darin ist von einem »strategischen Konkurrenzkampf Russlands mit den Vereinigten Staaten« die Rede, für dessen Sieg es bereit ist, »einen hohen Preis zu zahlen«, aber diese These wird im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Ukraine geäußert, während europäische Programmdokumente den Schwerpunkt auf eine globale Konfrontation legen. So spricht der französische Bericht von einem »globalen ideologischen Angriff« auf das europäische Modell der liberalen Demokratie und des Humanismus (Abs. 5), der dänische Bericht vom Wunsch Russlands, die »auf Regeln basierende Weltordnung« zu schwächen und stattdessen eine Ordnung zu schaffen, in der »die Spielregeln in den internationalen Beziehungen letztlich von der Fähigkeit und Bereitschaft der Großmächte bestimmt werden, militärische Gewalt anzuwenden« (S. 19). Das litauische Dokument charakterisiert die Weltordnung, die Russland angeblich anstrebt, als »auf Zwang und Entmenschlichung statt auf der Achtung der Menschenrechte und der Souveränität der Staaten beruhend« (S. 5). Eigentlich begründet gerade das Russland zugeschriebene Streben nach einer neuen Ordnung (antidemokratisch, antiliberal, unmenschlich und auf Macht basierend) die These von der russischen Bedrohung für die NATO.

Und darin liegt der wichtigste Unterschied zwischen den konzeptionellen Ansätzen der Europäer und denen des derzeitigen Weißen Hauses.

»Bildlich gesprochen haben die Europäer das Banner des globalen Kampfes der Demokratie gegen den Autoritarismus aufgenommen, das den Amerikanern nach dem Regierungswechsel aus den Händen gefallen ist.«

Trump und seine Mitstreiter scheinen sich einfach nicht für dieses Thema zu interessieren, obwohl es unter bestimmten Umständen instrumentalisiert werden

könnte. Dafür bewegen sie intensiv Fragen der amerikanischen Macht und der amerikanischen Interessen. Dies wird deutlich, wenn man die Einschätzungen der Europäer und Amerikaner zu den Bedrohungen durch Länder wie China, Iran und DVRK vergleicht. In europäischen Dokumenten wird die Einheit der Ziele Russlands und dieser Länder betont, die gemeinsam die »auf Regeln basierende Weltordnung« herausfordern. Sie werden im amerikanischen Bericht als die größten staatlichen Akteure aufgeführt, die eine Bedrohung für die USA darstellen, jedoch wird ihre Zusammenarbeit als situativ charakterisiert, motiviert nicht durch ideologische Nähe, sondern vor allem durch »ein gemeinsames Interesse daran, die amerikanische Macht – wirtschaftlich, diplomatisch oder militärisch – zu umgehen oder zu untergraben« (S. 29).

Und dennoch, trotz konzeptioneller Unterschiede in den Ansätzen, ist das Schüren militärischer Ängste in Europa kurzfristig für die Vereinigten Staaten von Vorteil, da es die Notwendigkeit einer Erhöhung des Anteils der Militärausgaben am BIP der NATO-Länder auf 5 Prozent rechtfertigt, wie es Trump wünscht. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist das »reumütige« Interview des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz, in dem er einräumt, dass Europa jahrzehntelang »schmarotzt« und sich auf die militärische Macht der USA verlassen habe, und sich verpflichtet, alles wieder in Ordnung zu bringen. Trumps Absicht, die Verbündeten zu höheren Zahlungen für die gemeinsame Sicherheit zu bewegen, stößt nicht nur bei den politischen Eliten, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit auf volles Verständnis. Umfragen zufolge ist die Idee einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben in einem Großteil der europäischen Länder populär (70 Prozent der Befragten in Polen und Dänemark, 57 Prozent in Großbritannien, 47 Prozent in Deutschland, 46 Prozent in Spanien und 45 Prozent in Frankreich sprechen sich dafür aus). Obwohl dies eine Revision der Haushaltsprioritäten erfordern würde, scheinen die Europäer im Großen und Ganzen bereit zu sein, für mehr Sicherheit Opfer zu bringen.

Die herrschenden Klassen der europäischen Länder sehen in der Militarisierung viele Vorteile, darunter die Möglichkeit der Reindustrialisierung und die Stärkung des

sozialen Zusammenhalts. Die für die Europäische Union bislang ungewohnte Rolle als mächtiges Militärzentrum, die sie anstrebt, untermauert ihre globalen außenpolitischen Ambitionen und belebt die Idee des europäischen Projekts. Das Problem ist, dass die zunehmende Militarisierung Europas und die Vorbereitung einer neuen Generation von Europäern auf einen Krieg mit Russland einen selbst erfüllenden Prophezeiungseffekt haben könnte – mit potenziell katastrophalen Folgen für den gesamten Kontinent.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/rokovoy-2030-god-rossijskaya-ugroza/>
- 2 **Anton Bespalow**, Kandidat der Politikwissenschaft, Experte für internationale Beziehungen und Journalist, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, stellvertretender Chefredakteur der Website valdaiclub.com.

Die Show im Weißen Haus hat die Unterwerfung Europas besiegelt¹

Timofej Bordatschow²

19.08.2025

Die amerikanische Politik ist immer eine Show für ein breites Publikum, hinter der sich Entscheidungen zu sehr wichtigen Fragen verbergen. Der Bereich der Außenbeziehungen bildet da keine Ausnahme, obwohl es hier scheinbar um sehr ernste Angelegenheiten geht.

Im Vergleich zu seinen Vorgängern zeichnet sich Donald Trump nur dadurch aus, dass er die Gewohnheit, für die Öffentlichkeit zu arbeiten, zur Perfektion gebracht hat und dabei stets konsequent seine Ziele verfolgt. Das bedeutet, dass man die Auftritte, die er regelmäßig an verschiedenen Orten veranstaltet, absolut ernst nehmen muss.

Die neue Episode in den Beziehungen der USA zu ihren europäischen Verbündeten, deren Zeugen wir gestern wurden, könnte ernsthafte Veränderungen innerhalb des sogenannten kollektiven Westens bedeuten. Einfach deshalb, weil Washington die Diskussion über die Ukraine-Frage genutzt hat, um eine für sich selbst sehr wichtige Aufgabe zu lösen – die Konsolidierung der Ressourcen unter grundlegend veränderten internationalen Bedingungen. Und der Anruf beim russischen Präsidenten nach dem Treffen diente nicht nur der Beilegung der Krise in der Ukraine, sondern ist auch eine Demonstration dafür, dass die USA die Politik des gesamten Westens bestimmen.

Man kann nicht sagen, dass die Amerikaner zuvor besonders taktvoll im Umgang mit ihren Satelliten waren. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele, in denen US-Präsidenten demonstrativ, wenn auch höflich, selbst die grundlegendsten Interessen Berlins, Paris oder Londons ignorierten. Jetzt hat sich der Kontext geändert: Angesichts der harten Konkurrenz durch China und der sinkenden Möglichkeiten, Renten aus der gesamten Weltwirtschaft zu erzielen, kann sich Washington selbst nicht einmal ein Mindestmaß an Respekt gegenüber den von ihm abhängigen Staaten leisten.

Die einzige Alternative für die USA in der neuen Weltordnung wäre die Selbstisolierung. Dazu sind die Amerikaner jedoch nicht bereit, obwohl während der letzten Wahlen Forderungen laut wurden, sich überhaupt nicht in die Angelegenheiten der übrigen Welt einzumischen. Es wäre leichtfertig zu glauben, dass die Drohungen, sich vollständig aus Europa zurückzuziehen, die wir ebenfalls von Trump und seinen Vertrauten gehört haben, ernst zu nehmen sind.

Im Gegenteil, trotz seiner Schwäche ist Europa für die USA die letzte Möglichkeit, ihren globalen Einfluss zu bewahren. Denn in allen anderen Regionen der Welt ist ihre Position nicht mehr so stark. Selbst die arabischen Monarchien des Nahen Ostens zeigen eine gewisse Unabhängigkeit, obwohl sie in Verteidigungsfragen von den USA abhängig sind. Ganz zu schweigen von fast allen asiatischen Ländern, wo nur Japan und Südkorea ganz und gar Amerika folgen. Und selbst diese streben danach zu täuschen, indem sie in den letzten Jahren Kontakte zu Russland aufrechterhalten haben.

Deshalb muss Washington jetzt die Europäer endgültig brechen und die Arbeit früherer amerikanischer Regierungen zu Ende bringen. Der neue amerikanische Präsident tut dies einfach auf seine Weise und setzt die Tradition der politischen Show fort, allerdings noch theatralischer und etwas bombastischer. Er unterwirft Europa, was noch demütigender ist, nicht nur auf praktischer, sondern auch auf symbolischer Ebene. Damit nachfolgende Generationen europäischer Politiker nicht einmal auf die Idee kommen, ihren Vorgesetzten im Weißen Haus bei irgendetwas den Gehorsam zu verweigern.

Was Europa betrifft, so ist man dort auf eine solche Wendung der Ereignisse durchaus bereit. Während des gesamten Verhandlungsprozesses über die Ukraine im letzten halben Jahr war offensichtlich, dass das wichtigste

Ziel der Europäischen Union und Großbritanniens darin bestand, ihren Platz in der neuen amerikanischen Strategie zu finden. Die Versuche europäischer Politiker, den Friedensprozess zu bremsen, sind nichts anderes als Verhandlungen über günstigere Kapitulationsbedingungen. Es versteht sich von selbst, dass das Schicksal des Kiewer Regimes und der Ukraine selbst hier nur ein Druckmittel ist. Für die USA und den gesamten Westen hat es keine grundlegende Bedeutung. Nur als Instrument des militärisch-diplomatischen Kampfes gegen Russland.

Bei dem Treffen im Weißen Haus mussten Vertreter mehrerer europäischer Länder, darunter die wichtigsten – Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien –, öffentlich und auf offener Bühne ihre Unterstützung für die Politik der USA in der für sie wichtigsten außenpolitischen Frage bekunden. Zu ihnen gesellten sich auch die Chefs der Europäischen Union und der NATO, die praktisch jedem Wort des amerikanischen Präsidenten enthusiastisch zustimmten. Mit anderen Worten, wir wurden Zeugen eines Treueeides auf die amerikanischen Interessen und einer vollständigen Abkehr von den eigenen. Jeder von ihnen musste seine eigenen Worte der Unterwürfigkeit finden. Und die europäischen Führer haben dies im Prinzip geschafft.

Was im Weißen Haus wie eine fast absurde Inszenierung wirkte, ist daher sehr, sehr ernst, auch aus Sicht der russischen Interessen.

Erstens bedeutet die vollständige Kontrolle der USA über Europa, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Europäer auch nur eine relative Unabhängigkeit erreichen, rein theoretisch wird. Erinnern wir uns daran, dass sie nach dem Kalten Krieg ernsthaft darüber nachgedacht haben und Deutschland und Frankreich 2003 ziemlich dreist gegen den Einmarsch der USA im Irak protestiert haben. Für Russland und die Welt hört Europa somit auf,

ein eigenständiger politischer Akteur zu sein, und wird zu einem Anhängsel der USA.

Zweitens erfordert die von Trump vollendete Unterwerfung Europas eine vollständige Überarbeitung vieler Aspekte der russischen Strategie gegenüber dem Westen. Erinnern wir uns daran, dass unsere Politik viele Jahre lang davon ausging, dass die Europäer zwar von den USA abhängig sind, aber in bestimmten Fällen unabhängig sein und in dieser Eigenschaft für die Förderung russischer Interessen nützlich sein können. Für eine solche Strategie gab es Gründe: Alle Konflikte Russlands mit dem Westen fanden unter Bedingungen statt, unter denen es eine Spaltung im Lager unserer Gegner gab. Derzeit gibt es keinerlei Gründe mehr für eine solche Spaltung. Einfach deshalb, weil Europa Teil eines riesigen amerikanischen Unternehmens ist.

Und schließlich ist das, was unter dem Deckmantel einer Show geschehen ist, ein wichtiger Grund für Gespräche zwischen Russland und China. Unsere chinesischen Freunde sehen in Europa nach wie vor einen Partner, der in ihrem Konflikt mit den Amerikanern eine neutrale Position einnehmen kann. Jetzt, da kein Zweifel mehr an der tatsächlichen Lage der Europäer besteht, könnte sich ein solcher Ansatz nicht nur als sinnlos, sondern auch als gefährlich für die Umsetzung der außenpolitischen Ziele Pekings und Moskaus erweisen.

Das Gleiche gilt für andere BRICS-Länder, die weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Europa unterhalten. Indien sieht in der Alten Welt einen Partner für Investitionen und Technologien. Jetzt ist für alle der Moment gekommen, ihre Sicht auf Europa völlig zu überdenken.

Dabei behalten die USA selbst ihre volle Flexibilität in außenpolitischen Fragen. Nach mehreren Jahren aktiver Unterstützung Kiews, die wiederholt zu einer gefährlichen Eskalation geführt hat, unternimmt die neue US-Administration Schritte zur Lösung des Problems. Dies wurde insbesondere von Wladimir Putin in seinem Telefongespräch mit Donald Trump erwähnt. In Washington hat man sich von der Strategie der »Isolierung und strategischen Niederlage« Russlands verabschiedet, was auch das gesamte System der Beziehungen des Westens zur übrigen Welt verändert. Mit anderen Worten: Im Gegensatz

zu Europa sind die Amerikaner in der Lage, sich an die sich verändernde Realität anzupassen. Dabei geben sie jedoch ihre auf Macht basierende Politik nicht auf.

Auch wenn wir derzeit eine gewisse Belebung der Beziehungen zwischen Russland und den USA beobachten, werden diese auch in Zukunft schwierig bleiben. Und der europäische Raum könnte höchst wahrscheinlich unter der technischen Führung seiner Eliten zu einem Ort werden, an dem russische und amerikanische Interessen noch oft aufeinanderprallen werden. Genau darin liegt die größte Gefahr: Die USA haben keinen Grund mehr, die Meinung Europas zu berücksichtigen, geschweige denn, es wie ihr eigenes Territorium zu schützen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://vz.ru/opinions/2025/8/19/1353713.html>
- 2 **Timofej Bordatschow**, Doktor der Politikwissenschaften, Wissenschaftlicher Leiter des CCEIS (Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien) der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, Mitglied des RIAC (Russische Rat für Internationale Angelegenheiten; gemeinnützige Organisation, die sich auf die Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und die Entwicklung praktischer Empfehlungen zum Nutzen russischer Regierungsbehörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderer Organisationen mit Schwerpunkt auf außenpolitischen Aktivitäten konzentriert)

China Mitte 2025¹

22.08.2025

Zwischen Handelskriegen und politischen Spekulationen

W. W. Michejew²/S. A. Lukonin³

Mitte 2025 standen die Beziehungen zu den USA weiterhin an erster Stelle der Prioritätenliste der chinesischen Führung. Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der innenpolitischen Stabilität traten trotz ihrer anhaltenden Bedeutung etwas in den Hintergrund und wurden von Peking unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob es gelingen würde, einen akzeptablen Kompromiss in Handelsfragen mit Washington zu erzielen. Zusätzliche Spannung in die innenpolitische Lage brachten die Entscheidungen der KPCh zur Umverteilung einiger Führungsfunktionen. Dieser Kommentar widmet sich der Analyse der aus Sicht der Autoren wichtigsten außen- und innenpolitischen Entwicklungen Chinas Mitte 2025.

VR China – USA

Das wichtigste Ergebnis der ersten Hälfte des Jahres 2025 in der Außenpolitik der VR China war der Abschluss eines Handelsabkommens mit den USA nach mehreren Monaten des Austauschs erhöhter Zölle und direkter Verbote in einer Reihe von Wirtschafts-, Technologie- und Bildungsbereichen. Dabei behielt Washington die Zölle auf Importe aus China im Durchschnitt auf einem Niveau von über 50 % bei, während Peking die Zölle auf Importe aus den USA auf einem Niveau von über 30 % beließ.⁴ [1] Darüber hinaus kündigte China die Aufhebung der Exportbeschränkungen für Seltenerdmetalle in die USA an, vermutlich im Austausch für die Aufhebung der amerikanischen Verbote für die Lieferung bestimmter Arten von Hightech-Produkten in die VR China und die Aufnahme chinesischer Studenten zum Studium.

Trotz der Unausgewogenheit der Zölle kann der erzielte Kompromiss als vorteilhaft für China angesehen werden. Erstens hat das unterzeichnete Abkommen die Spannungen in den chinesisch-amerikanischen

Beziehungen gemildert. Zweitens hat die chinesische Wirtschaft, wenn auch zu weniger vorteilhaften Bedingungen, dennoch den Zugang zum amerikanischen Markt und zumindest begrenzten Zugang zu amerikanischen Technologien behalten. Drittens profitieren chinesische Studenten, die in den USA studieren oder ein Studium dort planen.

Gleichzeitig ist dies jedoch nicht das Ende des Handelskrieges. Die USA haben deutlich ihre Absicht bekundet, über Drittländer Druck auf China auszuüben, indem sie ihre wirtschaftliche Gunst gegenüber diesen Ländern von deren Handelsbeziehungen mit China abhängig machen. Darüber hinaus hat Washington noch viele Themen, mit denen es politischen Druck auf Peking ausüben kann: Chinas militärische Aktivitäten im Südchinesischen Meer, die »Unterstützung Russlands in der Ukraine-Frage«, Chinas Kritik an den USA wegen des Angriffs auf den Iran. Nicht vergessen sind auch die »traditionellen« Vorwürfe gegen die VR China wegen Menschenrechtsverletzungen, fehlender Demokratie usw.

Die sich abzeichnende positive Entwicklung in den Beziehungen zwischen der VR China und den USA bedeutet nicht die Wiederbelebung der Beziehungen von vor 10 bis 15 Jahren, als neben anderen Prognosen unter anderem von einer »Chimerika« – einer amerikanisch-chinesischen Allianz oder der sogenannten G-2 – die Rede war. In naher und mittelfristiger Zukunft ist in den Beziehungen zwischen Washington und Peking eher mit einer wellenförmigen Entwicklung zu rechnen: mal verschärfen sich die Konflikte, mal schwächen sie sich ab.

In Bezug auf den Iran war die Reaktion Chinas vorhersehbar. Peking verurteilte, ebenso wie Russland, den Militärschlag gegen iranische Nuklearanlagen, forderte wie üblich eine friedliche und demokratische Lösung des Konflikts, sprach sich für die Souveränität des Iran und

sein Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie aus usw. Die Motive Pekings sind sehr transparent: China ist an einer stabilen Ölversorgung aus dem Iran und anderen Ländern am Persischen Golf interessiert und hat kein Interesse an einer militärisch-politischen Destabilisierung der Region. Nach derselben Logik kann man davon ausgehen, dass China, obwohl es dies nicht öffentlich erklärt, an der Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz der USA in der Region als Garant für Stabilität interessiert sein könnte. Die VR China, die nur über einen einzigen Marinestützpunkt in Dschibuti verfügt, ist noch nicht in der Lage, auf amerikanischem Niveau Einfluss auf die regionale Sicherheit zu nehmen.

VR China – RF

Auf der Ebene der obersten chinesischen Führung wird weiterhin eine umfassende strategische Partnerschaft mit Russland angestrebt. Um diesen Ansatz zu bekräftigen, nutzte die Parteipropaganda den Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Moskau anlässlich der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Xi charakterisierte die bilateralen Beziehungen und betonte, dass China und Russland gute Nachbarn seien, die untrennbar miteinander verbunden seien. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern folgten einer klaren historischen Logik, einer starken inneren Dynamik und einer tiefen zivilisatorischen Grundlage, richteten sich nicht gegen Dritte und seien nicht vom Einfluss Dritter abhängig. Die letzte Aussage zielte offenbar darauf ab, Russland zu zeigen, dass China die sich abzeichnende Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington nicht als Bedrohung für die chinesischen Interessen in den chinesisch-russischen Beziehungen betrachtet. Man kann dies jedoch

auch anders interpretieren: Da die chinesische Seite dies betont hat, gibt es doch Befürchtungen.

In Bezug auf die Ukraine nimmt China weiterhin eine neutrale Position ein und versucht, sich als Vermittler in der politischen Beilegung des Konflikts zu präsentieren. Durch seine hochrangigen Diplomaten betont es in jeder Hinsicht, dass es keine Konfliktpartei ist. Theoretisch kann man jedoch davon ausgehen, dass Peking keine vielversprechenden und umsetzbaren Ideen zur Überwindung der Ukraine-Krise hat. Das Hauptziel seiner Vorschläge ist es, seine Neutralität und mögliche Vermittlung ohne unnötige Verpflichtungen zu bekräftigen.

Gleichzeitig sind in letzter Zeit in den chinesisch-russischen Beziehungen und in Pekings Haltung gegenüber der Ukraine einige Nuancen aufgetreten.

Erstens: In Bezug auf die Ukraine ist ein Konflikt zwischen zwei Interessensblöcken Pekings – dem wirtschaftlichen und dem politischen – zu beobachten. Aus wirtschaftlicher Sicht, vor allem im Hinblick auf die »Belt and Road«-Strategie, ist China an einer raschen Beendigung des Konflikts in der Ukraine interessiert, um die Möglichkeit zu erhalten, einen »Weg« durch Osteuropa zu bahnen. Dies war von Anfang an das grundlegende Interesse Pekings. Darüber hinaus bestehen weiterhin Befürchtungen in China, dass Europa aufgrund der Unterstützung der Ukraine in eine Wirtschaftskrise geraten und die Nachfrage nach chinesischen Waren sinken könnte.

In der Politik sehen die Interessen Chinas heute jedoch anders aus. Westlichen Medienberichten zufolge erklärte der chinesische Außenminister Wang Yi während seines Besuchs in der EU im Juli, dass China weder an einer Niederlage Russlands noch an einer überstürzten Beendigung des Konflikts auf andere Weise interessiert sei, da die USA danach ihre gesamte außenpolitische Aufmerksamkeit auf China richten würden. Zwischen den Zeilen lässt sich in diesem Ansatz eher das Interesse Pekings an einem Einfrieren des Konflikts als an einer forcierten Lösung erkennen.

Sollte der sich abzeichnende neue zweigleisige Ansatz gegenüber der Ukraine Teil der realen Außenpolitik Pekings werden, ist kurzfristig mit einer »neuen Zickzackkurs« und Unbestimmtheit in der chinesischen Diplomatie gegenüber der Ukraine zu rechnen.

Zweitens: Die militärisch-politische Verschärfung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan und zuvor zwischen China und Indien sowie der amerikanische Angriff auf den Iran haben die sehr begrenzten Möglichkeiten der SOZ bei der Lösung interner Probleme der Organisation und dem Schutz ihrer Mitglieder deutlich gemacht. Dies wird Peking dazu veranlassen, andere Formen der multilateralen Diplomatie in Asien ohne die Beteiligung Russlands und anderer großer Akteure weiter zu intensivieren. Dies geschieht bereits beispielsweise im Rahmen der »5+1« (fünf zentralasiatische Länder und China), China und ASEAN. Theoretisch könnte der SOZ-Gipfel im September dieses Jahres die Situation ändern. Unserer Meinung nach ist dies jedoch unwahrscheinlich.

Drittens: Mitte 2025 zeigten sich erneut unterschiedliche Ansätze Russlands und Chinas gegenüber ihren europäischen Partnern. Für Moskau führen England, Frankreich und Deutschland mit Hilfe Kiews einen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Peking hingegen sucht vor dem Hintergrund des Handelskriegs mit den USA – oder besser gesagt, suchte vor dem Abschluss des Abkommens mit den USA – die Unterstützung dieser Länder im Kampf gegen den amerikanischen Handelsdruck. Im April schlug Peking London vor, eine gemeinsame Antwort an Washington auszuarbeiten. Nach der Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Handelsbeziehungen verliert diese unterschiedliche Herangehensweise Moskaus und Pekings an Europa jedoch an Bedeutung. Für China ist heute nicht eine gemeinsame Antwort mit Europa auf die USA wichtig, sondern die Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und den USA zur Stärkung der wirtschaftlichen und technologischen Position Chinas in Europa zu nutzen.

VR China – EU

Vor dem Hintergrund der Zollkonfrontation mit den USA unternimmt China aktive Schritte zur Entwicklung anderer Richtungen in der Außenwirtschaft und Politik. Einer der wichtigsten ist die EU. Peking versucht, die ungelösten Konflikte zwischen Europa und den USA sowohl in wirtschaftlicher (Zölle) als auch in politischer

Hinsicht (Ukraine) auszunutzen, um neue Lockerungen beim Zugang zu den europäischen Märkten zu erreichen. Große Hoffnungen wurden in den China-EU-Gipfel im Juli gesetzt, der jedoch eher als Fehlschlag zu werten ist.

Ein politischer Hemmschuh ist hier das Bestreben der NATO, in den indopazifischen geopolitischen Raum vorzudringen, was Peking in Bezug auf Sicherheitsfragen beunruhigt. In letzter Zeit scheint sich jedoch die Haltung Chinas zu diesem Thema zu ändern. Peking stellt fest, dass heute nicht der europäische Teil des Bündnisses, sondern die USA der Hauptakteur in der NATO-Politik im asiatisch-pazifischen Raum sind, die ihre eigene Vision von Partnerschaftsmöglichkeiten in der Region haben – ohne Orientierung an Europa. Ein wichtiger Grund für diese Schlussfolgerung war die Weigerung der Staats- und Regierungschefs Japans, Südkoreas und Australiens, der wichtigsten NATO-Partner im asiatisch-pazifischen Raum, am letzten NATO-Gipfel in Den Haag teilzunehmen. Offenbar ist der Dialog mit den Europäern für sie nicht mehr so interessant.

VR China – Zentralasien, ASEAN, Afrika

In Zentralasien strebt Peking danach, seinen Einfluss durch die Förderung des oben erwähnten »5+1«-Formats ohne die Beteiligung Russlands, Indiens und anderer Länder zu stärken. Im Juni dieses Jahres fand in Astana sein zweiter Gipfel statt, auf dem die Länder einen Vertrag über ewige gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichneten. Der Vertrag enthält keinen Punkt über militärische gegenseitige Hilfe, was den politischen Einfluss Chinas in der Region grundsätzlich etwas schwächt. Die Länder Zentralasiens können im Falle eines Konflikts mit einer externen Macht nicht auf die militärische Unterstützung Pekings zählen. Allerdings können sie durchaus wirtschaftliche Dividenden aus der nun rechtlich fundierten Zusammenarbeit mit China, insbesondere im Rahmen der »Belt and Road«-Initiative, erwarten.

Im Mai schloss China die Verhandlungen mit der ASEAN über die Weiterentwicklung des Abkommens zur Schaffung einer Freihandelszone China-ASEAN ab, das neun neue Kapitel zu Bereichen wie digitale Wirtschaft,

grüne Wirtschaft, Vernetzung von Lieferketten usw. enthält. Auf der anderen Seite kamen zu den traditionellen politischen Streitigkeiten um das Südchinesische Meer in den letzten ein bis zwei Monaten noch die Verschärfung der Beziehungen zwischen China und den Philippinen aufgrund der von Manila angekündigten Bereitschaft, eine zweite Partie amerikanischer Mittelstreckenraketen auf seinem Territorium zu stationieren, sowie eine neue Wendung in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Thailand und Vietnam hinzu. Die Länder kündigten Pläne für eine fundiertere strategische Partnerschaft an, um ihre wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Peking zu verringern.

Ein weiterer Schwerpunkt der chinesischen Außenwirtschaftsexpansion ist Afrika. Im Juni kündigte Peking Pläne an, die Einfuhrzölle für fast alle afrikanischen Länder vollständig abzuschaffen. Eine weitere Neuerung ist das von China im Mai vorgestellte Programm »Große chinesische Investitionsinitiative«. Sein Ziel ist der Aufbau globaler Handels- und Infrastrukturverbindungen, beginnend mit dem afrikanischen Kontinent. Der von China vorgeschlagene Umsetzungsmechanismus ist eine neue Form der öffentlich-privaten Partnerschaft. China entfernt sich allmählich von der Praxis der direkten Finanzierung afrikanischer Volkswirtschaften durch chinesische Staatsbanken, die die Wirtschaftspolitik umsetzen (sogenannte politische Banken). Stattdessen wird ein Modell vorgeschlagen, bei dem afrikanische Länder chinesischen Unternehmen, privaten oder staatlichen, Rechte zur langfristigen Nutzung von Infrastruktureinrichtungen im Austausch für die Finanzierung ihres Baus durch chinesische Firmen gewähren.

Politisch gesehen bleibt eines der Hauptprobleme Chinas die mangelnde Bereitschaft afrikanischer Länder, insbesondere an der Westküste, chinesische Marinestützpunkte auf ihrem Kontinent zuzulassen.

Anfang Juli kam es zu einer erneuten Verschärfung der Beziehungen zwischen Peking und Taipeh im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges über Japan und dem Ende des Zweiten Weltkriegs Anfang September dieses Jahres. Die taiwanische Regierung erklärte, dass China kein Recht habe, solche

Veranstaltungen zu organisieren, da die VR China 1949 gegründet worden sei und nichts mit dem Sieg von 1945 zu tun habe, den »die Republik China« (Taiwan) errungen habe, die 1912 nach dem Sturz der Qing-Dynastie gegründet wurde, und forderte die eingeladenen Länder auf, die Feierlichkeiten in Peking zu boykottieren. Es scheint, dass die Position Taipehs neue Spannungen in die Beziehungen in der Taiwanstraße gebracht hat.

Innerpolitik

Unserer Meinung nach bleibt die innenpolitische und innerparteiliche Lage in China stabil. Die vor allem von westlichen Medien beschriebene Unzufriedenheit von 5–10 % der chinesischen Intellektuellen mit dem wachsenden »Personenkult« um den Vorsitzenden Xi schlägt sich nicht in konkreten groß angelegten Protestaktionen nieder. Der vermeintliche »Kult« mag für die Zukunft der VR China schlecht sein, aber heute sorgt er für Stabilität, was vor dem Hintergrund der schwierigen Beziehungen zu den USA besonders wichtig ist. Darüber hinaus ist es sehr wahrscheinlich, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich überhaupt nicht für politische Fragen interessiert und sich hauptsächlich auf alltägliche Probleme konzentriert.

Die Lage der chinesischen Wirtschaft ist nicht so schlecht, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern, selbst wenn es Probleme gibt, die mit den negativen Folgen des Handelskriegs zwischen den USA und China, der Krise auf dem Immobilienmarkt, Überkapazitäten in der Produktion und dem daraus resultierenden übermäßigen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt, hoher Jugendarbeitslosigkeit usw. zusammenhängen.

Interessanterweise äußerten vor allem westliche Experten im Mai und Juni 2025 (obwohl solche Veröffentlichungen regelmäßig erscheinen) die Meinung, dass Xi Jinpings Position in der Parteihierarchie geschwächt sei. Beispielsweise hat sich laut Analysen verschiedener Analysezentren zum Inhalt offizieller Dokumente der KPCh und Berichten in chinesischen Medien die Rolle des Staatsrats der VR China allmählich verstärkt, während sie zuvor eher geschwächt war.

Zu den weiteren Anzeichen für einen »Machtverlust« von Xi zählen Analysten beispielsweise die Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitschrift der Volksbefreiungsarmee Chinas über die Vorteile einer kollektiven Führung (eine Art Anspielung auf Xi Jinping), der bereits Ende 2024 veröffentlicht wurde, die Abnahme der Erwähnungen seiner Person in der offiziellen chinesischen Presse sowie seine »verdächtige« Abwesenheit bei allen offiziellen Veranstaltungen vom 20. Mai bis zum 3. Juni 2025.

Diese Fakten können jedoch auch neutral interpretiert werden. Wenn man möchte, kann man in einer Vielzahl von Artikeln in den chinesischen Staatsmedien, in denen Deng Xiaoping erwähnt wird, eine »Anspielung« auf Xi Jinping sehen. Die geringere Anzahl seiner Erwähnungen lässt sich sowohl mit der Abneigung gegen die Entwicklung des berüchtigten »Personenkults« als auch mit Problemen bei der Zählung dieser Erwähnungen erklären. In chinesischen Publikationen werden verschiedene Formulierungen in Bezug auf Xi verwendet: »Kern der Partei« usw. Und auch früher kam es schon zu Phasen, in denen er bei Parteiveranstaltungen nicht anwesend war.

Wir wiederholen, dass unserer Meinung nach die Position von Xi Jinping kurz- und mittelfristig nicht gefährdet ist. Angesichts einer Reihe von Änderungen in einigen Verwaltungsabläufen und Funktionen des Staatsapparats entsteht jedoch der Eindruck, dass sich das Regierungssystem der VR China darauf vorbereitet, auch ohne seine umfassende Beteiligung zu funktionieren.

Daraus lassen sich mehrere Vermutungen ableiten. Erstens, dass Xi Jinping wahrscheinlich plant, sich auf strategische Fragen der Entwicklung der VR China zu konzentrieren und sich von den täglichen Routineaufgaben zurückzuziehen. Zweitens, dass die Vorbereitungen für einen zumindest begrenzten »Machtwechsel« begonnen haben: möglicherweise im Jahr 2027. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Staatspräsident der VR China und Vorsitzende des Zentralen Militärrats Xi Jinping könnte mindestens eines seiner Ämter niederlegen. Und drittens, auch wenn diese Vermutung völlig fantastisch erscheint, könnte all dies nur dazu dienen, sich im Falle wirtschaftlicher und

damit auch politischer Misserfolge der persönlichen Verantwortung zu entziehen.

Letztendlich befand sich China Mitte 2025 in einer Situation zwischen Zollkriegen und politischen Spekulationen. In naher und mittelfristiger Zukunft werden zwei Gruppen von Faktoren einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der VR China haben. Die erste Frage ist, wie tiefgreifend und langfristig die positiven Auswirkungen auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Abschluss des Handelsabkommens sein werden. Oder werden sie doch weiterhin durch wellenartige Entwicklungen charakterisiert sein? Zweitens: Inwieweit sind die Vermutungen und Annahmen über einen möglichen schrittweisen Rückzug von Xi aus der Macht gerechtfertigt und wie könnte sich dies auf die innenpolitische Stabilität Chinas auswirken? Könnte es zu einer Destabilisierung kommen? Oder wird China in den nächsten 7 bis 10 Jahren politische Veränderungen vermeiden können?

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://www.imemo.ru/publications/policy-briefs/text/china-in-mid-2025-between-trade-wars-and-political-speculation>
- 2 **W.W. Michejew**, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Leiter des Forschungsbereichs Zentrum für Asien-Pazifik-Studien
- 3 **S.A. Lukonin**, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften, Leiter des Bereichs Wirtschaft und Politik Chinas, Mitarbeiter der Abteilung Zentrum für Asien-Pazifik-Studien
- 4 <https://www.china-briefing.com/news/us-china-tariff-rates-2025>

Sergej Obuchow¹ zu »Krasnaja linija«²

26.08.2025

»Die Zugeständnisse Russlands in Alaska wurden vom Westen als Zeichen der Schwäche aufgefasst«

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses der Staatsduma für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, Fragen öffentlicher und religiöser Vereinigungen, Mitglied der Fraktion der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Doktor der Politikwissenschaften Sergej Obuchow trat im Fernsehsender »Krasnaja Linija« auf. Das Gespräch betraf den internationalen Aspekt der Beendigung des russisch-ukrainischen Konflikts.

Sergej Obuchow: Gennadij Andrejewitsch Sjuganow hat völlig Recht, wenn er sagt, dass wir nur dann »auf Augenhöhe« mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa sprechen können, wenn wir unsere Interessen wirksam verteidigen, stark sind und eine völlig andere Situation auf dem Schlachtfeld haben.

Denn man hat im Grunde genommen wieder einmal versucht, Russland zu täuschen und »auszutricksen«. In Alaska beispielsweise wurde Wladimir Wladimirowitsch unter dem Vorwand »guter Beziehungen zu Trump« und dessen »Beifall« buchstäblich zu bestimmten Kompromissen »verleitet«. Obwohl unser Präsident zuvor wiederholt erklärt hatte, dass Russland »verfassungsmäßige Territorien« habe und ein Friedensvertrag mit der Ukraine nur unter der Bedingung der vollständigen Befreiung dieser Territorien möglich sei. In Alaska jedoch, so behaupten westliche Medien, habe Russland Trump doch gewisse Zugeständnisse gemacht und einem »Einfrieren« des Konflikts zugestimmt.

In Washington hingegen wurden solche »Zugeständnisse« in Alaska bei den Verhandlungen mit den Europäern und Selenski als Zeichen der Schwäche aufgefasst, sodass alles beim Alten blieb: Praktisch alle unsere grundsätzlichen Forderungen, die sowohl mit Sicherheitsgarantien und der Entmilitarisierung der Ukraine als auch mit ihrer Entnazifizierung zusammenhängen, wurden abgelehnt.

Daher wurde einmal mehr deutlich, dass all diese und andere Probleme im Zusammenhang mit der Ukraine ausschließlich auf dem »Schlachtfeld« gelöst werden können und dass es für die Russische Föderation einfach keinen anderen Ausweg gibt. Alle anderen »alternativen« Meinungen unserer liberalen »fünften Kolonne« sowie der Befürworter einer »Befriedung« mit dem Westen sind nichts weiter als eine verlogene List. Wir seien angeblich bereit, auf die Entnazifizierung der Ukraine zu verzichten und sogar den Konflikt »einzufrieren«, nur damit wir »gemeinsam« die Arktis erschließen können. Es fragt sich wozu? Damit die Amerikaner die Möglichkeit haben, die ihnen fehlenden Seltenerdmetalle zu erhalten – für die Herstellung von Raketen, mit denen Moskau vom Territorium der Ukraine aus beschossen wird. Und außerdem, um die Aufrüstung der NATO sicherzustellen: durch amerikanische Produktion, aber mit unseren Bodenschätzen. Und dann wird mit Sicherheit ein NATO-Kontingent, bestehend aus Soldaten aus 10 Ländern, den sogenannten »Garanten«, 40 Kilometer von Belgorod entfernt stationiert werden. Es ist klar, dass die Russische Föderation sich auf so etwas nicht einlassen kann, sondern auch nicht darf.

Unsere Oligarchie kann ihre »Wünsche« heute jedoch nicht in die Tat umsetzen – die Zeit ist nicht reif dafür. Natürlich träumt sie nur davon, sich mit dem »Imperator des Universums«, mit dem »globalen Westen«, zu versöhnen. Und zwar nur, damit alles wieder so wird wie früher – unter »Großvater Jelzin«. Obwohl die amerikanische Regierung selbst durch Herrn Kellogg erklärt hat, dass sie einen Sieg über Russland »außerhalb des Schlachtfeldes« vorbereitet – so wie sie 1991 die sowjetische Elite besiegt hat. Und solche Ziele wurden bereits gesteckt.

Eines davon ist die sogenannte »Entkolonialisierung« Russlands, nach der nicht mehr als 40 »Territorien«

übrigbleiben sollen. Und die beste Bestätigung für einen solchen »Plan« ist die jüngste Erklärung des jakutischen Vertreters der liberalen »Neuen Menschen«, dass diese Republik schon für die »Unabhängigkeit« bereit sei. Und eine solche Aussage ist keineswegs »Unsinn«. Im Falle eines »Waffenstillstands« mit der Ukraine unter den derzeitigen, für Russland ungünstigen Bedingungen, die in Washington ausgearbeitet wurden, »lockt« offen »Minsk-3«, wo die separatistische Karte zur »Destabilisierung« der Lage in der Russischen Föderation ausgespielt werden wird – um sie weiter zu zerlegen.

Dabei werden unserer »Elite« vielleicht irgendwelche Aufträge und Verträge zuteil – sozusagen als »Belohnung« für ihre Hilfe. Obwohl ich persönlich daran zweifle. Denn nicht umsonst wurde sie im Rahmen der globalen Schwierigkeiten, die im Westen entstanden sind, dazu verurteilt, »herausgeschnitten zu werden«. Ebenso wird nun auch die gesamte sogenannte »einheimische Elite« – arabische, afrikanische und so weiter – »unter das Messer« kommen. Denn sie hat bereits »Fettreserven« angesetzt, und die »Mächtigen dieser Welt« wollen globale Probleme keineswegs auf Kosten eines Rückgangs des Konsums ihrer eigenen »goldenen Milliarde« lösen.

So ist vieles in der heutigen Welt nicht ganz klar. Und selbst die Aussagen unseres Außenministers Herrn Lawrow sind offensichtlich widersprüchlich. So sagt er beispielsweise, dass Russland zu »westlichen Garantien« für die Ukraine bereit sei, obwohl völlig unklar ist, wer diese »vor Ort« gewährleisten soll – NATO-Truppen? Dann verkündet er plötzlich, dass wir bereit sind, die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine zurückzuziehen, da sie ihren atomwaffenfreien Status und ihre Neutralität aufgibt.

Solch ein »Scheuen« unseres Außenministers sorgt, sagen wir mal so, für Verwirrung, sowohl bei Analysten

als auch bei Politikern. Und auch bei den Soldaten an der Front: Wir kämpfen hier, und ihr wollt dort irgendwelche »Gebiete« tauschen. Deshalb brauchen wir eine klare und eindeutige Strategie. In diesem Zusammenhang besteht die KPRF darauf, dass die Ziele der militärischen Spezialoperation sowohl auf dem Schlachtfeld als auch im Rahmen aller möglichen Verhandlungen umgesetzt werden. Aber nur zu gleichberechtigten Bedingungen: Die Aufgabe staatlicher Interessen ist prinzipiell inakzeptabel.

Uns wurde versichert, dass Anchorage fast wie ein neues Jalta sei und Putin und Trump sich dort darauf geeinigt hätten, die Situation mit der Ukraine gemeinsam zu »klären«. Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall. Nach Washington ist es schon lange nicht mehr Jalta. Es ist bestenfalls Malta, von wo aus Gorbatschow zum ersten Mal dem Politbüro keine Protokolle der Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten vorlegte, da er praktisch die geopolitischen Interessen der Sowjetunion aufgegeben hatte. Deshalb dürfen wir heute solchen »Szenarien« nicht zustimmen.

Ich hoffe, dass unser Präsident genug Kraft und Willen hat, um die nationalen und staatlichen Interessen Russlands bis zum siegreichen Ende zu verteidigen. Die KPRF wiederum steht stets auf der Seite dieser Interessen. Dabei kann die Frage in der gegenwärtigen Situation grundlegend nicht von Diplomaten, sondern nur von Soldaten auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Vorausgesetzt natürlich, dass das Land politisch, moralisch und wirtschaftlich mobilisiert wird. Und dass seine Führung auf die Dienste derjenigen verzichtet, die es buchstäblich in die Rezession treiben – die Vertreter des derzeitigen Finanz- und Wirtschaftsblocks. Denn egal, welche Kosten der Westen für die Unterstützung der Ukraine auf sich nimmt, sie werden laut Trump alle »wieder hereingeholt« werden – und zwar mit »Zinsen«, dank einer »strategischen Niederlage« der Russischen Föderation.

Leider hat Russland in den letzten Jahrhunderten bereits dreimal solche Niederlagen erlitten. Das erste Mal war zu Beginn des 17. Jahrhunderts, als unsere Bojaren-Spitze dem polnischen Prinzen Wladislaw »Treue« schwor – mit allen sich daraus ergebenden geopolitischen Folgen, unter anderem für unseren orthodoxen Glauben.

Das zweite Mal war 1917, als sowohl die Befehlshaber der Armeen und Fronten als auch die zaristische »Familie« sich selbst vom Staat lossagten, was zu dem darauffolgenden »blutigen Gemetzel« führte. Und nur das Genie Lenins und der Bolschewiki ermöglichte es, das historische Russland im postimperialen Raum wieder zusammenzuführen.

Und das dritte Mal fand leider am 19. August 1991 statt, als die Mitglieder des GKChP (Staatliches Komitee für den Ausnahmezustand, D.G.) einen verzweifelten, aber leider erfolglosen Versuch, das vereinte Vaterland zu retten, unternahmen, unter den Bedingungen des Verrats und der Zerstörung der Vertikale von Partei und Staat sowie der Wirtschaft, der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols, als die »Clans« der Nomenklatura und »roten Direktoren« das Staatseigentum »einsackten«.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen – der Durchführung der speziellen Militäroperation – und insbesondere, wo wir praktisch an der gesamten Front vorrücken, darf auf keinen Fall ein weiterer Verrat der »Elite« zugelassen werden, die bereit ist, sich auf ein Komplott mit dem Westen einzulassen. Im Gegenteil, durch die Mobilisierung der geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes muss unser siegreicher Vormarsch unterstützt werden.

Anmerkungen

- 1 **Sergej Obuchow**, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF und Sekretär des ZK der KPRF
- 2 Quelle: <https://kprf.ru/party-live/opinion/236926.html>

Die Militarisierung Europas als Strategie¹

Oleg Janowski² über die neue Herausforderung für Russland

01.09.2025

Am Vorabend seines Besuchs in China zum Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) erklärte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua, dass in Europa »ein Kurs auf die Remilitarisierung des Kontinents eingeschlagen wird«. In Europa selbst wird dies zwar nicht verschwiegen, aber man zieht es vor, den Begriff »Sicherheit« zu verwenden, der längst kein Begriff der Strategie und Doktrin mehr ist, sondern zur Arbeitssprache der Politik geworden ist. Mit ihm wird heute eine radikale Neuausrichtung der wirtschaftlichen Agenda gerechtfertigt: Was in »friedlichen« Jahren heftige Debatten ausgelöst hätte – die Verlagerung von Ausgaben aus dem sozialen Bereich in die Verteidigung, strenge Haushaltsdisziplin, die Einstellung überflüssiger Programme, die Verschärfung der Regulierung. All dies wird als unvermeidlicher Preis für die Verteidigung dargestellt.

Sicherheit wird zum Synonym für gelenkte Militarisierung; Militarisierung wird zum Rahmen einer neuen politischen Ökonomie.

Der Fokus liegt nicht auf der »Überflutung« des Verteidigungsindustriekomplexes für kurzfristige Nachfrage, sondern auf Disziplin und struktureller Umgestaltung: nicht verteilen, sondern sammeln; nicht den Verbrauch steigern, sondern die Kapazität erhöhen. Daraus ergibt sich der Übergang zu Serien statt Einzelstücken, die Vereinheitlichung von Standards, langfristige Verträge und die »Schaltung« der Finanzströme innerhalb der eigenen Ketten.

Dies ist eine Abkehr von der Logik der Globalisierung hin zum Staatsaufbau durch die Wirtschaft. Es geht nicht mehr um die Selbstregulierung der Märkte und die Autonomie der Unternehmen, sondern um die Steuerung von Prioritäten: Der Staat gibt die Richtung für die Wirtschaft vor, lenkt Kapital und Lieferketten durch Sanktionen, Exportkontrollen, Standards und Spezifikationen,

staatliche Garantien, Subventionen, Versicherungen und einen »einheitlichen Geldbeutel«. Im Gegenzug erhält die Wirtschaft eine garantierte Nachfrage, langfristige Verträge, verbilligtes Kapital, steuerliche Anreize, regulatorische Ausnahmen und vorrangigen Zugang zu Ressourcen – und übernimmt im Gegenzug Verpflichtungen: Kompetenzen zu lokalisieren, nach einheitlichen Standards zu arbeiten, Engpässe aufzudecken und Kapazitäten schnell an Mobilisierungsprioritäten anzupassen.

Genau dieser Rahmen – allgemeine Standards, gemeinsame Beschaffung, Großserienfertigung und abgestimmte Planung – wird in Mario Draghis Bericht für die Europäische Kommission als Voraussetzung für die Wiederherstellung der materiellen Basis der europäischen Macht beschrieben.

Darin wird auch »strukturelle Unterinvestition« anerkannt und ein Richtwert für zusätzliche Investitionen bis 2030 (oft wird eine Spanne von 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr genannt) zusammen mit europaweiten Schuldeninstrumenten genannt, ohne die Serienfertigung und Lokalisierung nicht möglich sind.

Diese Logik bildete die Grundlage für ReArm Europe/Readiness 2030: Das neue Paket sieht gemeinsame Beschaffungen, den Ausbau der Kapazitäten des militärisch-industriellen Komplexes und die gemeinsame Verschuldung als wichtigsten Finanzierungsmechanismus vor – mit einem Ziel, bis zu 800 Mrd. Euro pro Jahr zu mobilisieren –, was eine direkte Fortsetzung der in Draghis Bericht vorgegebenen Linie darstellt.

In einer kürzlich gehaltenen Rede im Jahr 2025 überträgt Mario Draghi den technischen Rahmen in den politischen Bereich: Die Illusion, dass »allein die Größe der Wirtschaft Stärke garantiert«, funktioniert nicht mehr; die Vorgehensweise lautet: zuerst Koordination und Standards, dann Geld, sonst gehen die Budgets in nationalen Verfahren und Spezifikationen verloren. Daraus ergibt

sich die These, dass gemeinsame Schuldeninstrumente für Großprojekte in den Bereichen Verteidigung, Energie und Technologie erforderlich sind.

Den politischen Rahmen dafür hat zuvor der französische Präsident Emmanuel Macron an der Sorbonne vorgegeben: Strategische Autonomie bedeutet nicht Isolation, sondern das Recht Europas, gefährliche Abhängigkeiten selbstständig abzubauen und das Tempo der Modernisierung vorzugeben – von Halbleitern und kritischen Rohstoffen bis hin zur Sicherheit der Lieferketten. Mit anderen Worten, die Umsetzung der Autonomie von der Ebene der Symbole in die Praxis – durch Standardisierung, gemeinsame Beschaffung und Lokalisierung kritischer wichtiger Produktionszweige.

Aber das Mobilisierungsschema Europas funktioniert nicht ohne ein Feindbild. In der aktuellen europäischen Politik ist diese Rolle institutionell Russland zugewiesen.

»Moskau abschrecken« ist kein Slogan, sondern ein Mechanismus zur Mobilisierung von Budgets, ein Beschleuniger für Verteidigungsprogramme und ein Hebel für den Wandel des politökonomischen Modells – vom sozial-liberalen Kompromiss hin zu einer administrativ gesteuerten Logik der Militarisierung.

Das Bild der Bedrohung zementiert den Konsens und eröffnet den Zugang zu Instrumenten, die in »friedlichen« Zeiten politisch unmöglich wären.

Daraus ergibt sich die Pragmatik einiger Hauptstädte: die Konfiguration des Konflikts in der Ukraine zu »verlängern« oder ihn in Form eines »Einfrierens« mit periodischen Spannungsausbrüchen zu fixieren.

Ein langer Frieden, insbesondere angesichts potenzieller Vereinbarungen zwischen Moskau und Washington, würde die Rhetorik der Ausnahmesituation aufheben und die Schwachstellen offenlegen, die heute durch die Mobilisierung verdeckt werden: Stagnation der

industriellen Basis, Engpässe im Energiebereich, technologische Abhängigkeiten von den USA und Ostasien, fiskalische Beschränkungen, demografische Alterung und Risse im Sozialmodell.

Bezeichnend ist auch die »politische Anerkennung« in der nationalen Debatte: Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz spricht von den Grenzen des Sozialstaates – die derzeitige Höhe der Sozialleistungen sei »nicht mehr tragbar«. Dies ist ein Zeichen für eine neue Prioritätenhierarchie, in der Sicherheit vor Komfort geht.

Die oberste, harte Schicht dieser Architektur ist die Konsolidierung.

Es geht um die Reduzierung von Doppelungen und Fragmentierungen, wenn mehr als zwei Dutzend nationale Programme um dieselben Kapazitäten und Fachkräfte konkurrieren. Die Festigung der Lieferketten, das Aufkommen von »Anker«-Herstellern, ein paneuropäisches Auftragsbuch und im Extremfall ein »Ein-Käufer«-Modell für bestimmte Produktgruppen werden zur Normalität. Andernfalls lässt sich kein Skaleneffekt erzielen, kein Standard festlegen, kein Zyklus beschleunigen und keine Kosten senken.

Die Konsolidierung betrifft nicht nur die größten Auftragnehmer, sondern auch die zweite/dritte Ebene: Es handelt sich nicht mehr um eine Werkstattwirtschaft, sondern um eine Umverteilung der Macht.

Wer die Knotenpunkte der Kette kontrolliert, setzt den Standard und erhält das Recht auf politische Schiedsgerichtsbarkeit. Hier geht es nicht um Kostenvoranschläge und Rentabilität. Es geht um die Kontrolle über die Entscheidungszentren: Wer wird zum Markt zugelassen, wer besitzt die kritischen Komponenten, wer kann Kanäle öffnen und schließen? Daraus ergibt sich ein Mechanismus supranationaler Disziplin.

So konstruiert die Militarisierung durch Konsolidierung eine funktionale »Quasi-Föderation« – mit gemeinsamen Standards, gemeinsamen Auftragnehmern und einem zentralisierten Auftragsbuch, in dem sich der Schatten der alten und, wie die Geschichte zeigt, sehr gefährlichen imperialen Instinkte Europas abzeichnet. Das System des »einigen Käufers« verlagert einen Teil der de facto souveränen Hebel auf die supranationale

Ebene. Diese Konstellation ist keine theoretische Entscheidung, sondern eine Überlebensbedingung für eine bestimmte europäische Elite.

Seit den 1960er Jahren hat sich in der EU eine eigene Managerklasse entwickelt – eine flache bürokratische »Horizontale«, die Kapitalströme lenkte, Renten verteilte und Regeln festlegte, die für die wichtigsten Nutznießer günstig waren. Für sie ist die Militärpolitik ein Mittel, um die Kontrolle zu behalten, wenn das bisherige Gleichgewicht der Belastung nicht mehr standhält. So entstehen »Sicherheitsexperten«: Ihre Legitimität beruht nicht auf der Verteilung von Gütern, sondern auf der Verwaltung der Verteidigung, des Sicherheitsapparats und der Ausnutzung des »Ausnahmestands«.

Der Fall Ukraine ist für sie ein schwelender, aber nicht abklingender Konflikt, der ein hohes Maß an Bedrohung aufrechterhält, das für die Legitimierung der Zentralisierung der Kontrolle und Mobilisierung notwendig ist.

In dieser Konstruktion haben die Eurobürokraten auch taktische Verbündete. Großbritannien, das gerade einen eigenen Zyklus sozialer und wirtschaftlicher Belastungen durchläuft, ist an einem »harten Sicherheitsregime« als disziplinierendem Narrativ interessiert, das die schmerzhafteste Umstellung erklärt, die für das Überleben der Eliten so notwendig ist. Auf der anderen Seite des Atlantiks stehen Teile des Washingtoner Establishments um die Demokratische Partei, die eine Niederlage erlitten hat und vor dem Hintergrund der »Säuberungen« durch die Trump-Administration an Einfluss verliert: Auch sie brauchen einen äußeren Rahmen der Mobilisierung, um ihren Einfluss in einer halbzerfallenen Konstellation zu bewahren.

Es stellt sich die Frage: Führt dies zu einem »einheitlichen Staat«? Formal gesehen – nein. Tatsächlich entsteht eine sektorale Staatlichkeit der Union: In den Bereichen Verteidigung, Standards, Infrastruktur und Finanzierung großer Projekte entstehen gemeinsame Instrumente und Verpflichtungen, die als Elemente eines einheitlichen Zentrums fungieren.

Dies ist kein verfassungsrechtlicher Sprung, sondern funktionaler Föderalismus – die Fähigkeit, als Ganzes

dort zu handeln, wo Europa sonst an Geschwindigkeit und Umfang verliert. In diesem Sinne ist die »Autonomie« der Sorbonne kein Schlagwort mehr, sondern wird zu einer Technologie – einer Verdichtung von Kompetenzen in Bereichen, in denen Tempo und Serie entscheidend sind.

Ob der harte Kurs der politökonomischen Verteidigungsteuerung Europas funktioniert hat, lässt sich anhand der folgenden Anzeichen »vor Ort« erkennen:

- Verkürzt sich der Weg von der Auftragserteilung bis zur Lieferung?
- Wächst der Anteil gemeinsamer Beschaffungen und gemeinsamer Forschung und Entwicklung?
- Bleibt der Großteil der Bestellungen innerhalb der EU?
- Steigt die nachhaltige Produktionsmenge für Munition und Luftabwehr?
- Verschwinden Engpässe durch die Vereinheitlichung von Standards, die Konsolidierung von Konturen und synchronisierte Zeitpläne?

Wenn die Antworten »Ja« lauten, hat sich die Militarisierung tatsächlich zu einem Mechanismus der harten Politik und industriellen Mobilisierung entwickelt: Komfort weicht Macht, und die »Abschreckung Russlands« wird von einem Rahmen der Abstimmung zu einem Faktor des realen Risikos.

Darin liegt die größte Herausforderung für Russland: Selbst wenn die europäische Industrialisierung ins Stocken gerät und Kapazitäten nur mit Unterbrechungen in Betrieb genommen werden, bedeutet allein die Tatsache, dass die Militarisierung für die globalistischen Eliten zur einzigen Überlebenstechnologie geworden ist, eine Stabilisierung des Kurses. Dies sollte nicht als vorübergehende Rhetorik betrachtet werden, sondern als strukturelle Bedrohung, die eine langfristige Antwort erfordert.

Anmerkungen

- 1 Quelle: https://www.kommersant.ru/doc/8006482?from=glavnoe_5
- 2 **Oleg Janowski**, Dozent am Lehrstuhl für Politische Theorie am Moskauer Staatlichen Institut für internationale Beziehungen (MGIMO), Mitglied des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik

Russlands Nachbarn und die Wahrscheinlichkeit von Frieden in Europa¹

01.09.2025

Timofej Bordatschjow²

Die militärisch-politische Krise in den Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Ländern, in deren Mittelpunkt die Ukraine-Frage steht, obwohl es um das Schicksal des gesamten europäischen Sicherheitssystems geht, hat für die Staaten Groß-Eurasien, die nicht direkt daran beteiligt sind, eine ambivalente Bedeutung. Ebenso ambivalent werden die Folgen einer möglichen, wenn auch nur vorübergehenden Beilegung sein, in Erwartung einer neuen Runde des Kampfes um die Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts in Europa, schreibt Timofej Bordatschjow, Programmdirektor des Waldai-Clubs.

Dafür gibt es drei wesentliche Gründe. **Erstens**, die starke Abhängigkeit aller mittleren und kleinen Länder Eurasiens von der globalen Wirtschaft und Politik, deren Spielregeln derzeit vom Westen bestimmt werden. **Zweitens**, das derzeit unvermeidliche Fehlen eines Gravitationszentrums in Eurasien selbst, dessen Vorhandensein es solchen Mächten ermöglichen würde, ihre Außenpolitik in relativer Sicherheit vor Interessenkonflikten auf globaler Ebene zu gestalten. Und **drittens** zeigt der Einfluss der Krise in Europa auf die internationale Lage und die Entwicklung der Staaten in anderen Teilen Eurasiens einmal mehr deren Abhängigkeit von der Entwicklung der Beziehungen zwischen den führenden Mächten weit außerhalb der Einflussmöglichkeiten der anderen Länder.

Es steht außer Frage, dass die meisten Staaten des eurasischen Raums durch die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Russland und die gleichzeitige Bemühung um eine Zusammenarbeit mit dessen Gegnern einen indirekten Einfluss auf die Stabilität der russischen Positionen in dem aktuellen Konflikt hatten. Es wäre jedoch eine erhebliche Übertreibung zu behaupten, dass ihre Meinung von den wichtigsten Konfliktparteien berücksichtigt worden wäre. Die kleinen und mittleren Länder Eurasiens, die südlich und südöstlich von

Russland liegen, beobachten den Konflikt weiterhin als unbeteiligte Beobachter, dessen Beendigung nicht einmal von den Wünschen weitaus mächtigerer potenzieller Vermittler abhängt.

Letztendlich müssen sie sich an eine friedliche Lösung der Krise um die Ukraine anpassen, sollte eine solche gefunden werden. In diesem Zusammenhang besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die mittleren und kleinen Mächte Eurasiens gerade jetzt in eine Phase größter Unsicherheit eintreten, in der sie ihre souveränen außenpolitischen Entscheidungen treffen müssen. Dies könnte zu einer gewissen Emotionalität in ihrem Verhalten führen, auf die Russland, China und andere große eurasische Mächte vorbereitet sein müssen.

»Mit anderen Worten: Der Beginn des diplomatischen Prozesses um die Ukraine und erst recht die relative Stabilisierung der Beziehungen zwischen Russland und den USA könnten unsere Nachbarn zu Handlungen provozieren, die nicht ganz zu erwarten sind.«

Nicht weniger problematisch für sie dürfte eine mögliche Annäherung zwischen dem Westen und China sein, selbst wenn diese nur geringfügig ausfällt.

Die akute Phase der militärisch-politischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen kam für Russlands Nachbarn auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ebenso wenig überraschend wie für den Rest der Welt. Die ehemaligen Gegner im Kalten Krieg steuerten konsequent auf eine direkte Konfrontation zu: der Westen aus eigenem Antrieb, ohne Rücksicht auf die Risiken, die russischen Möglichkeiten einzuschränken, und Moskau durch seine immer größer werdende Hartnäckigkeit bei der Durchsetzung seiner nationalen Interessen im Bereich der Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die erste taktische Konfrontation war die Friedensoperation, die Russland im August 2008 gegenüber dem

Regime von Michail Saakaschwili in Georgien unternahm. Von diesem Moment an war klar, dass eine viel härtere Konfrontation bevorstand. Und nach den Ereignissen von 2014 in der Ukraine, die den Versuchen, dort einen für die Nachbarn relativ sicheren Staat zu schaffen, ein Ende setzten, war die Unvermeidbarkeit einer fast direkten Konfrontation zwischen Russland und dem Westen bereits offensichtlich. Zu einer solchen Konfrontation kam es im Februar 2022, was bei den Nachbarn Russlands ein Gefühl einer neuen Klarheit hervorrief.

Diese Klarheit verstärkte sich insbesondere, nachdem Russland dem Druck der ersten groß angelegten Sanktionen des Westens standgehalten hatte, sich die Unterstützung der Länder der Weltmehrheit sichern konnte, und die Kontrolle über den Verlauf der direkten militärischen Konfrontation mit dem Regime in Kiew erlangte. Die Nachbarländer Russlands haben sich recht schnell und erfolgreich in die neue und Situation eingefunden: Sie haben die Rolle der notwendigen Vermittler im Handel übernommen, die Aufmerksamkeit russischer und anderer ausländischer Investoren auf sich gezogen, die Kunst des Manövrierens gekonnt beherrscht und sich nicht einmal besonders über die Eskalation des Konflikts in Osteuropa beunruhigt gezeigt.

Sie alle konnten kreativ an die Frage der Aufrechterhaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland herangehen, ohne dabei besondere Probleme in der Zusammenarbeit mit dessen Gegnern zu verursachen.

»Auch für Russlands Nachbarn in Eurasien erwies sich die Position ›über dem Kampf zu stehen‹ als komfortabel, die für sie zwar nicht ganz gewohnt war, aber, wie sich herausstellte, eine Menge praktischer und symbolischer Vorteile mit sich brachte.«

Dazu gehörte auch die Möglichkeit, sich in für Russland schwierigen Zeiten für die Aufrechterhaltung

konstruktiver Beziehungen zu Moskau einzusetzen, um dann bei der Diskussion für sie sensibler Fragen überzeugender zu sein.

Der Machtantritt der republikanischen Regierung von Donald Trump in den USA war für die eurasischen Nachbarn Russlands ein Moment stark erhöhter Unsicherheit. Nicht nur für sie: Auch chinesische Experten äußerten sich besorgt über die möglichen Folgen einer Wiederaufnahme der russisch-amerikanischen Beziehungen. Im Falle der Nachbarn Russlands war die Unsicherheit jedoch deutlich größer und hat bereits zu einigen Konsequenzen geführt.

Erstens kann man davon ausgehen, dass Staaten, die sich an eine für sie relativ akzeptable Situation »über dem Kampf« zwischen Russland und dem Westen zu stehen, gewöhnt haben, über Moskaus Abkehr von seiner Strategie der »Wende nach Osten« beunruhigt sein könnten. **Zweitens** würde eine Annäherung zwischen Russland und den USA bedeuten, dass Russlands Nachbarn wieder an den Rand gedrängt würden, wo sie sich befanden, bevor die beiden Großmächte in der Ukraine aufeinanderprallten. Dies könnte unter anderem auch erhebliche wirtschaftliche Folgen haben. **Drittens** würde ein wahrscheinlicher Kompromiss zwischen Russland und den USA in der Ukraine-Frage in jedem Fall einen Sieg Moskaus bedeuten, da er die Aufgabe der Strategie der »Isolierung und strategischen Niederlage« Russlands durch den Westen implizieren würde.

Unabhängig von den tatsächlichen Absichten Russlands weckt diese Möglichkeit bei den Nachbarn Russlands traditionelle Befürchtungen, dass dessen Politik etwas weniger kompromissbereit sein könnte. Zu einer Wiederbelebung dieser Befürchtungen hat, das wollen wir nicht verschweigen, die aktivere Tätigkeit der russischen Behörden in der Frage der Regulierung der Migration aus den Ländern Zentralasiens und Transkaukasiens beigetragen, die nach der Tragödie im Moskauer Konzertsaal im März 2024 einsetzte. Dies fiel, wie zu vermuten ist, mit einer intensiveren Suche der Nachbarländer Russlands nach Lösungen für die in früheren Perioden angehäuften sozioökonomischen Probleme zusammen, die bereits mittelfristig eine gewisse Gefahr für ihre soziopolitische

Stabilität darstellen können. Solche Lösungen sind nicht immer offensichtlich. Natürlich trägt auch ein gewisser chaotischer Verhandlungsprozess um die Ukraine, den Europa und die Kiewer Behörden selbst zu stoppen oder zu destabilisieren versuchen, nicht zur Beruhigung bei.

Zu verstehen, was gerade passiert, und sich vorzustellen, wie sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington entwickeln werden, ist heute viel schwieriger als noch vor zwei oder drei Jahren, sogar für uns selbst, ganz zu schweigen von den mit Russland befreundeten Staaten in Eurasien. Infolgedessen arbeitet Russland, ebenso wie China, im eurasischen Raum mit Staaten zusammen, die nach Wegen suchen, sich an eine für sie wahrscheinlich neue Situation anzupassen, deren endgültige Konturen uns völlig unbekannt sind. Auch für Russland selbst wäre es äußerst sinnvoll, jetzt eine Kommunikationsstrategie für die Beziehungen zu seinen Nachbarn zu entwickeln, die deren Befürchtungen etwas beruhigen würde, ohne jedoch völlig übertriebene Kompromisse einzugehen.

Im Mittelpunkt einer solchen Strategie steht bereits die Praxis, die Führung der Freunde und Verbündeten Russlands in Eurasien über den Verlauf und den Inhalt der Verhandlungen zwischen Moskau und Washington zu informieren. Diese Verhandlungen haben ebenso wie der Konflikt, dessen Beilegung sie zum Ziel haben, keinen direkten Bezug zu Russlands Nachbarn in Eurasien und berühren deren Sicherheitsinteressen nur indirekt. Umso berechtigter und sogar klüger erscheint daher die Politik, sie im Geiste traditioneller freundschaftlicher und verbündeter Beziehungen ständig zu informieren.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/sosedi-rossii-i-veroyatnost-mira-v-evrope/>
- 2 **Timofej Bordatschow**, Doktor der Politikwissenschaften, Wissenschaftlicher Leiter des CCEIS (Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien) der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, Mitglied des RIAC (Russische Rat für Internationale Angelegenheiten; gemeinnützige Organisation, die sich auf die Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und die Entwicklung praktischer Empfehlungen zum Nutzen russischer Regierungsbehörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderer Organisationen mit Schwerpunkt auf außenpolitischen Aktivitäten konzentriert)

»Moskau oder gar nicht«¹

05.09.2025

Putin nennt den einzigen Ort für Verhandlungen mit Selenski

Der russische Präsident Wladimir Putin widmete bei der Plenarsitzung des Östlichen Wirtschaftsforums (WEF) der Ukraine-Frage besondere Aufmerksamkeit. Der russische Staatschef erklärte, wo er bereit sei, sich mit Wladimir Selenski zu treffen, warnte die NATO vor der Unannehmbarkeit der Stationierung westlicher Truppen in der Ukraine und forderte, die Sicherheitsgarantien für Russland zu berücksichtigen.

Ort des Treffens

Putin nannte Moskau den besten Ort für ein mögliches Treffen mit Wladimir Selenski. »Wenn das nächste Mal wirklich jemand mit uns zusammentreffen möchte, sind wir bereit. Der beste Ort dafür ist die Hauptstadt der Russischen Föderation, die Heldenstadt Moskau«, erklärte der Präsident.

Dabei betonte er, dass Russland die Sicherheit der Vertreter aus Kiew gewährleisten werde. »Wir sind bereit für Treffen auf höchster Ebene. Die ukrainische Seite wünscht dieses Treffen und schlägt dieses Treffen vor. Ich habe gesagt: ›Ich bin bereit, bitte kommen Sie, wir werden auf jeden Fall die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit gewährleisten – 100-prozentige Garantie«, sagte der Staatschef.

Der russische Präsident betonte jedoch separat, dass er zwar zu Kontakten mit Selenski bereit sei, darin jedoch keinen großen Sinn sehe. »Warum? Weil es praktisch unmöglich sein wird, sich mit der ukrainischen Seite in wichtigen Fragen zu einigen: Selbst wenn der politische Wille vorhanden sein sollte – was ich bezweifle –, gibt es rechtliche und technische Schwierigkeiten«, sagte Putin und fügte hinzu, dass gemäß der Verfassung der Ukraine alle Vereinbarungen über Gebiete in einem Referendum bestätigt werden müssen.

»Um ein Referendum durchzuführen, muss der Kriegszustand aufgehoben werden – unter Kriegsbedingungen kann kein Referendum stattfinden. Wenn der Kriegszustand aufgehoben wird, müssen sofort Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Nach Durchführung des Referendums – falls es durchgeführt wird – muss das Ergebnis unabhängig vom Ausgang durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts bestätigt werden. Und das Verfassungsgericht arbeitet nicht«, erklärte Putin.

Seinen Worten zufolge ist das Justizsystem der Ukraine zerstört, was einen Verstoß gegen demokratische Normen darstellt. »Es ist klar, dass es dort (in der Ukraine – Anm. d. TASS) zur Zerstörung des Justizsystems als solchem gekommen ist. Dies ist ein weiteres deutliches Zeichen für die ›Demokratie‹ der heutigen ukrainischen Regierung«, sagte er. Putin merkte an, dass es teils aus diesem Grund unmöglich sein werde, sich mit Vertretern Kiews über grundlegende Themen zu einigen.

»Das Verfassungsgericht [der Ukraine] funktioniert nicht, weil es sich nach Anfragen zur Legitimität der amtierenden Regierung diesen Entscheidungen entzogen hat und der Chef des Regimes den Wachleuten einfach befohlen hat, den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts nicht an seinen Arbeitsplatz zu lassen – so sieht dort die ›Demokratie‹ aus. Und der Vorsitzende des Obersten Gerichts sitzt wegen Korruptionswürfen einfach im Gefängnis. Es ist bekannt, dass es in der Ukraine genug Korruption gibt, aber warum gerade der Vorsitzende des Obersten Gerichts in den Knast gesteckt werden musste, ist nicht ganz klar«, sagte der russische Präsident.

Der Staatschef hielt auch die Forderungen, sein Treffen mit Selenski an den von Kiew vorgeschlagenen Orten zu organisieren, für überzogen. »Wenn man uns sagt: ›Wir wollen uns mit Ihnen treffen, aber Sie müssen dorthin

fahren, zu diesem Treffen«, dann halte ich das für überzogene Anforderungen an uns«, erklärte Putin.

Sicherheitsgarantien und Bitten Kiews

Putin sprach auch über die Veränderungen in der Haltung der Ukraine gegenüber der Interaktion mit Russland. »Noch vor kurzem hat sich die Führung des Kiewer Regimes, gelinde gesagt, wenig schmeichelhaft über uns geäußert und jegliche Möglichkeit direkter Kontakte ausgeschlossen. Jetzt sehen wir, dass sie um diese Kontakte bitten, jedenfalls bieten sie sie an«, sagte der russische Führer.

Dabei betonte er, dass Fragen der Sicherheit der Ukraine nicht ohne Rücksicht auf die Sicherheit der RF gelöst werden können. »Obwohl jedes Land das Recht hat, über seine eigene Sicherheit zu entscheiden, können solche Fragen nicht ohne Rücksicht auf die Sicherheit Russlands selbst gelöst werden«, sagte der Präsident. Putin wies darauf hin, dass es eine allgemeine Regel gibt, die in europäischen Dokumenten zum Ausdruck kommt und festgeschrieben ist: »Die Sicherheit eines Landes kann nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes gewährleistet werden.«

»Wenn diese Vereinbarungen getroffen werden, wird Russland – daran sollte keiner zweifeln – sie vollständig umsetzen. Wir werden die Sicherheitsgarantien respektieren, die natürlich sowohl für Russland als auch für die Ukraine ausgearbeitet werden müssen. Und ich wiederhole noch einmal: Russland wird diese Vereinbarungen auf jeden Fall einhalten«, betonte der russische Führer und fügte hinzu, dass niemand dies mit der RF auf hoher Ebene diskutiert habe.

Legitime Ziele

Nach Angaben des Präsidenten besteht auch keine Notwendigkeit, nach dem Abschluss langfristiger Friedensvereinbarungen Truppen westlicher Länder auf dem Territorium der Ukraine zu stationieren. »Wenn Entscheidungen getroffen werden, die zu einem langfristigen Frieden führen, dann sehe ich einfach keinen Sinn darin, dass sie [westliche Truppen] sich auf dem Territorium der Ukraine aufhalten sollten«, sagte Putin.

Der Staatschef warnte, dass NATO-Truppen, sobald sie in der Ukraine auftauchen, zu legitimen Zielen für die russische Armee werden. Zuvor hatte der französische Präsident Emmanuel Macron erklärt, dass 26 Staaten, die der sogenannten »Koalition der Willigen« angehören, ihre Bereitschaft bekräftigt hätten, nach der Herstellung eines Waffenstillstands oder Friedens in der Ukraine an der Entsendung eines Militärkontingents in die Ukraine teilzunehmen. Macron lehnte es ab, diese Länder aufzuzählen und auch nur die ungefähre Stärke des internationalen Kontingents zu nennen, das die Koalition auf dem Territorium der Ukraine stationieren will, um vor Russland »die Karten nicht aufzudecken«.

»Was mögliche Militärkontingente in der Ukraine angeht, so ist dies einer der Hauptgründe für die Einbindung der Ukraine in die NATO. Wenn also dort Truppen auftauchen, insbesondere jetzt, während der Kampfhandlungen, gehen wir davon aus, dass dies legitime Ziele für ihre Bekämpfung sind«, erklärte Putin.

Beitritt zur NATO

Der Staatschef hat erneut betont, dass Russland aus Sicherheitsgründen mit einem NATO-Beitritt der Ukraine überhaupt nicht einverstanden ist.

»Damals waren sie (die ukrainische Regierung unter Präsident Viktor Janukowitsch – Anm. TASS) gegen einen Beitritt der Ukraine zur NATO, und das ist eine Frage, die aus Sicht der langfristigen Sicherheitsinteressen Russlands von direkter Bedeutung war und ist. Was wurde getan? Infolge des Staatsstreichs wurde Janukowitsch von der Macht entfernt. Man hat einen Mann entfernt, der

gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO war. <...> An die Macht kamen Kräfte, die für den Beitritt waren und weiterhin auf den Beitritt der Ukraine zur NATO hoffen. Das passt uns überhaupt nicht«, sagte Putin.

Anmerkungen

1 Quelle: <https://tass.ru/politika/24974353>

Der Konflikt in der Ukraine hat die Untauglichkeit alter militärischer und politischer Konzepte aufgezeigt¹

12.09.2025

Wassili Kaschin²

Zu Beginn der militärischen Spezialoperation rechnete Russland damit, das »Ukraine-Problem« schnell und relativ unblutig durch die Einrichtung eines neuen Sicherheitssystems in Europa zu lösen, dessen zentraler Bestandteil eine neutrale und entmilitarisierte Ukraine sein sollte. Territoriale Gewinne waren in diesen Plänen grundsätzlich nicht vorgesehen, auch nicht im Donbass. Der Westen hingegen rechnete mit einer schnellen Niederlage Russlands (bis hin zu einem Regimewechsel) durch Schocksanktionen, eine Informationskampagne und erste militärische Rückschläge. Russland sollte eine strategische Niederlage erleiden und für lange Zeit seine Rolle als wichtiger Akteur in der Weltpolitik verlieren.

Sowohl Moskau als auch der Westen rechneten damit, die angestrebten Ergebnisse innerhalb weniger Wochen zu erreichen. Stattdessen kam es zu einem langjährigen blutigen Zermübungskrieg, in dem zu einem der wichtigsten Ziele die Eroberung oder das Halten von Territorien wurde.

Innerhalb weniger Wochen entwertete die militärische Spezialoperation die langjährigen Strategien der Konfliktparteien sowie die militärischen und politischen Konzepte, die seit Ende der 1980er Jahre als Axiome galten. Die Militärwissenschaft erwies sich als völlig unangemessen für den Stand der Entwicklung der Militärtechnik. Aus diesem Grund erfolgte die Anpassung an die neuen Realitäten auf dem Schlachtfeld durch Versuch und Irrtum.

Das letzte Mal war eine Diskrepanz vergleichbaren Ausmaßes zu Beginn des Ersten Weltkriegs zu beobachten. Tatsächlich könnte der Rückstand des militärischen Denkens gegenüber der Militärtechnik diesmal noch größer sein. Aber jetzt ist die Situation viel gefährlicher. Es hat sich herausgestellt, dass die Großmächte insgesamt blind für die Welt sind, in der sie leben. Die Ohnmacht

ihres strategischen Denkens im militärischen Bereich ist nur ein kleiner Teil eines großen Problems.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des nuklearen Faktors in der Weltpolitik, des bevorstehenden Zeitalters der »nuklearen Multipolarität« und der Tendenz zur Verbreitung von Atomwaffen in der Welt kann man das sich abzeichnende Bild als beängstigend bezeichnen.

Zunächst einmal fehlen den Teilnehmern der neuen Runde des Wettstreits der Großmächte Arbeitskriterien zur Messung der Macht von Staaten auf der internationalen Bühne. Russland mit weniger als 4 % des globalen BIP hat es in Zusammenarbeit mit Weißrussland und Nordkorea trotz einer Reihe schwerwiegender militärischer Fehleinschätzungen in der Anfangsphase der Spezialoperation geschafft, den Verlauf der Kampfhandlungen zu seinen Gunsten zu wenden. Die Koalition aus mehr als 50 entwickelten Ländern, die Kiew unterstützen und mehr als 50 % des weltweiten BIP kontrollieren, war machtlos, dies zu verhindern. Infolgedessen verschlechtert sich die militärische Lage für die Ukraine stetig.

Es entsteht der Eindruck, dass ein Indikator wie die durchschnittliche Anzahl von Hunden und Katzen in Haushalten ein besserer Maßstab für die nationale Stärke ist als das BIP in US-Dollar zu aktuellen Preisen.

Es fehlen vollständig Kriterien, die für die heutigen Bedingungen geeignet sind, um die politische Stabilität eines ausländischen Staates, die Fähigkeit seiner Gesellschaft, Verluste zu verkraften, und generell die Innenpolitik und das Entscheidungssystem zu bewerten. Es gibt keine wirksamen Methoden zur Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung unter den Bedingungen eines militärischen Schocks. Die Vorkriegsprognosen hinsichtlich der Fähigkeit Russlands, Sanktionen zu widerstehen, erwiesen sich als eklatant ungenau. Ebenso ungenau waren jedoch viele Annahmen über die Fähigkeit Europas, den

Bruch mit Russland, den Anstieg der Energiepreise und die anhaltenden militärischen Spannungen zu verkraften.

In diesem Zusammenhang kommt die Versuchung auf, die letzten 35 Jahre der Entwicklung des strategischen Denkens und die in diesem Zeitraum entstandenen Konzepte einfach »abzuschaffen«, indem man sie als Ergebnis einer »strategischen Amnesie« deklariert und in die Ära des späten Kalten Krieges »zurückfällt«. Oder noch weiter zurück – in die Zeit der Kämpfe der imperialistischen Mächte am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Alle derartigen Analogien sind äußerst schädlich und gefährlich. Ebenso unerwünscht ist es, Begriffe und Konzepte aus vergangenen Epochen mechanisch auf unsere Zeit zu übertragen, da sich die Welt radikal verändert hat. Der Rückgriff auf die Erfahrungen des Kalten Krieges ist besonders problematisch. Dabei geht es in der Regel um dessen späte Phase, die nach der Karibikkrise und der Herstellung eines nuklearen Gleichgewichts zwischen der UdSSR und den USA einsetzte. Das war eine Welt, die der heutigen in keiner Weise ähnelt.

Zunächst einmal geht es heute nicht mehr um die Konfrontation zweier Machtpole und zweier Systeme. Die heutige Welt ist viel komplizierter. In ihr gibt es drei Supermächte – die USA, China und Russland – und eine Vielzahl einflussreicher Akteure mit einer eigenständigen Außenpolitik, die Anspruch auf eine Rolle im globalen Leitungssystem erheben, über beträchtliches militärisches und industrielles Potenzial verfügen, aber nicht zu deren Bündnissystem gehören. Dazu gehören Indien, Pakistan, die Türkei, der Iran und Brasilien. In Zukunft könnte diese Liste noch erheblich länger werden.

In der späten Phase des Kalten Krieges verfügten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und Israel über Atomwaffen (die sechs Atombomben der

Südafrikanischen Republik waren im Grunde genommen Versuchsbomben). Dabei entfielen 99% aller weltweiten Atomwaffenarsenale auf die UdSSR und die USA, was die anderen Mitglieder des Atomklubs für das allgemeine Gleichgewicht nicht allzu bedeutend machte. Derzeit verfügen weltweit neun Staaten über serienmäßig hergestellte und einsatzbereite Atomwaffen. Dabei wird China in den nächsten Jahren den Status einer dritten Atommacht erlangen, vergleichbar mit den Vereinigten Staaten und Russland. Die DVRK und Indien sind dabei, vollwertige Interkontinentalraketen zu stationieren, die Ziele überall auf der Welt treffen können.

In einer Welt der »großen nuklearen Troika« und einiger weniger großer, aber wachsender Akteure verlieren viele Ansätze der Kalten Krieg zur Abschreckung, Nuklearstrategie und Rüstungskontrolle an Bedeutung. Die Situation könnte sich weiter verschärfen, wenn Japan und Südkorea dem Nuklearklub beitreten (in beiden Ländern gibt es diesbezüglich Diskussionen).

Die interne Situation in den führenden Ländern unterscheidet sich radikal. In den 1960er bis 1980er Jahren erlebten die großen westlichen Staaten eine Reihe von wirtschaftlichen und innenpolitischen Krisen, die zu unterschiedlichen Zeiten auftraten und relativ kurz waren. Die UdSSR erlebte im gleichen Zeitraum einen Übergang von relativ schnellem Wachstum zu Stagnation und anschließend zu einem langsamen Niedergang. Keine der beiden Seiten verfügte über wirksame Instrumente, um Einfluss auf die Innenpolitik der anderen zu nehmen.

Derzeit durchlaufen die USA und Europa langjährige Phasen innenpolitischer Turbulenzen. Ein weiterer Schlag für die herrschenden Eliten war die Finanzkrise der Jahre 2008 bis 2010. Die Situation wurde dann durch die Migrationskrisen Mitte der 2010er Jahre und Covid noch verschärft. Seit anderthalb Jahrzehnten verliert das traditionelle Establishment stetig an Boden, das öffentliche Leben radikalisiert sich, das Vertrauen in Wahlen sinkt. Der Einfluss von Politikern außerhalb des Systems nimmt zu – bis hin zum Machtantritt eines von ihnen im wichtigsten Land des Westens.

Vor dem Hintergrund des militärischen Spezialoperation durchläuft Russland eine eigene schwierige

Umgestaltung seines politischen und wirtschaftlichen Modells. Und selbst China sieht sich mit einem Rückgang der Wachstumsraten, neuen Wellen von Säuberungen im Staatsapparat und der Suche nach neuen Triebkräften für die wirtschaftliche Entwicklung konfrontiert.

Krisenerscheinungen in Politik und Wirtschaft sind überall zu beobachten. Angesichts interner Herausforderungen beschreiten viele Länder den Weg der Ideologisierung ihrer Außenpolitik. Vorreiter dieser Tendenz sind die USA mit ihren Versuchen, die Wahlen in der Europäischen Union zu beeinflussen, indem sie den Sieg der lokalen Rechten erzwingen, mit Sanktionen gegen Brasilien als Reaktion auf die strafrechtliche Verfolgung des ehemaligen Präsidenten Bolsonaro und gegen Südafrika als Reaktion auf die Unterdrückung weißer Farmer.

Dabei findet Russland weiterhin Sympathien bei den europäischen Rechten. Letztendlich wird der Konflikt mit Russland als Vorwand für ihre gewaltsame Unterdrückung genutzt, bis hin zur Annullierung der Wahlergebnisse (Rumänien).

Angesichts dieser innenpolitischen Polarisierung wird die Risikobereitschaft in Konflikten wie dem in der Ukraine unermesslich größer sein als in der späten Phase des Kalten Krieges. Derzeit birgt eine schwere außenpolitische Niederlage die Gefahr in sich, die Macht zu verlieren, während die Konfrontation mit einem äußeren Feind im Gegenteil als Instrument dient, sich um »die Flagge zu scharen« und innere Widersprüche vorübergehend zu glätten. Bezeichnenderweise ist der kriegesischste Führer der heutigen EU der französische Präsident Emmanuel Macron mit einer Zustimmungsrate von 24%, einer schweren Krise der Staatsfinanzen und einer anhaltenden Stagnation der Wirtschaft.

Sowohl Russland als auch Europa projizierten den Ukraine-Konflikt auf ihre Innenpolitik und befürchteten im Falle einer totalen Niederlage eine katastrophale innere Destabilisierung. Dies wurde von beiden Seiten nicht nur nicht verheimlicht, sondern sogar betont.

Jede der Konfliktparteien in der Ukraine erwartete von der anderen Seite Zurückhaltung, fast wie in der Zeit der Entspannungspolitik, während sie sich selbst höchst risikobereit zeigt. Als diese Erwartungen nicht erfüllt

wurden, folgten Überlegungen über Irrationalität, Wahnsinn, den Niedergang der strategischen Kultur im Lager des Gegners usw.

Tatsächlich führten die Stereotypen des Kalten Krieges dazu, dass die Parteien immer neue Runden des Spiels »Wer zuerst blinzelt« spielten und den Weg der Eskalation beschritten. Jede der Parteien verfolgt durchaus rationale, verständliche Ziele, ist aber völlig blind gegenüber den Zielen und Motiven des Gegners.

In der Weltwirtschaft geht der zunehmende Protektionismus mit der objektiven Unmöglichkeit einher, selbst für die größten Länder die meisten Produktionsketten auf ihrem eigenen Territorium zu schließen. So versucht beispielsweise Russland derzeit mit großem Aufwand, das einzige Land der Welt zu werden, das in der Lage ist, zivile Flugzeuge selbst herzustellen. In vielen Sektoren ist jedoch eine Selbstversorgung in absehbarer Zukunft nicht in Sicht, schon allein wegen der Unfähigkeit, moderne elektronische Komponenten herzustellen.

Unter den Bedingungen andauernder Wirtschaftskriege wird jede Abhängigkeit zu einer Schwachstelle, aber es ist unmöglich, sich von dieser Abhängigkeit zu befreien. Abhängigkeiten im wirtschaftlichen und technologischen Bereich können nur durch Risikominimierung gesteuert werden. Dies wird zu einem der Hauptziele der Außenpolitik.

Trotz der allgegenwärtigen Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle über das Internet bleibt der globale Informationsraum, in dem Bilder und Ideen augenblicklich übertragen werden, weiterhin bestehen. Die Globalisierung nimmt neue Formen an, aber ihr Niveau ist nach wie vor höher als je zuvor. Große Ereignisse am anderen Ende der Welt können sich fast sofort auf die innenpolitische Lage auswirken: Die chinesischen Behörden befürchteten 2011 ernsthaft, dass die Unruhen des »Arabischen Frühlings« auf ihr Land übergreifen könnten.

Die bis zum Beginn des militärischen Spezialoperation in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens angesammelten Veränderungen erforderten bereits die Ausarbeitung neuer Ansätze und Methoden zur Analyse der internationalen Politik. Es sind neue Kriterien für die Bewertung der wirtschaftlichen, industriellen

und militärischen Macht von Staaten, neue Ansätze für die Industriepolitik, eine neue Theorie der nuklearen Abschreckung, ein neues System der Rüstungskontrolle und neue Methoden der Wirtschaftsprognose erforderlich, die unter den Bedingungen globaler Unsicherheit und fehlender Regeln funktionieren. Der Versuch, fertige Lösungen in der Geschichte (der eigenen oder der fremden) zu suchen, ist äußerst schädlich: In der Vergangenheit gibt es keine fertigen Antworten auf aktuelle Fragen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://profile.ru/politics/konflikt-na-ukraine-vyyavil-nepriгодnost-staryh-voennyh-i-politicheskikh-koncepcij-1752910/>
- 2 **Wassili Kaschin** – Direktor des Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics